

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Quartalspreis 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltene Kolonette
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Telegraphen-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 17. August 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Unterschreibt die Petitionen gegen den Zollwucher!

Der Stahlarbeiter-Streik in Amerika.

Reto York, 7. August.

Die letzten zehn Tage vor der gestern definitiv erlassenen Streik-
Order des Präsidenten Schaffer von der „Amalgamated“ Union der
Eisen- und Stahlarbeiter tragen den Charakter einer Vorbereitungs-
pause vor dem Ausbruch eines fürchtbaren Kampfes zwischen zwei
Großmächten, einer Pause, in welcher zugleich die leise Hoffnung
schlummerte, daß es doch noch möglich sein würde,
das Feuerste abzuwenden. Denn wenn sich die Parteien
auch eigentlich seit Wochen im Kriegszustande befanden,
indem schon während dieser Zeit einzelne Establishments des Stahl-
trafiks an den Streik gegangen waren, so wurden die Verhandlungen
doch fortgesetzt, und die Thatsache, daß um diese Zeit des Jahres die
Werke behufs Reparaturen ohnedies auf ein paar Wochen geschlossen
zu werden pflegen, nahm dem Streik seinen intensiven Charakter.

Wie schon früher gemeldet, bildeten die vor einigen Wochen in
Pittsburgh seitens des Trusts gemachten Vorschläge die Basis
weiterer Verhandlungen. Während also der Streik in dem Umfang,
den er bis dahin gehabt, fortbauerte, wurden seitens der Streikleiter
die Meinungen der Arbeiter, vertreten durch den gesamten Exekutivrat
der „Amalgamated“, eingeholt. Inzwischen war auch der Trust nicht
mäßig; der Kommandant desselben, Morgan, machte eines schönen
Tages kurzen Prozeß und schickte einen seiner Adjutanten nach Pitts-
burgh, von wo derselbe den Präsidenten Schaffer und den Sekretär
Wilson, so zu sagen entführte und direkt nach Morgans Office in New York
dirigierte. Der Geschäftsleiter des Trusts, Schwab (Carnegies Mann),
wurde herbeigeholt und nun der hauptsächlichste Streitpunkt und was sonst
noch alles diskutiert. Sehr charakteristisch ist die Art und Weise, wie
Morgan, ohne seine Trust-Mitglieder zu fragen, über die Trust-
Angelegenheiten disponiert, ganz wie es ihm beliebt. Schaffer und
Wilson kehrten nach Pittsburgh zurück und berichteten an den
Exekutivrat. Hier nun müssen sich Dinge ereignet haben,
von denen man wohl erst später genauere Kenntnis erhalten
wird. Zwar behaupten jetzt die Mitglieder der Exekutive,
daß sie mit Schaffer ein Herz und eine Seele seien
und daß nichts stattgefunden, was das gegenseitige Vertrauen
hätte erschüttern können, Thatsache aber bleibt, daß während der
folgenden Woche Telegraph und Telefon zwischen Morgans Office
und dem Hauptquartier des Exekutivrates in fortwährender Thätig-
keit waren und daß schließlich am letzten Sonnabend der gesamte
Exekutivrat, 15 Mann stark, nach New York fuhr und hier mit
Morgan und dessen Stab konferierte. Bei dieser Gelegenheit soll
es denn nun zu sehr erregten Szenen gekommen sein
und Morgan während sein Bureau verlassen haben. In
ähnlicher Stimmung fuhr der Exekutivrat nach Pittsburgh
zurück, denn es stellte sich, wie die jetzt zum erstenmal offiziell
veröffentlichten Forderungen der Arbeiter beweisen, heraus, nicht
allein, daß dieselben viel beschiedenerer Natur waren, als bisher
angenommen, sondern daß der Trust aus von seinen zuerst in
Pittsburgh gemachten Offerten zurückgetreten und sehr wichtige
Punkte derselben gestrichen hatte. Es ist unnötig, auf die Einzel-
heiten näher einzugehen; genug, daß die Forderungen der Arbeiter
schließlich zu einer Unionisierung der gesamten Werke
des Trusts geführt hätten, wenn auch, nach den jetzt
offiziell bekannt gemachten Forderungen, in sehr langsamer Weise,
während die Vorschläge des Trusts ebenso sicher, aber wahrscheinlich
viel schneller, zu der gänzlichen Beseitigung der Union aus allen
Establishments der Trusts führen würden.

Und so ist denn der „Amalgamated“ der Entscheidungskampf mit
Gewalt aufgezwungen worden. Zwar ist die Meinung nicht be-
rechtigt, als ob eine Niederlage der „Amalgamated“ ihre völlige
Vernichtung auf immer bedeuten würde. Die Stahl- und Eisenarbeiter
sind schon zweimal bis zur Vernichtung geschlagen worden: in den Kämpfen
des Jahres 1877 in Pittsburgh und in Homestead im Jahre 1894,
und jedesmal haben sie wieder eine so starke Organisation auf-
gebaut, daß dieselbe dem Gegner Respekt einflößt und er mit ihr
rechnen muß. Aber gelegentlich soll nicht werden, daß der Kampf
nach jeder Richtung hin ungewöhnlich ernster Natur ist und sein
Ausgang dementsprechend ein außerordentlich tiefgreifender sein
wird. Der Streik-Aufruf ist an „alle Amalgamated und an die
Union-Leute“ gerichtet, praktisch also an alle Arbeiterorganisationen.
„Wir müssen kämpfen“, sagt Schaffer in dem Aufruf, „oder unsere
persönlichen Freiheiten für immer aufgeben.“

Wichtig ist auch der folgende Satz: „Man wird Euch sagen, daß
Ihr Kontrakte unterzeichnet habt (mit den einzelnen Gesellschaften,
ehe der Trust existierte. Anmerkung des Korrespondenten). Aber
Ihr habt niemals eingewilligt, diese Kontrakte der „Vereinigten
Staaten Stahl-Korporation“ (dem Trust) auszuliefern; dessen
Beamte freilich glauben, daß Ihr an sie verkauft seid, gerade wie
die Werke selbst, mit Kontrakten und allem. Erinnert Euch daran,
daß Ihr, ehe Ihr irgend einen Kontrakt unterzeichnet, gegen-
über der „Amalgamated Association“ eine Verpflichtung über-
nommen habt.“

unentschlossene, zögernde Art, den hingeworfenen Handschuh aufzu-
nehmen, mag in dem Gefühl der großen Verantwortlichkeit, die der
Streikleiter unzweifelhaft trägt, ihren Grund haben, aber zum
Wiederaufleben des Enthusiasmus, mit dem noch vor zehn bis zwölf
Tagen die Arbeitermassen den eigentlich schon erklärten Streik gegen
den Trust begrüßten, trägt sie jedenfalls nicht bei. „Begeisterung
ist keine Härtingsware, die sich einpölen läßt auf einige
Jahre“, hat schon der alte Goethe gesagt. Als Schaffer
gefragt wurde, weshalb er den Aufruf in so nächster
Weise gehalten habe, erwiderte er: „Ich habe das mit Absicht getan.
Ich wollte an den Verstand der Leute appellieren, nicht an ihre
Vorurteile. Ich wollte, daß sie fühlten sollten, daß wir sie nicht
zwingen, herauszulassen, wenn sie es nicht wünschten. Aber keine
Furcht! Sie werden kommen.“

Unglücklicherweise ist jene andre Persönlichkeit, auf deren Haltung
bei dieser Gelegenheit ebenfalls viel ankommt, Samuel Gompers, der
Präsident der großen „Federation of Labor“, auch nicht aus jenem Holz
geschlagen, aus dem man Gold machen kann. Ihm fehlt der weite Blick
und die Kühnheit großer Entschlüsse. Denn dieser Kampf wird ent-
weder durch die Energie und Massenhaftigkeit des ersten Angriffs
gewonnen oder er wird nicht gewonnen. Der Trust kann aus-
gehalten, wenn nur ein Teil seiner Werke lahmgelegt wird,
aber er wird nachgeben, wenn das ganze von ihm be-
herrschte Gebiet in Mitleidenschaft gezogen wird. Wenn
zum Beispiel die „Federation“ beschließt, daß alle von dem Trust
gelieferten Fabrikate Scab-Waren sind, die von Unionleuten nicht be-
nutzt werden dürfen, so würde damit ein fürchtbarer Schlag gegen
den Trust geführt werden. Dem schließlich sind noch immer genug
unabhängige Fabriken vorhanden, um Aufträge auszuführen, die der
Trust nicht ausführen könnte.

Schaffers Appell richtet sich an alle Arbeiter in allen Establish-
ments, welche mit dem Stahltrust irgendwie in Verbindung stehen.
Es ist ein Ruf zu den Waffen ebenso gut an die Arbeiter in den
Stahl- und Eisenwerken selbst, wie an die Bergleute in den Eisen-
minen des „Lake Superior“-Distrikts und sonstwo, an die Angestellten
der Dampfer auf den großen Seen, an die Coles-Arbeiter der
Eisenbahnen, sowie an die Arbeitnehmer der verschiedenen
Eisenbahnenlinien, welche dem Trust gehören.

Wie viele von diesem ungeheuren Heere sofort dem Aufruf
Folge leisten, werden wir in wenigen Tagen wissen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 16. August.

Zollwucher.

In der „Deutschen Industriezeitung“ erklärt sich jetzt auch der
Generalsekretär des Centralverbandes deutscher Industrieller, Herr
Dued, gegen den Mindesttarif für die Getreidearten. Seine
Darlegungen geben eine ausführlichere Umschreibung des
bekannten Direktorialbeschlusses. Sie bieten nur insofern Neues,
als sie die Auffassung, die noch gestern die „Post“ vertrat,
völlig beiseite schieben, daß auch die Industrie Mindestzölle verlangen
müsse. Diese Zollheit scheint aus dem Programm der groß-
industriellen Hochzollpolitik hervorgegangen. Herr Dued verlangt
Schlichtung der Bestimmung, daß die landwirtschaftlichen Mindest-
zölle bei den Handelsvertrags-Verhandlungen jeder Herabminderung
entzogen bleiben sollen. Die Höhe der Kornzölle, wie sie der
Mindesttarif vorschlägt, billigt auch Herr Dued; nur die vorherige
Bindung weist er zurück.

Dagegen kämpft die „Kreuz-Zeitung“ wiederum eifervoll
für ihr Wuchermindestmaß. Rein noch so heiliges Veteuern des
Reichstanzlers, daß er möglichst hohe Kornzölle vom Auslande
erzwingen wolle, genügt ihr. Was sind Verprechungen und Veteu-
rungen agrarischer Willigkeit? Ein „ausdrückliches gesetzliches Ver-
bot“, unter die Mindestzölle hinabzugehen — dies allein sichert den
Junkern die Werte.

Wie dieser Zwist in den schutzöllnerischen Heerlagern beglichen
werden wird, ist heute nicht vorauszusagen. Wenn der Centralverband
der Industriellen bei seiner jetzigen Meinung beharrt — und dies ist
kaum zu bezweifeln — so giebt es keine gesetzlich festgelegten Mindest-
zölle. Die Reichsregierung wird sich gern fügen, diese Bestimmung
sollen zu lassen, die ihrem Unterhändler die Hände bindet und
jeden Handelsvertrag ausschließt. Sicherlich kommt die neuere
Stellungnahme der Centralverbändler der Regierung recht gelegen,
um sich in etwas den agrarischen Zumutungen zu entwinden.

Wir haben liberale, sehr liberale Gegner der Zoll-
erhöhungen und der Zölle überhaupt, die, in ungeheurer Ver-
lehnung der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung und der gegen-
wärtigen politischen Lage, aus diesen Differenzen zwischen
Großindustrie und Junkertum die größten Hoffnungen für die
Gestaltung der Zollpolitik schöpfen. Die „Vossische Zeitung“,
indem sie von der Erklärung der Centralverbandsleitung ausgeht,
kommt zu dem seltsamen Schluß:

„Treiben wir in Zollkämpfe hinein, so wird die deutsche
Industrie die Folgen an ihrem Leibe zu spüren haben, und nicht
zuletzt diejenige, die im Centralverband organisiert ist. Sie würde
sich in das eigne Fleisch schneiden, wollte sie auch angesichts des
Entwurfes des Zolltarifgesetzes noch an der Phrase von
der Sammlung festhalten und mit den Agrariern an dem-
selben Stränge ziehen. Der Weg, den die „Post“ vorschlägt,
die „Interessen-Solidarität zwischen Industrie und Landwirtschaft“

zu erhalten, ist ungangbar. Ein anderer Weg ist bisher nicht be-
zeichnet worden. Aber würde er auch bezeichnet, es ist ein Zwang
in den Verhältnissen, und je näher dem handelspolitischen Kometen-
jahr, um so mehr wird die Industrie erkennen, daß sie im Inter-
esse ihrer Selbsterhaltung und im Interesse der Gesamtheit
offen und energisch Front gegen das Agrarier-
tum machen muß.“

Die „Deutsche Industrie“ und Centralverband ist aber
zweierlei. Für die wirtschaftliche Gruppe, die hinter dem Central-
verband steht, ist die „Sammlung“ keine Phrase. Denn sie
können ihre Eisenzölle nicht erhöhen, wenn sie nicht mit den
Agrariern gehen und den Kornwucher unterstützen. Die Groß-
industrie, die in Deutschland den größten politischen Einfluß hat, ist
zwar so sehr für ihren Export besorgt, daß sie sich Exportprämien
vom Staate zahlen läßt, sie ist aber zugleich für möglichst hohe
Zölle gegen die Konkurrenz des Auslandes und beifalls monopolisti-
scher Ausplünderung der inländischen Konsumenten. Wohl wohnen
zwei Seelen in ihrer Brust, aber die schutzöllnerische Seele ist
stark genug, um den Anschlag an die Junker zu erreichen. —

Junkerhoffnungen.

Nichts wäre den Junkern löblicher, als mit den Bucherzöllen
zugleich die dauernde Anebelung der Opposition im Reichstage zu
erreichen. Die „Deutsche Tageszeitung“ stützt sich mit Bier auf
den Gedanken der Wenderung der Geschäftsordnung des
Reichstags. Was sie gestern noch nur verschämmt andeutete, spricht
sie heute unverhüllt aus. Sie sagt in einer Erwiderung auf die
„Köln. Volkszeitung“:

„Wir fürchten noch wie vor, daß, wenn es auch gelingt, die
Reichstagsmehrheit stramm zusammen zu halten, doch ohne
Wenderung der Geschäftsordnung die Obstruktion
einerin bleiben werde. Daß man das Mittel der Obstruktion
in rücksichtsloser und einschneidender Weise anwenden werde,
daran zweifelt wohl das rheinische Centrumblatt selbst nicht.
Das ist offen genug verkündet worden. Im übrigen sagten wir
schon oben, daß die „Kölnische Volkszeitung“ mit ihrer Darlegung
nur die Auffassung eines Teils des Centrums wiedergebe;
ein anderer Teil des Centrums schien wenigstens vor
einiger Zeit gewillt zu sein, eine Wenderung der Ge-
schäftsordnung vorzunehmen, deren Ziel und Art
wir i. B. andeuteten. Es wäre jedenfalls das Kurzschätzigste, wenn
die Reichstagsparteien nicht von vornherein mit der Ob-
struktion rechnen und ihre Taktik danach einrichten
wollten.“

Die Ankündigung der „Obstruktion“ enthielt nichts anderes als
die selbstverständliche Erklärung, daß die Reichstagsopposition einer
agrarischen Vergewaltigung des Volks sich durch recht, ordnungs-
und pflichtgemäßen Gebrauch aller durch die Geschäftsordnung des
Reichstags gegebenen Mittel widersetzen würde. Jeder Versuch, die
bestehende Reichstagsordnung reaktionär umzustürzen, würde
einen Kampf heraufbeschwören, in dessen Wogen die Agrarier ihren
ganzen schönen Wucherzoll verfallen sehen könnten. —

Der verkaufte Köller.

Herr v. Köller, der bereits in der nächsten Woche sein neues Amt
als Staatssekretär der Reichslande antreten wird, hat das Bedürfnis
gehabt, sich gegen allerhand lädliche Nachrede zu verwehren, mit der
die nichtsnutzige Gama — ganz unbegründeterweise natürlich —
seinen politischen Ruf beledet. Herr v. Köller hat sein darob
schmerzlich bewegtes Gemüt vor „einigen angesehenen Persönlich-
keiten“ ausgeschüttet, die das ihnen erwiesene Vertrauen dadurch zu
ehren verstanden, daß sie die Herzergergelungen des Egpolsge-
ministers und Exoberpräsidenten einem Journalisten brüchwarin in
die Feder diktierten und dadurch dem schmähtlich Verkauften die Flucht
in die Offenheit ermöglichten.

Herrn v. Köller wurmt es zunächst, daß man ihn für den Vater
der feigen Umsturzvorlage erklärt habe. Er sei an diesem
Beispiel aber so unschuldig, wie ein neugeborenes Kind, da er
dieselben bei seinem Amtsantritt bis auf den letzten Para-
graphen fertig vorgefunden habe. Um so bewunderungs-
würdig ist die Bärtlichkeit, mit der sich der gutmütige Herr Matthias
als Adoptivvater des Findlings angenommen hat. Unvergessen sind noch
die kolossalen Heiterkeitserfolge des Herrn v. Köller, als er in seinen
zwei großen Umsturzreden im Januar und im Mai 1895 alle Logis,
alle Parteigrundzüge und alle literarischen Fundamentalebegriffe
umstürzte. Freilich, Herr v. Köller lächelt mit schmerzlicher Rachschicht
über die Leute, die ihm im Ernste zutrauen konnten, daß er Gott-
fried Keller's berühmte Meisternovelle „Roméo und Julia“ auf dem
„Dorfe“ eine socialdemokratische Hefeschicht habe nennen können,
während er doch eine den Verleumdern nur zu wohl bekannte
Tendenzschrift gemeint habe, die sich den Keller'schen Titel
angeeignet habe. Wir haben zwar nie etwas von einer
beredigten Tendenzschrift gehört, zweifeln aber nicht im
geringsten an der Existenz einer solchen. Um so mehr,
als v. Köller als Oberpräsident von Schleswig-Holstein seinen
kritischen Ruffestpunkt dadurch bewies, daß er einst bei einem
Besuche in Kiel das kaiserlich subventionierte und dem Lauffischen
Klassizismus reservierte Stadttheater bedeutsam ignorierte und dafür
ein Varietés durch seinen Besuch anzeignete.

Herr v. Köller kann nicht begreifen, wie man ihn für einen
Mühschrittler halten konnte, ihn, der die Presse stets mit wohl-
wollendstem Interesse verfolgt habe und dem Fisch-Lothringen das

liberalste Gesetz, die Aufhebung des Patzwanges und die Gemeinde-Ordnung, verbanke.

Der neue Staatssekretär der Reichslande denkt denn auch nach seinen in die Presse lancierten Aeußerungen gar nicht daran, in Schleswig-Holstein ein so straffes Regiment zu führen, wie in Nordmark. Wozu auch? Eingefleischte Protestler wie in Nord-Schleswig gebe es hier nicht. Gegenüber den Elementen französischer Abkunft sei Geduld das beste Germanisierungsmittel. Vielleicht würden noch Jahrhunderte bis zur völligen Versöhnung dieser Elemente vergehen. Auch der angeblich deutschfeindliche Alerus bestehe aus liebenswürdigen, umgänglichen Leuten. So lange sie an der französischen Art festhielten, ohne gegen das Gesetz zu verstoßen, werde man sie in diesem Privatvergnügen nicht stören.

Auch die Sozialdemokraten seien gar nicht so schüchtern, vielmehr seien es eingewanderte Deutsche, sächsische Demokraten von der Schattierung Haußmann, die die meisten Scherereien bereiten. So sieht also in Wahrheit der Mann aus, den man als den krassesten Reaktionsär verschrien hat.

Wenn man freilich statt dieser liebenswürdigen Selbstcharakteristik das Wirken des ehemaligen Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein zu Rat zieht, kann man umgekehrt gar nicht begreifen, wie ein so jovialer Herr solche reaktionäre Thaten vollbringen konnte.

Wie lagen die Dinge in Nord-Schleswig? Ca. 100.000 Bauern und Ackerbürger dänischer Abkunft mühten sich, durch ihre Presse, durch Versammlungen und Vereine, das Zugehörigkeitsgefühl zu Dänemark und den Gebrauch der dänischen Sprache nach Möglichkeit zu konseruieren. Zum Zeichen ihres Protestes schickten sie bei den Reichstagswahlen ein paar Abgeordnete in den Reichstag, die gelegentlich behördliche Maßnahmen gegen die Dänen Nord-Schleswigs zur Sprache brachten, sich im übrigen aber auf den wirtschaftlich reaktionären Charakter ihrer Wähler, genauer auf die Seite der Reaktion schlugen. Diese 100.000 Dänischen Protestler bildeten eine so große Gefahr für das mächtige deutsche Reich, daß der feurige Wortkämpfer der Umsturzvorlage zu ihrer Vernichtung ausgesandt wurde.

Und mit Köller begann die neue Ära der Dänenbekämpfung.

Wer ein dänisches Lied sang oder einen Schlip in den dänischen Landesfarben trug, wurde vor den Rädern zerrissen. Gegen zahllose Vereine wurde prozessiert. Den Protestlern wurden ihr Ladenpersonal, ihre Knechte und Mägde ausgewiesen. Den Eltern, welche ihre Kinder zur Erziehung nach Kopenhagen schickten, wurde das Erziehungsrecht abgesprochen. Und je kleinlicher und unerhörter das Vorgehen gegen die Dänen wurde, desto lauter wurde der Jubel der „nationalen“ Presse.

Aber wie liegen die Dinge jetzt bei Köllers Abgang? Das Apenrader Blatt „Hesmdal“ zieht folgende Bilanz der Köllerpolitik:

1. Die Massenausweisungen ruhten schleunigst eingestellt werden, denn es war eine praktische Notwendigkeit. Die Grenzen sind wieder geöffnet. Deutsche Vereine in der Londernschen Gegend haben, geführt von Beamten und mit Hilfe von Staatsmitteln, versucht, neue Scharen von jütischen Dienstboten nach Nord-Schleswig zu ziehen. 2. Die Ausweisungspolitik ist besonders den Optanten zu gute gekommen. Herr v. Köller hat ehrlich den Grundriss anerkannt, daß ein Optant nur ausgewiesen werden kann, wenn er persönlich Anlaß zu begründeten Klagen giebt, und mit dem von der Köller-Politik erzwungenen Erkenntnis des Aelster Oberlandesgerichts ist die Sache der Optanten in ein ganz neues Stadium eingetreten, das den Optanten und Optantenkindern gute Aussichten eröffnet. 3. Der Dienstkrieg ist auch mäßig. Niels Heltberg, Fritz Andersen, Waren Dal — sind ebenso viele sühnbare Niederlagen für die Verwaltung. Dadurch, daß die Polizeiverordnung vom 24. Juli 1891 vom Ober-Verwaltungsgericht für ungültig und unzulässig erklärt ist, ist den Landräten eine wichtige politische Waffe aus der Hand genommen. 4. Mit der Beschränkung der Rechte der elterlichen Gewalt ging es beinahe noch schlimmer. Sie wurde sofort in deutschen Reichstagen und im preussischen Landtage gebrochener. Der Justizminister verzichtete darauf und die regierungsfreundlichen Parteien lehnten jegliche Verantwortung ab. Das Kammergericht gab den Todesstoß und so ist die Sache beinahe vergessen. 5. Der Krieg gegen die Vereine hat Flaslo gemacht. Zwei Duzend Prozesse haben mit Freisprechung geendet. Der Sprachverein ist stärker als je. Der Wahlverein hat größere Einnahmen als je und dem Dänentum die alte Stellung im Sonderburger Kreislande beinahe wieder erobert. Der Schulverein schickt in diesem Jahre mehr junge Nord-Schleswiger auf dänische Schulen als in den vorigen Jahren. Die Folge aller Verfolgungen der Vorkriegsvereine ist nur gewesen, daß die Dänen sich überall selbst eigne Versammlungshäuser bauen. 6. Der Zeitungskrieg hat zu dem Ende geführt, daß die drei dänischen Blätter „Hjensborg Avis“, „Hesmdal“ und „Hødermaalet“ während der Köllerpolitik erweitert sind und daß sie mehr Abonnenten haben als zur Zeit, da die Köllerpolitik begann.

Wenn Köller durch dies lässliche Flaslo seiner Dänenpolitik von der Nutzlosigkeit jeder Gewaltpolitik überzeugt worden sein sollte, so wäre dies ja sehr hübsch. Ob das der Fall ist, muß freilich erst sein reichsländisches Wirken beweisen.

Deutsches Reich.

Zum Jolltarif.

Wichtiger interessante Aufklärungen über den von der Regierung zusammenberufenen „Wirtschaftlichen Ausschuss“, der den Wuchertarif vorbereitet hat, giebt jetzt die „Germania“:

„Die die Zusammenlegung des Ausschusses überwiegend eine extrem schützöllnerische ist, so war auch die Art der Geschäftsbehandlung, der statistischen Ermittlungen usw., insbesondere aber die Vernehmung der Sachverständigen vom einseitig schützöllnerischen Geiste beherrscht. Wer Gelegenheit gehabt hat, solchen Sachverständigen-Sitzungen beizuwohnen, die eigentlich nur Beratungen über die Klassifizierung der Erzeugnisse sein sollten, jedoch regelmäßig zu Debatten über Zollsätze führten, mußte überrascht sein, von welchem Geiste der Verurteilung der Handelsvertragspolitik die Regierungskommissare durchdrungen zu sein schienen.

Einer derselben, der sich vom fanatischen Partikularisten allmählich zum Reichsfreund par excellence und vom eifrigen Freihändler zum extremen Schützöllner entwickelt hat, schien die Aufgabe zu haben, die Begehrtheit nach vermehrtem „Schutz“, da wo solche noch nicht genügend vorhanden war, erst hervor-zurufen oder zu steigern.

Von welchem Kleinlichen Geist der Absperrung und Sonder-Interessenpolitik die Verhandlungen befeuert waren, kann man heute aus einzelnen Tarifpositionen des Entwurfs noch ersehen, aber schon im Frühjahr 1900 äußerte sich ein Abgeordneter, der als Sachverständiger im Ausschuss vernommen worden war, über seine dort gewonnenen Eindrücke:

„Wenn man die Sammlungsprotokolle im wirtschaftlichen Ausschuss an der Arbeit gehen hat, sollte man nicht ein neues Plottengesetz für nötig halten, sondern eine christliche Mauer zur wirtschaftlichen Absperrung des Deutschen Reichs.“

Die Handelskammer in Halle a. S. setzt eine Kommission ein zur Beratung des Jolltarif-Entwurfs und Bearbeitung der aus den Interessententafeln durch öffentlichen Aufruf erbetenen Aeußerungen dazu. Die Kammer hat auch erwogen, ob gegen den Protzoll im Interesse der weniger bemittelten Bevölkerung

Klassen Protest zu erheben sei. Wie schon früher mitgeteilt, hat die Kammer dem Magistrat auf Erfordern einen Bericht eingereicht darüber, wie sich im Bezirk während, vor und nach dem letzten Zollkrieg in Anbetracht der Verhältnisse gestaltet haben. Der Vorsitzende, Generaldirektor Kuhlmann, legte dar, daß Halle wegen seiner Maschinenindustrie ein besonderes Interesse an den Handelsbeziehungen zu Anhalt habe. Anhalt ist ein großes Abgabengebiet für halle'sche Maschinen und es liege die Gefahr vor, daß bei Erlöschen der Handelsverträge dieses Abgabengebiet verloren gehe; an die Stelle der deutschen Industrie würde sofort die österreichische treten. Auf Grund eines sehr umfassenden statistischen Materials hat die Kammer in ihrem Bericht an den Magistrat nachgewiesen, daß seit Bestehen der Handelsverträge der Export sich in außerordentlichem Maße gehoben habe. Mit dem Falle der Verträge sei eine starke Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen unzweifelhaft verbunden. Trete zu der Verminderung der Arbeitslosigkeit eine Verteuerung der Lebensmittel, so müsse dies doppelt einschneidend wirken.

In Bremen protestierten am Donnerstag fünf sozialdemokratische Versammlungen gegen den neuen Jolltarif. In allen Versammlungen wurde eine die agrarische Jollpolitik verurteilende und Handelsverträge fordernde Resolution beschlossen.

Aus Rürnberg wird uns vom 18. d. M. telegraphiert: Die gestrige in Fürth abgehaltene glänzend erfolgreiche Versammlung sagte einstimmig folgende Resolution: Die heutige, von weit über tausend Personen besuchte Protestversammlung erklärt den kürzlich veröffentlichten Entwurf zum Jolltarifgesetz für einen unannehmlichen Angriff auf die Wohlfahrt des gesamten Volkes, geeignet Handel und Industrie sowie die in diesen Gewerbezweigen beschäftigten Hunderttausende von steuerzahlenden Staatsbürgern samt ihren Familien dem Untergange preiszugeben und nur zu dem Zweck geschaffen, um wenigen Großgrundbesitzern eine neue Liebesgabe auf Kosten der Gesamtheit zuzuwenden. Sie erklärt deshalb, daß es die Pflicht eines jeden auf das Wohl der Gesamtheit bedachten Bürgers ist, mit aller Energie zum Protest gegen diesen Jolltarif-Entwurf aufzurufen ohne Unterschied der Partei, und sie erwartet von der Einsicht des deutschen Volkes, daß es wie ein Mann aufsteht, um den Jolltarif in seiner jetzigen Gestalt zu Fall zu bringen.

Die Krise.

Die Fabrik feuerfester und säurefester Produkte in Vallendar am Rhein hielt eine mehrtägige General-Versammlung ab, woran der in Haft befindliche Direktor Voering in polizeilicher Begleitung teilnahm. In der Verwaltung muß unangenehm gewirkt worden sein. Die dem Direktor nachgewiesenen Fälschungen sind so zahlreich, daß die Wiedergabe der Einzelheiten nicht möglich ist. Auch gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, den Geheimrat Meag, wurden schwere Vorwürfe erhoben. Er hat den Direktor den Gerichten gegenüber als unschuldig verfolgt hingestellt und in Schutz genommen. Der Geheimrat hat auffallend hohe Vergütungen bezogen. Die Berliner Handels-Gesellschaft, die Verlags-Märkische Bank, die Bank für Rheinland und Westfalen und der halle'sche Wandverein haben der Aktiengesellschaft den Kredit gelündigt. Die Kapitalerhöhung von sechs auf acht Millionen Mark wurde rückgängig gemacht.

Aus Elsfah-Lothringen wird uns geschrieben: Die hochentwickelte Industrie des Reichslandes bekommt den Niedergang der Geschäftslage nachgerade in höchst empfindlicher Weise zu spüren. In erster Linie ist dies bei den Hüttenwerken in Lothringen und bei den Mälhäuser Werken für Maschinenbau der Fall. Bereits sind zahlreiche bisher an den Hochöfen und in den Verwerken des lothringischen Industriezweigs beschäftigt gewesene Arbeiter entlassen und die Löhne der verbleibenden gekürzt worden, und immer noch ist kein Stillstand in der niedergebenden Geschäftslage abzusehen. In zahlreichen Betrieben wird nur drei bis vier Tage pro Woche gearbeitet und das bei zum Teil stark reduzierten Löhnen, so daß der Einnahme-Ausfall der Arbeiter teilweise ganz unerhörte Dimensionen annimmt. Die italienischen Arbeiter, deren Zahl in den lothringischen Montanbezirken in die Zehntausende geht, verlassen in Massen das Land, um sich anderwärts Arbeit zu suchen.

In der oberlothringischen Industriemetropole Mälhausen zehrt die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag weitere Kreise. Das größte Fabrik-Etablissement am Plage, die Mälhäuser Maschinenbau-Gesellschaft, die Filialbetriebe in Gräfelfeld bei Straßburg sowie in Weisort unterhält, hat seit dem Eintritt des schlechten Geschäftsganges allein bereits nahe an tausend Arbeiter entlassen; noch im letzten Herbst beschäftigte sie allein im Mälhäuser Hauptbetrieb rund 4500 Arbeiter, heute sind es deren nur noch 3000. Dabei nimmt die Zahl der Entlassenen von Woche zu Woche zu. Unter diesen Umständen stehen die Aussichten besonders schlimm für diejenigen jungen Leute, die nach dem sie einige Jahre in der Fabrik beschäftigt gewesen waren, zum Militärdienst eingezogen worden sind und jetzt, im kommenden Herbst, nach ihrer Entlassung in ihre früheren Arbeitsstellungen wieder eintreten zu können hoffen. Sie alle werden den Weg zu ihrem alten Brotwerb verfallen finden und das Heer der Arbeitslosen zu verstärken gerufen sein.

Auch in der Textilindustrie Mälhausens ist noch keine Besserung der nun schon seit Monaten anhaltenden Geschäftslage zu bemerken. Auch hier sind die Freierichtungen an der Tagesordnung, und die Wochenberichte der Mälhäuser städtischen Sparkasse, bei der die Rückzahlungen schon seit Monaten die Einlagen jeweils erheblich übersteigen, sprechen über die traurige Lage der dortigen Arbeiterschaft eine sehr beredte Sprache.

Das Baugewerbe liegt in den größeren Städten des Landes schwer danieder. In Mälhausen droht die seit mehreren Jahren vorhandene Baukrise beim Anhalten des schlechten Geschäftsganges zu einer Katastrophe zu führen. Aber auch in der Landeshauptstadt Straßburg, die mangels größerer Industrie-Anlagen von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression weniger betroffen wird, hat die in früheren Jahren so außerordentlich rege Bau-thätigkeit erheblich nachgelassen, wie sich deutlich aus den Einnahmen der Stadt aus den Verbrauchssteuern auf Baumaterialien ergibt, die gegenüber den Vorjahren jetzt monatliche Mindererträge von 5-6000 M. aufweisen.

Dah in Straßburg schon jetzt in den Sommermonaten, wo die Arbeitslosigkeit doch die günstigste zu sein pflegt, eine starke Arbeitslosigkeit herrscht, geht deutlich aus den Berichten des dortigen städtischen Arbeitsnachweises hervor. Im Monat Juli suchten im ganzen 958 Arbeiter um Beschäftigung nach, von denen jedoch nur 123 eingestellt wurden, so daß nicht weniger als 835 Gesuche unerledigt bleiben mußten. Von den 958 um Arbeit Nachsuchenden waren zur Zeit des Arbeitsnachweises arbeitslos: 180 unter 1 Woche, 158 zwischen 1 und 4 Wochen, 89 von 4 bis 8 Wochen, 8 länger als 8 Wochen, während bezüglich der übrigen keine diesbezüglichen Angaben vorlagen.

Sollte sich im kommenden Winter, was wohl kaum ausbleiben wird, die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch mehr verschlimmern und die Lebensverhältnisse der Arbeiterbevölkerung durch Nahrungsmittel- und Kohlentenerung sich ähnlich ungünstig gestalten, wie im verflossenen Jahre, so ist nicht abzusehen, bis zu welchem Grade das Elend der großen Massen sich noch steigern wird.

Landwirtschaftsrat. Unter dem Vorsitz des Reichstags- und Landtags-Abgeordneten Grafen Schwerin-Löwitz ist Freitagvormittag der ständige Ausschuss des Landwirtschaftsrates zur Besprechung des Jolltarif-Gesetzes zusammengetreten. Der Vorsitzende gab zunächst ein ausführliches Referat über den Entwurf des Tarifgesetzes.

Als heimlichen Gegenkämpfer charakterisiert eine Centrumsfortspendenz, die auch die „Voll-Vollzeitig.“ abbrucht, den Grafen Waldersee:

„Die Wirksamkeit des Vorgängers Graf Wilows ist besonders durch Herrn v. Miquel geschädigt worden, der liberal und mit Recht als heimlicher Gegenkämpfer bezeichnet wurde. Graf Wilow hat die Regierung wieder homogen gemacht und hat seinen Rivale im Staatsministerium, wenigstens seinen offenen, und seinen, der ihn so zu behandeln wagen wird, wie Miquel mit seinem Vorgänger umging. Soll nun das alte Elend wieder beginnen? Es kommt nicht darauf an, ob Graf Waldersee wirklich der Rivale Graf Wilows ist — wir behaupten das nicht — es ist schon schlimm genug, wenn er dafür gehalten wird. Deutlicher als dies in der „Voll-Ztg.“ gesehen ist, kam diese Meinung nicht zum Ausdruck kommen. Hat der Reichskanzler es im politischen Interesse Deutschlands für nötig gehalten, daß Graf Waldersee seine Reden hielt? Hat Graf Waldersee sich wenigstens vorher mit ihm verständigt? Das deutsche Volk wird das wissen wollen. Graf Nolte hat früher nie ähnliche Reden gehalten, und Fürst Bismarck wird das auch nicht gewünscht haben. Es wäre möglich, daß Graf Wilow eine Änderung dieser Gesetzmäßigkeit herbeizuführen sucht und politische Aeußerungen im Munde des Feldmarschalls für besonders wirkungsvoll hält. Dann soll man das sagen, denn wenn der Kanzler diese Reden nur dulden muß und vielleicht gar nur ungenutzet, so kann das auf die Dauer auch nicht unbekannt bleiben.“

Es geht nicht an, schließt der Artikel, daß die deutsche internationale Politik von einem Doppelposten Wilow-Waldersee bewacht werde. Entweder werde sich die Nation in die Waldersee'sche Kanzlerschaft zu finden haben, oder Waldersee müsse aufhören, zu reden.

Erhöhung der Offizierspensionen. Dem Reichstag soll bei seinem Zusammentritt im Herbst eine Vorlage unterbreitet werden, durch die die Pensionen der Offiziere nicht unwesentlich erhöht werden sollen. Der Mindestbetrag der Pension, der bereits nur 1/3 des pensionfähigen Einkommens betrug, soll künftig die Hälfte betragen. Ferner soll der Höchstbetrag der Pension, der bisher nach dem 40. Dienstjahr gewährt wurde, in Zukunft bereits nach Zurücklegung von 35 Dienstjahren gewährt werden. Es sollen folgende Pensionssätze gezahlt werden:

Nach zehn Dienstjahren 1/3 oder 2/300 (1/3), nach 15 2/300, nach 20 3/300, nach 25 4/300, nach 30 5/300, nach 35 6/300 oder 1/50 des pensionfähigen Diensteinkommens. Während zum Beispiel ein Stabsoffizier ohne Regiments-Commandeurs-Kompetenzen mit 30 Dienstjahren nach dem bisherigen Pensionssatz 15 + 20 = 35/300 des pensionfähigen Diensteinkommens von 6880 M. = 4072 M. als Pension bezog, berechnet sich solche nach der neuen Vorlage auf 20/300 oder 7/10 von 6880 = 4816 M., somit um 814 M. mehr.

Durch diese Erhöhung der Offizierspensionen würde wahrscheinlich der Prozentsatz der freiwillig oder unfreiwillig in den Ruhestand tretenden, meist leistungsfähigen Offiziere, der schon jetzt ein so hoher ist, noch eine Steigerung erfahren. Wir erwarten deshalb, daß auch die nicht principieel antimilitaristischen Parteien gegen diese neue Militärbelastung entschieden Stellung nehmen werden.

Tod im Duell. Aus Leipzig wird telegraphiert: Im Walde bei Zennisch fand heute früh ein Pistolenduell zwischen dem Rechtsanwalt Dr. Breit von hier und dem stud. Jur. Richard Oettinger aus Stuttgart statt. Oettinger wurde durch einen Schuß so schwer verletzt, daß er sofort in ein Krankenhaus übergeführt werden mußte und dort nach kurzer Zeit verstarb. Dr. Breit selbst hat sich der Behörde gestellt. Die Veranlassung zum Duell ist unbekannt.

Ausland.

Italien.

Scheitern einer durchgreifenden Steuerreform. Die sich bürgerliche Blätter aus Rom berichten lassen, ist die Frage der Festsetzung und Art der Durchführung des Finanzprogramms der Regierung mit der Ernennung Carcano zum Finanzminister als gelöst zu betrachten. Das Kabinett wird ummehre einige Steuererleichterungen vorschlagen, da sich Janardelli hierzu sowohl im Hinblick auf die Verantwortlichkeit der Regierung, als vom Standpunkte seiner parlamentarischen und politischen Ehre für verpflichtet erachtet. Diese Erleichterungen werden jedoch innerhalb der Grenzen des Budgets gehalten sein, damit das Gleichgewicht im Staatshaushalt nicht gefährdet werde, und jede große Umwälzung im Steuersystem, wie sie Wollemborg im Sinne hatte, ist sonach ausgeschlossen.

Rußland.

Petersburg, 18. August. Das Ministerium für Volksaufklärung gestellte im Jahre 1893 für die Ostprovinzen die Bildung von Privatschulen, sogenannten Kreisen, in denen ausschließlich Kinder ausländischer Unterthanen unterrichtet werden durften. Jedem Kreise durften nicht über fünfzehn Schüler und Schülerinnen angehören. Die Unterrichtssprache war deutsch. Da, wie die „Koiwoje Drenja“ meldet, in letzter Zeit mehrfach Uebersetzungen der für diese Kreise erlassenen Vorschriften vorgekommen seien und u. a. auch Kinder russischer Unterthanen diese Schule besucht hätten, habe der Minister für Volksaufklärung die Schließung aller dieser Schulen verfügt und die Gründung neuer Kreise verboten.

Serbien.

Demission des Kriegsministers. Aus Belgrad meldet die „Frank. Ztg.“: Es verlautet, die Demission des Kriegsministers sei angenommen worden und Oberst Minejowitsch werde zu seinem Nachfolger ernannt werden.

Türkei.

Der französisch-türkische Konflikt soll sich von neuem zugespitzt haben. Ein Blatt meldet: Der Konflikt zwischen der Flotte und dem französischen Volskaffter Constant ist in ein neues Stadium getreten, da die türkische Regierung auf Befehl des Sultans gestern die bereits gemachte Konzeption zurückzog und die Verhandlungen abbrach. Man versteht hier weder die Haltung des Sultans noch die des Volskaffters Constant, da die Haltung des Sultans mit einem Eche enden muß und die des letzteren eines Volskaffters wenig würdig erscheint. Man will übrigens wissen, daß das französische Geschwader doch mit geheimen Ordern nach Osten dampft und der hiesige französische Stationär Rouette ihm entgegengehen soll.

Ferner wird gemeldet, daß der Sultan seinen Pariser Volskaffter abzuberufen beabsichtige. Ein französischer Kreuzer soll Befehl erhalten haben, sich für die Abfahrt nach der Levante bereit zu halten. Man vermutet, daß eine dritte Nacht den Sultan zum Widerstand gereizt habe.

Uffien.

Vom Friedensprotokoll. Peking, 16. August. Die Gesandten unterzeichneten einen vorläufigen Entwurf des Friedensprotokolls, um ihre Regierungen dadurch zu veranlassen, abermalige Abänderungen zu vermeiden. Die Gesandten meinen, am nächsten Dienstag gemeinsam mit den chinesischen Bevollmächtigten das Friedensprotokoll unterzeichnen zu können.

Ob das wirklich so rasch gehen wird? —

Amerika.

Eine amerikanische Omniprophektion. Aus London wird gemeldet:

Die gestern von Chamberlain im Unterhause erwähnte Prophektion des Generals Mac Arthur hatte den Philippinos bekannt gegeben, daß, da es eine Regierung de facto nicht mehr gebe, jeder Filipino, der nach einem bestimmten Zeitpunkt eine amerikanische Soldaten töten sollte, als Mörder angesehen werden würde.

Ob sich die allgemeine Empörung nun auch gegen Amerika kehren wird? —

Der Boeren-Krieg.

Proteste gegen Lord Kitcheners Proklamation.

Das Exekutivkomitee der „Socialdemokratischen Föderation“ hat folgende Protestresolution gegen Kitcheners Proklamation angenommen und dem Lord Salisbury, Balfour und Chamberlain zugestellt:

Die Verammlung des Exekutivkomitees der „Socialdemokratischen Föderation“ protestiert energig gegen die Proklamation, welche Lord Kitchener an die Bürger von Transvaal und der Orange-Freistaaten erlassen hat: sie fordert die sofortige Zurückziehung der Klause, welche die Verbannung der Boerenführer aus Südafrika vorseht. Die Verammlung erklärt eine solche Androhung für unwürdig einer großen Nation, die sich durch den schwierigen und schimpflichen Versuch, zwei kleine Staaten im Interesse einiger Millionäre zu unterdrücken, so schon entehrt hat; sie klagt die schändliche Politik der Regierung an, welche die Vereinigten Königreiche in den Augen aller ehrlich Denkenden herabgewürdigt, welche den Krieg in Südafrika auf das Niveau eines räuberischen Besitzergreifens heruntergedrückt, und welche jeden Sinn für Gerechtigkeit, Ehre und Ehrliebe gegenüber unsrer Begnner verloren hat.

Die Internationale Friedens-Gesellschaft hat ebenfalls eine scharfe Protestresolution gegen den Krieg und gegen Lord Kitcheners Proklamation angenommen.

Eine englische Compagnie aufgerieben.

Wie dem „Neuerischen Bureau“ vom 12. d. M. aus Riddelsburg gemeldet wird, geriet eine Compagnie von General Frenchs Truppen bei Gelegenheit eines Erkundungsmarsches am 10. d. M. in der Nähe von Neu-Beitjeda in einen Hinterhalt. Einzelheiten fehlen; es wird jedoch befürchtet, daß sie schwere Verluste erlitten hat.

Wie die „Händerbanden“ aussehen.

Aus Paris wird gemeldet: Nach hier vorliegenden Meldungen aus Durban konzentriert Louis Botha 4000 Mann an der Grenze des Zululandes; der Boerengeneral Emmet führt ihm täglich Verstärkungen zu. Die Engländer marschieren gegenwärtig nach der Grenze des Zululandes; man erwartet Nachrichten von einem größeren Zusammenstoß.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Die Buchhandlung Vorwärts Berlin hat soeben ihr neuestes, 88 Seiten starkes **Schriftenverzeichnis** herausgegeben. In 9 Abteilungen — 1. Parteiliteratur, 2. Nationalökonomisches, 3. Geschichtliches, 4. Naturwissenschaft, 5. Gedichte, Romane, Dramen, 6. Verjährtes (Zeitschriften, Kunstblätter, Photographien), 7. Gesetze, 8. Fachgewerbliche Schriften — sind die für den Arbeiter, für Arbeitervereine und Gewerkschafts-Bibliotheken empfehlenswerten Schriften aufgeführt und in einer besonderen Abteilung: **Gelegenheits-Literatur**, aus den verschiedensten Wissensgebieten Werke zu herabgesetztem billigen Preise angezeigt, die zu den Originalpreisen für Arbeiter zu teuer sind, darunter auch eine große Anzahl wertvoller Romane. Diese Kataloge werden von der Buchhandlung Vorwärts auf Verlangen gratis und franco an jedermann gesandt.

Der Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Accordmaurer beschäftigt das Hamburger Gewerkschafts-Kartell in seiner Sitzung am 14. August. Vorgelegt war folgende Resolution:

„Die am 14. August tagende Delegierten-Verammlung des Hamburger Gewerkschafts-Kartell spricht ihr tiefstes Bedauern aus über die gleichfalls „einstimmige“ Bestätigung des „einstimmig“ gefassten Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Accordmaurer durch die Kontrolleure der socialdemokratischen Partei. Diese beiden Urteilsprüche beweisen ein unsäglich geringes Maß von Verständnis für die Bedeutung des organisierten Klassenkampfes. Sollte dieser unglückliche gemeinschaftliche „Schiedsspruch“ auch von dem in Lübeck demnächst tagenden Parteitag der socialdemokratischen Partei zum drittenmal bestätigt werden, so würde das nicht Beringeres bedeuten, als die Sanktionierung des schamlosesten Streits und Organisationsbruchs in Permanenz durch eine Partei, deren Aufgabe es nach ihrem Programm sein soll, den Kampf der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Anechtung in jeder Form zu einem bewußten und einheitlichen zu machen. Die von den besten Organisationen nach schwersten Kämpfen errungene Position, welche ihr Fundament in periodisch zu erneuernden tariflichen Vereinbarungen der Arbeiter mit dem Unternehmertum finden, gehen den größten Gefahren entgegen, viel größeren, als sie ein Richteramtsgesetz hätte bringen können, wenn in den Reihen der organisierten Kämpfer Disziplinlosigkeit und Organisationsbruch nicht mehr als ehelose Handlungen gebrandmarkt werden sollten, und hält es das Hamburger Gewerkschaftskartell deshalb für seine Pflicht, die organisierten Arbeiter Deutschlands auf diese eminente Gefahr aufmerksam zu machen und sie aufzufordern, zur Vermeidung derselben alles zu thun, was in ihren Kräften steht.“

Die Beratung über die Resolution konnte nicht zu Ende geführt werden und man beschloß, die Debatte in der nächsten Verammlung fortzusetzen. Genosse v. Elm erklärte sich in längeren Ausführungen für die Resolution, deren Annahme auch in der nächsten Beratung sicher sein dürfte, denn die Verammlung beschloß auf Empfehlung v. Elms, daß die Hamburger Kartellkommission den übrigen Kartellen in Deutschland unter genauer Darlegung des Streitgegenstandes die Angelegenheit unterbreiten soll.

Wir bedauern sehr, daß die Streitsache mit so großer Erregung erörtert wird und auch dem Schiedsspruch eine höchst unglückliche Beurteilung zu teil wird. Den betreffenden Partei-Instanzen, die bisher in der Sache ihr Urteil gefaßt haben, ist es gar nicht eingefallen, das Verhalten der Hamburger Accordmaurer zu billigen, vielmehr hat man in scharfster Form ihr verwerfliches Treiben getadelt. Auch in der Begründung des Urteils können die Accordmaurer keine Genußnahme empfinden, denn der Schiedsspruch enthält weder eine Rechtfertigung ihrer Handlungsweise, noch setzt er die Anklage ins Unrecht. Den Streitspruch hat das Schiedsgericht als ehelose Handlung anerkannt. Die Ablehnung des Ausschusses aus der Partei ist nur erfolgt, weil in diesem besonderen Fall die beiden Parteiinstanzen keine ehelose Handlung für vorliegend erachteten, die allein nach ihrem Parteistatut den Ausschluss rechtfertigte. Es fehlten ehelose Motive, die dem Vorgehen zu Grunde gelegt werden könnten. Daß bei diesen Differenzen der Partei-Instanzen das Verständnis für die Bedeutung des Klassenkampfes verloren gegangen sein soll, wie es die Resolution ausdrücklich behauptet, ist eine Liebertreibung, unter der die in derartigen Angelegenheiten so notwendige sachliche Beurteilung sehr leidet.

Im Interesse beider Teile hätten wir gewünscht, daß man die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft und der Partei nicht miteinander verknüpft, wie ja auch auf dem Parteitag in Köln ein derartiges Verlangen abgewiesen wurde. Die Folge wäre, daß billigerweise dann auch dem Verlangen der Partei, alle diejenigen aus der Gewerkschaft auszuschließen, die sich gegen die socialdemokratische Partei vergangen haben, von Seiten der Gewerkschaften fastgegeben werden müßte. Damit wäre aber den Gewerkschaften sicherlich kein Dienst geleistet.

Die Ermordung des Rittmeisters v. Krojgk vor dem Ober-Kriegsgericht.

(Unberechtigter Raubmord verboten.)

Aus dem Schluß der Verhandlung vom Donnerstag ist noch nachzutragen die Aussage des

Oberleutnants v. Hofmann.

Dieser bekundet: Marten war verpflichtet gewesen, zwischen 4 bis 5 Uhr in die Reitbahn zur Reitlehre zu kommen. Nachdem der Rittmeister tot war, ließ ich die Reitbahn absperrn und schickte den Unteroffizier

Fehler, um nachzugehen und aufzuschreiben, wer in den Kasernen studen war. Dann ließ ich die vierte Schwadron im ab-Stall antreten, und zwar diejenigen, welche in der Reitbahn waren, gesondert. Ich forderte auf, wer etwas wisse, solle hervortreten, damit so schnell als möglich der Mörder gefaßt werde. Ich leuchtete den Schein mit einer Laterne ins Gefäß, habe aber nichts Auffälliges wahrgenommen. Darauf bin ich in die Reitbahn gelaufen, wo inzwischen Oberleutnant v. Winterfeld angekommen war. Dieser ließ die vierte Schwadron nach der Reitbahn vor die Leiche führen. Es sollten diejenigen gesondert antreten, die keinen Dienst gehabt hatten. Etwa 20 traten gesondert an. Der Dragoner Stobed und die Unteroffiziere Grigat und Rheinisch stiegen durch Blässe auf. Ich habe dann bei verschiedenen Leuten Hausdurchsuchung gehalten, auch bei Marten. Ich sagte zu diesem: „Sie kommen ja gar nicht in Betracht, denn Sie sind ja in der Reitbahn gewesen, aber ich muß doch auch bei Ihnen Hausdurchsuchung halten.“ Später hat der Befreite Stumbrieh den Verdacht auf Marten gelenkt und gesagt: „Marten war gar nicht in der Reitbahn, hat sich aber zu denen gestellt, die in der Reitbahn waren.“ Als Marten dies vernahm, war er sehr erregt; er sagte: „Es ist unerhört, daß so etwas einem Sohn anständiger Eltern passieren muß.“ — Angell. Marten bemerkt auf Befragen: Ich habe mich nur in Gedanken zu denen gestellt, die in der Reitbahn waren.

Alsdann wird die Verhandlung um 7 1/2 Uhr auf Freitag um 9 Uhr vertagt.

Gumbinnen 16. August 1901.

Zweiter Tag der Verhandlung.

Die Angeklagten sehen heute wieder sehr aufgeräumt aus. Die Verhandlung beginnt mit dem Zeugenaufruf. Unter den Zeugen findet sich die Frau Wachtmeister Marten, die Mutter des Angeklagten, eine mittelgroße, schmächtige, nicht unehelose Frau von 43 Jahren. Der Vorsitzende Ober-Kriegsgerichtsrat Scheer ermahnt die Zeugen eindringlich, alles wahrheitsgemäß anzugeben, was sie wissen; es handele sich um die Ermittlung des Mörders, der rufloserweise den Rittmeister erschossen habe; sie sollten helfen, daß die Schmach, die auf das Regiment, insbesondere auf die vierte Schwadron gekommen sei, beseitigt werde.

Alsdann wird der Commandeur des 11. Dragoner-Regiments

Oberst v. Winterfeld

als Zeuge vernommen. Er bekundet: Unteroffizier Marten war ein tüchtiger, ehrgeiziger, guter Soldat. Sein Rittmeister aber hatte gegen ihn und dessen ganze Familie eine gewisse Voreingenommenheit. Dienstlich jedoch war Rittmeister v. Krojgk mit dem Angeklagten Marten zufrieden. Am 21. Januar mittags ritt Marten so schlecht, daß ihm der Rittmeister Befehl, abzusitzen, und der Unteroffizier Stüber das Pferd besteigen mußte. Marten war darüber so erregt, daß seine Augen rosten. Ich wollte ihn deshalb wegen vorchriftswidrigen Verhaltens bestrafen. Weiter bekundet der Oberst v. Winterfeld: Ich meldete den Vord sofort dem hier anwesenden Kriegsgerichtsrat Lüdicke. Auf dessen Anregung ließ ich sogleich die vierte Schwadron in die Reitbahn vor die Leiche führen, und befahl, daß sich dabei die Dienstfreien gesondert stellen sollten. Marten hat sich auf den rechten Flügel derjenigen, die Dienst gethan hatten, gestellt. Frau v. Krojgk hat mir einmal gesagt, ihr Mann habe gegen die Familie Marten einen Widerwillen; Unteroffizier Marten sei ein tüchtiger Soldat, aber ihm unheimlich. — Vork.: Hat auch der Rittmeister selbst derartige Behauptungen gegen Sie gethan? — Zeuge: Jawohl, der Rittmeister hat zu mir gesagt, die Familie Marten, insbesondere der Vater, scheine einen großen Haß gegen ihn zu haben, er selbst habe eine große Abneigung gegen die Familie Marten. — Ein Beifiger: Mußte der Befehl, daß die dienstfreien Leute sich gesondert stellen sollten, von allen Leuten gehört werden? — Zeuge: Allerdings. — Vork.: Der Angeklagte Marten hat ausgesagt, er sei durch den Anblick der Leiche so verwirrt gewesen, daß er sich in Gedanken zu den Dienstthuenden gestellt habe? — Zeuge: Darüber kann ich nichts sagen. — Verteidiger Rechtsanw. Vorhard: Haben Sie aufgefordert, wer etwas wisse, solle hervortreten? — Zeuge: Jawohl. — Vork.: Es ist aber niemand hervorgetreten? — Zeuge: Nein. — Vork.: Wurde Stobed schon demselben Abend verhaftet? — Zeuge: Erst am folgenden Tage. — Vork.: Der Trompeter Rheinisch ist damals durch Blässe aufgefallen. Nachträglich ist bekannt geworden, daß er wegen Lotislagge zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt gewesen ist. Ist festgestellt, wo Rheinisch zur Zeit der That gewesen ist? — Zeuge: Das ist mir nicht bekannt.

Auf Befragen bekundet der Oberst weiter, daß er über Hidel nichts sagen könne. Der Rittmeister hat nur gesagt: „Ich sehe es nicht gern, daß Hidel eine Tochter des Wachtmeisters Marten heiraten will. Die Familie ist mir unympathisch.“

Blüchsenmacher Bergfeld

sagt aus: Mit dem vorgefundnen Karabiner ist ein scharfer Schuß abgegeben; Platzpatronen können es nicht gewesen sein.

Oberleutnant Köpfer

bekundet auf Befragen des Staatsanwalts, Ober-Kriegsgerichtsrats Meyer: Ich habe den Trompeter Rheinisch gefragt, wo er zur Zeit der That war; er hat geantwortet, er habe auf der Stube Noten abgeschrieben. — Diese Aussage wird durch mehrere Zeugen bestätigt. Rheinisch trägt einen schwarzen Schnurrbart, da er aber nicht Unteroffizier ist, trägt er also keine steife Mütze.

Lieutenant Lorenz schildert den Vorgang in der Reitbahn. Es komme vor, daß die Thür zur Reitbahn von Leuten geöffnet werde, die dort keinen Dienst haben. Als die Schwadron vor die Leiche geführt wurde, habe der Oberst aufgefordert, darauf zu achten, wer bläse werde. Er habe gesehen, daß eine Anzahl Leute bläse wurden, Stobed habe zu seiner Abteilung gehört und sei einer seiner besten Leute gewesen. — Vert. Rechtsanw. Horn: Vorjenes Mal haben Sie gesagt: „Er war von den Dämnissen der Allgä.“ (Hellerkeit.) — Zeuge: Jawohl. Stobed folgte dem Unteroffizier mit dem größten Interesse.

Unter allgemeiner Spannung wird hierauf

Fran Wachtmeister Marten

in den Saal gerufen. Sie erklärt auf Vorhalten des Vorsitzenden: Ich will von dem Rechte der Zeugnisverweigerung keinen Gebrauch machen. Am 21. Januar hatte ich mich gegen 4 Uhr auf Sofa gelegt, da ich Kopfschmerzen hatte. Einige Zeit darauf fand mein Sohn und mein Schwiegerjoh gekommen und etwa fünf Minuten dagewesen. Zwischen 4 1/2 und 5 Uhr ist einer wiedergekommen und diesmal kaum anderthalb Minuten dagewesen, genau kann ich die Zeit nicht angeben.

Wachtmeister Suppersch:

Unteroffizier Marten wurde immer sehr aufgeregt, wenn er von einem Vorgesetzten getadelt wurde. Der Rittmeister hat ihn aber oftmals gelobt, bisweilen allerdings auch getadelt. — Wachtmeister Suppersch schildert weiter den Vorgang in der Reitbahn: Der Befehl, daß die Dienstfreien sich gesondert stellen sollten, war so laut, daß ihn jeder hören mußte. — Auf Befragen des Staatsanwalts: außer Hidel trug nur noch Unteroffizier Eisenberg, jetzt Sanjmann in Berlin, einen schwarzen Schnurrbart, alle andern Unteroffiziere der vierten Schwadron trugen blonde Schnurrbärte. — Staatsanwalt Ober-Kriegsgerichtsrat Meyer: Sie sollen voriges Mal gesagt haben, Marten sei so jähzornig, daß ihm der Vord zugutragen ist? — Zeuge: Das habe ich nicht gesagt. — Staatsanwalt: Halten Sie Marten für läsig, einen Vord zu begehren? — Zeuge: Schweiß. — Staatsanwalt: Wenn Sie nicht darauf antworten wollen, dann unterlassen Sie es. — Zeuge bemerkt auf Befragen ferner: Hidel war Quartiermeister. Der Rittmeister konnte ihn gut leiden, bloß wegen schlechten Reitens hat er ihn bisweilen getadelt. Hidel ritt nicht gut, weil er Krämpfaden hat. — Verteidiger A. A. Horn: Ist dem Zeugen bekannt, daß der Rittmeister mit Hidel am Blawalabend oftmals Wein

getrunken hat? — Zeuge: Jawohl. — Vork.: Hat der Rittmeister auch mit Ihnen Wein getrunken? — Zeuge: Ein Kaisers Geburtstag spendierte der Rittmeister gewöhnlich Bier.

Staatsanwalt: Ich beantrage, die Angeklagten auf den veränderten rechtlichen Gesichtspunkt aufmerksam zu machen: Es kann dieselbe gegen Marten

Bloß wegen Lotislagge,

gegen Hidel wegen Beihilfe erlaunt werden. Nachdem der Vork.: die dies gethan hat, fragt der Beifiger, Major Biermann, den Zeugen: Herr Wachtmeister, Sie sollen zu einem Berliner Kriminalbeamten geäußert haben: Ich könnte manches sagen, will aber lieber schweigen, denn die Wände haben Ohren. — Zeuge: Das habe ich nicht gesagt. — Vork.: Sie sind ja in der Reitbahn gewesen, aber ich muß doch auch bei Ihnen Hausdurchsuchung halten. — Später hat der Befreite Stumbrieh den Verdacht auf Marten gelenkt und gesagt: „Marten war gar nicht in der Reitbahn, hat sich aber zu denen gestellt, die in der Reitbahn waren.“ Als Marten dies vernahm, war er sehr erregt; er sagte: „Es ist unerhört, daß so etwas einem Sohn anständiger Eltern passieren muß.“ — Angell. Marten bemerkt auf Befragen: Ich habe mich nur in Gedanken zu denen gestellt, die in der Reitbahn waren.

Hierauf wird eine halbstündige Pause gemacht.

Gestern mittag bei der Lokalbeschäftigung wurde Bloß durch die Reitbahn und die Gebäude gegangen, abends fand eine Vernehmung bei Beleuchtung statt. Es war wiederum ein Krämmerwagen (gleich einer halbverdeckten Droschke) vor die Reitbahn auf denselben Platz wie am Vordabend gestellt. Dragoner Barnowski, der einen Mann, Stobed, der zwei Leute mit steifen Mützen vor dem Guckloch der Reitbahn gesehen zu haben behauptet, mußten angeben, wo sie selbst in dem Augenblicke standen, und beide Angeklagten wurden an das Guckloch gestellt. Auch wurde der Versuch gemacht, ob man mit einem Karabiner durchs Guckloch schießen konnte.

Im

weiteren Verlauf des Zeugenverhörs

bekunden die Unteroffiziere Wiemer und Stieber und zwei Dragoner über den Vorgang in der Reitbahn. — Dragoner Arndt: Als der Schuß fiel, habe er Feuer aus der Thür der Reitbahn kommen sehen; er sei der Ueberzeugung, daß der Schuß von der Thür her gekommen sei. — Dragoner Vandilla: Befreiter Stumbrieh hat gleich nach dem Vord alle Leute aufgeschrieben, die nicht in der Reitbahn waren.

Unteroffizier Ehrenheim bekundet: Angell. Marten war sehr erregt, wenn ihn ein Vorgesetzter tadelte. — Vork.: Hiel das auf? — Zeuge: Nein. — Vork.: Wenn ein Vorgesetzter Sie tadelte, ist Ihnen das gleichgültig? — Zeuge: Nein. — Vork.: Wenn der Vord nicht vorgekommen wäre, würde auch dann die Erzeugung Martens aufgefallen sein? — Zeuge: Vielleicht nicht. — Unteroffizier Fehler bekundet: Der Rittmeister hat einmal gesagt, Hidel könne gut schriftliche Arbeiten machen, aber nicht gut reiten. — Dragoner Weber, mit dessen Karabiner der Rittmeister erschossen worden ist, bekundet: Er sei zur Zeit der That in der Reitbahn gewesen, sein Karabiner stand auf dem Korridor zwischen den Stuben 58 und 59 auf Stühlen. Wer den Karabiner genommen oder wer den Rittmeister erschossen habe, wisse er nicht. Er war früher bei der zweiten Schwadron. Mit diesem Karabiner sei überhaupt noch nicht scharf geschossen gewesen.

Staatsanwalt: Wird es als gerichtsfundig angenommen, daß Unteroffiziere sich Patronen zurückbehalten? — Vork.: Diese Frage muß ich ablehnen, da die Mitglieder des Gerichtshofs weder Zeugen noch Sachverständige sind. — Staatsanwalt: Dann ziehe ich die Frage zurück.

Alsdann wird als Zeuge der Dragoner Barnowski vernommen; dieser bekundet: Am 21. Januar, nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr ging ich an der Reitbahn vorbei und

sah am Guckloch einen Mann

mit schwarzem Schnurrbart stehen, der eine steife Mütze und Mantel hatte. — Auf Anordnung des Vorsitzenden muß Hidel eine Mütze aufsetzen. — Zeuge vermag nicht zu sagen, ob es Hidel war. Zeuge macht es vor, in welcher Weise der Mann mit dem Gesicht nach dem Guckloch gestanden habe. — Beifiger Kriegsgerichtsrat Dr. Köpfer beantragt, während der weiteren Vernehmung des Zeugen den Angeklagten aus dem Saale zu führen, da zu befragen sei, daß der Zeuge sonst mit der Wahrheit zurückhalte. — Der Vorsitzende läßt den Angeklagten aus dem Saale führen. — Zeuge Barnowski bekundet alsdann auf Befragen: Ich habe wohl einen Mann bei Lichtschein gesehen, kann ihn aber nicht näher bezeichnen, als daß es ein Vorgesetzter war. Ich bin dann weggegangen. Den Sergeant Hidel kenne ich nicht, da ich bei der zweiten Schwadron stehe. — Beifiger Kriegsgerichtsrat Dr. Köpfer: Kann Zeuge sagen, ob der Mann Marten oder Hidel war? — Zeuge: Nein. — Beifiger Major Biermann: Es ist doch ein Unterschied, ob jemand dem Reiten zuseht oder etwas beobachtet. Ist dem Zeugen nichts der Art aufgefallen? — Zeuge: Nein. Die Thür zur Reitbahn stand spaltbreit auf, deshalb war ich neugierig und habe hingeschaut, welche Abteilung ritt; dabei habe ich einen Mann mit schwarzem Schnurrbart, steifer Mütze und Mantel stehen sehen. — Der Vorsitzende läßt den Angeklagten wieder in den Saal führen und fordert den Zeugen auf, nochmals den Angeklagten Hidel genau anzusehen, ob das der Mann gewesen sei. — Zeuge: Ich kann ihn nicht wiedererkennen.

Hierauf bekundet Befreiter Worislawski: Ich bin zur Zeit der That im Krämperstall gewesen. Stobed war eine Zeitlang weg; wie lange, weiß ich nicht. Plötzlich fiel ein so lauter Schuß, daß die Pferde aufbäumten. Ich glaubte, Stobed habe die Reitbahnthür aufgefallen und deshalb werde der Schuß so laut gehört. Gleich darauf hat der Dragoner Stephan gemeldet: Der Rittmeister ist erschossen. — Dann hat mich Befreiter Pfeiffer aufgefordert, einen Krämperwagen anzuspinnen und einen Arzt zu holen.

Hierauf wird eine Pause bis 4 Uhr gemacht.

Als die Verhandlung nachmittags wieder eröffnet wird, ist die Hitze in dem niedrigen Saale geradezu unerträglich. — Staatsanwalt und Verteidiger erklären, auf die Ladung von Zeugen betreffs der Fahnenflucht Martens zu verzichten. — Alsdann wird nochmals Unteroffizier Wiemer vernommen. Er sagt aus, Marten habe ihm einmal erzählt, daß er ein Remontepferd im Januar vor Dienst geritten habe. Vork.: Haben Sie es selbst geritten? — Zeuge: Zu Befehl, nein! Marten hat es mir erzählt. — Vork.: Können Sie das besandern? — Zeuge: Zu Befehl, nein! — Vork.: Ist das richtig, was er erzählt hat? — Zeuge: Zu Befehl, Marten hat es einmal erzählt. — Vork.: Verstehen Sie denn als Unteroffizier nicht deutsch? Sie sagen immer „zu Befehl“. Ich habe hier nichts zu befehlen! Sie sind hier als Zeuge und haben das zu beantworten, was gefragt wird. — Beifiger Major Biermann: Zeuge ist Verittsführer; wenn Marten vor Dienst ein Pferd geritten hat, müßte er es doch wissen. Haben Sie Marten vor Dienst reiten sehen? — Zeuge: Nein. Befreiter Schüttig hat eines Morgens im Januar Marten vor Dienst ein Remontepferd reiten sehen. — Vork.: Die Zeit war es? — Zeuge: Gegen 5 Uhr. — Vork.: Wie lange ritt er? — Zeuge: Eine halbe Stunde. — Beifiger Major Biermann hält diese Angabe für unwahrscheinlich, da im Winter der Dienst auch im Stall pünktlich um 5 Uhr morgens beginnt.

Alsdann bekundet Dragoner Zimmermann: Am 21. Januar nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr wartete ich im Krämperstall auf den Rittmeister, der gewöhnlich nach dem Reiten heimfuhr. Stobed kam auch in den Krämperstall. Als er 1 bis 2 Minuten weg war, ertönte ein starker Schuß. Wir glaubten, daß Stobed die Reitbahn aufgelassen habe, da der Schuß so stark war. Gleich darauf kam ein Befreiter in den Stall mit der Mitteilung, daß der Rittmeister erschossen sei. Stobed ist nach dem Schusse nicht mehr in den Stall gekommen, wenigstens habe ich ihn nicht mehr dort gesehen, ich hätte ihn aber sehen müssen. — Dragoner Ribyvel bestätigt diese Aussage des Vorgehen. — Vork.: Haben Sie Marten sagen hören: „Der Hund muß heute noch rot sehen?“

Zeuge Dragoner Treß erzählt: Marten hat es tags vorher gesagt. Als wir am Abend in den Krempelstall kamen, sagte Dragoner Krause: „Den hat der Teufel geholt.“ — Vorj.: Wer war damit gemeint? — Zeuge: Ich weiß nicht. — Vorj.: Wer war dabei? — Zeuge: Hidel, er hat gelacht. — Vorj.: Weshalb haben Sie gelacht, Hidel, Sie wußten doch, daß der Mittmeister erschossen war? — Hidel: Das ist un- wahr! — Auf Antrag des Staatsanwalts wird der Angeklagte aus dem Saal geführt, da zu befürchten, daß in seiner Gegenwart der Zeuge mit der Wahrheit zurückhalte. — Zeuge bleibt bei seiner Bekundung, daß Hidel lachte; es war ein freudiger Gesichtsaus- druck, der anfiel.

Auf Befragen des Verteidigers Rechtsanwält Horn, weshalb er seine Bekundungen erst am folgenden Tage erzählt habe, obwohl Oberst v. Winterfeld in der Reitbahn und vorher Oberleutnant v. Hofmann im ab-Stall mit lauter Stimme aufgefordert habe, wer was gesehen, solle vortreten, bemerkt Stobed, er sei nicht gefragt worden. Die Aufforderungen im ab-Stall und in der Reitbahn habe er nicht gehört.

Danach wird die Verhandlung um 7¼ Uhr abends auf Sonnabendvormittag 9 Uhr vertagt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Bauanschläger. In der Donnerstags-Nummer des „Vorwärts“ brachten wir eine Notiz über die am Dienstag stattgehabte Sitzung von Vertretern der Arbeitgeber und der Anschläger. Hierzu sendet die Lohnkommission der Bauanschläger eine Zuschrift. Dieselbe lautet:

Zur tatsächlichen Klarstellung der Sachlage möge folgendes dienen:

Der einzige Punkt, welcher von den Arbeitgebern bewilligt wurde, ist die Festlegung des bisherigen Lohnniveaus bis zum 31. Dezember d. J. Verlangt wurde aber von den Herren, nicht bloß angeregt, daß die gemeinschaftlichen Verhandlungen über den festzusetzenden Tarif während der Zeit von Mitte September bis Mitte Oktober stattzufinden hätten, trotzdem unsererseits vorher betont worden war, daß diese Verhandlungen möglichst bis Sonnabend, den 17. d. M., beendet sein müßten. Die Bereitwilligkeit der Herren Unternehmer, mit uns über die spätere Gestaltung des Arbeitsnachweises zu verhandeln, ging so weit, daß man uns andot, uns in dem Kuratorium des Arbeitsnachweises, welchen man uns aufzwingen möchte, und in welchem 6 Arbeitgeber und 6 Schlossergesellen vertreten sind, zwei Sitze zu gewähren. Da nun, nach Lage der ganzen Verhältnisse, gemeinsame Berührungspunkte zwischen dem in der Werkstatt arbeitenden Schlosser und dem auf Bau unter ganz anderen Bedingungen arbeitenden Anschläger, absolut nicht vorhanden sind, wurde von uns den Herren Arbeitgebern der Vorschlag gemacht, mit uns gemeinsam einen Arbeitsnachweis dergestalt ins Leben zu rufen, daß in dem Kuratorium desselben 3 Schlossermeister, 3 Anschläger und 1 Unparteiischer vertreten sein sollen; etwaige hier vorkommende, nicht zu schlichtende Differenzen sollten durch das Gewerbegericht, resp. das Einigungsamt desselben, geschlichtet werden. Dies wurde von den Herren abgelehnt. Außerdem wurde von sämtlichen Vertretern der Arbeitgeber mit Ausnahme eines einzigen Herrn zu wiederholten Malen betont, daß es in unsrem bisher beiderseitig anerkanntem Tarif enthaltenen Anmerkungen, speziell diejenigen, welche das Höhen- und Breitenmaß für bestimmte Tarifpositionen festlegen, unter seinen Umständen weiter bezahlt werden; es wurde von sämtlichen Herren ausdrücklich gesagt, wenn dieser Punkt unsererseits nicht fallen gelassen würde, wäre es am besten, wenn die Verhandlungen sofort abgebrochen würden. Die hier angeführten Punkte, gegen welche sich die Arbeitgeber von vornherein ablehnend verhalten, sind für unsre Organisation resp. für die Berechnung unsrer Arbeit von so eminenter Bedeutung, daß die Verammlung, welche darüber zu beschließen hatte, zu dem Schluß kam, daß nach den Erklärungen der Arbeitgeber der Kampf darum auch im Monat Oktober unvermeidlich sein würde, doch mit dem Unterschiede, daß wir dann den von den Arbeitgebern hingeworfenen Fehdehandschuh zu einer Zeit aufnehmen müßten, in welcher eine Verteidigung unsrer Position durch die Konjunktur auf unserem Arbeitsmarkt bedeutend erschwert würde. Infolge dieser Erkenntnis wurde der Streik gegen zehn Stimmen beschlossen.

Die Lohnkommission der Bauanschläger.

Die Bauanschläger haben in einer Versammlung am Donnerstag bei Keller den Beschluß gefaßt, neben dem Specialtarif, der ca. 200 Positionen aufweist und der am Mittwoch allen Unternehmern zugestellt worden ist, einen Minimaltarif drucken zu lassen. Die Unternehmer sind ersucht worden, die Forderungen durch Unterschrift des Reverses anzuerkennen und der Lohnkommission hiervon bis Sonnabend Mitteilung zu machen.

Am Montag früh 9 Uhr findet bei Keller, Köpenstraße, eine Versammlung statt, in der das Resultat bekanntgegeben wird und zu der alle Anschläger, insbesondere auch diejenigen, welche bei den bisher geperreten Firmen thätig sind, eingeladen werden.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Lebensverwaltung Berlin) ersucht uns, bezugnehmend auf einen Bericht in Nr. 126 des „Vorwärts“ über eine Versammlung des Gewerkschafts-Litells für Berlin und Umgegend, folgendes mitzuteilen:

Die organisierten Keller und Verlagsgehilfen sind schon seit Bestehen der Organisation in der Berliner Gewerkschafts-Kommission vertreten. Der Gewerkschaftsleiter ist nur eine kleine, bisher indifferente Vereinigung beigetreten, die in Widoft tagt. Diese Vereinigung hat seit ihrer Gründung einen so bedeutenden Mangel an Solidaritätsgefühl bewiesen, daß der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen Wert darauf legen muß, mit dieser Vereinigung, trotz ihres Anschlusses an das Kartell nicht identifiziert zu werden.

Deutsches Reich.

Zum Generalstreik der Glasfabrikanter. Eine Behauptung, die man jetzt alle Tage in den dem Unternehmertum zur Verfügung stehenden Presseorganen lesen kann, und die, so lange die gegenwärtige Bewegung dauert, von den Fabrikanten mit großem Nachdruck aufgestellt wird, ist die, daß es den Unternehmern ja gar nicht einfallt, das Koalitionsrecht der Arbeiter anzutasten. Schon öfter sind Beispiele angeführt worden, welche beweisen, daß die Arbeiter recht haben, wenn sie sagen, der gegenwärtige Streik sei in der Hauptsache ein Kampf für das Koalitionsrecht. Einen neuen Beweis für die Behauptung der Arbeiter liefert der folgende drastische Fall, den unser Viefelder Partei-Organ aus der „Praxis“ der „Glas- hütte“ mitteilt:

Die Mehrzahl der Glasarbeiter und Arbeiterinnen gehören dem Verband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands an. Vor 14 Tagen wurden nun 8 Arbeiter und 7 Arbeiterinnen gekündigt, angeblich wegen Mangel an Arbeit, und dieses waren alles Arbeiter, welche sich an der Agitation für den Verband beteiligt haben. Am Schluß der Kündigung wurde den Arbeiterinnen gesagt: Wenn Sie aus dem Verband treten, können Sie bleiben. — Die Arbeiterinnen aber haben es abgelehnt, aus dem Verband auszutreten, und sind somit entlassen worden.

Trotz solcher Vorwände werden die Glasfabrikanter und ihre dienstbaren Geister sich nicht scheuen, auch weiterhin mit dreierlei Stim zu behaupten, sie hätten nichts gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter einzuwenden.

Die Nordhäuser Tabakfabrikanter zu verteidigen und die ausständigen Arbeiter vor der Offensivität ins Unrecht zu setzen, versucht die „Vossische Zeitung“ in einem längeren Artikel ihrer Donnerstagsnummer. Wie unseren Lesern bekannt ist, hat Syndikus Schloßmacher, der die letzten, resultatlos verlaufenen Einigungs- verhandlungen leitete, in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ eine Dar- stellung gegeben, die in den wichtigsten Punkten von der Kom- mission der Ausständigen auch im „Vorwärts“ (Nr. 181) als nicht zutreffend bezeichnet worden ist. Die bezeichneten Dar-

legungen Schloßmachers sind es, die jetzt ihren Weg in die „Vossische Zeitung“ gefunden haben, nachdem sie bereits die Kunde durch fä- denbüchse Plätter machten. Da die Schloßmachersche, die Arbeiter ins Unrecht setzende Darstellung nunmehr dem Berliner Publikum in erkennbarer Absicht vorgetragen wird, so wollen wir den Be- hauptungen von jener Seite diejenigen der Streikkommission noch- mals in aller Kürze gegenüberstellen.

In der „Voss. Ztg.“ ist zu lesen, der Vergleich sei daran ge- scheitert, daß die Arbeiter verlangt hätten, alle Ausständigen sollen sogleich wieder eingestellt, und die Streikbrecher entlassen werden. Demgegenüber erklärte die Streik- kommission, die wohl ebensoviel Glaubwürdigkeit beanspruchen kann, wie der Gewährsmann der „Voss. Ztg.“, daß von den Ausständigen niemals verlangt worden ist, daß die sog. Arbeitswilligen befreit werden sollen. Es ist niemals ein derartiger Beschluß gefaßt, niemand an den Stehengebliebenen und neu Eingetretenen einen Anstoß nimmt, sondern alle gewillt sind, mit denselben zu arbeiten.

Nach dieser, wie gesagt, durchaus glaubwürdigen Erklärung kann gar keine Rede davon sein, daß, wie die „Voss. Ztg.“ schreibt, die Ausständigen sich das Recht vorbehalten wollen, die Arbeitswilligen durch Kränkung und Verleumdung zu zwingen, ihre Stellung auf- zugeben, oder sich der „socialdemokratischen Organisation“ anzu- schließen.

Was nun die Einstellung der Ausständigen betrifft, so wollten die Fabrikanten unter denselben eine Anleihe halten, derart, daß alle, die in der Streikbewegung oder in der Organisation sich irgendwie hervorgetan hatten, dauernd ausgesperrt bleiben sollten. Also nicht die Streikenden wollten die Arbeitswilligen drohlos machen, sondern die Fabrikanten, deren sich die „Voss. Ztg.“ so warm an- nimmt, wollen jeden Arbeiter, der seine und seiner Kollegen wirtschaft- liche Interessen vertritt, durch Hunger zwingen, zu Kreuzen zu kriechen. Damit wird zugleich die auch in dem Artikel der „Voss. Ztg.“ enthaltene Behauptung widerlegt, die Fabrikanten wollten das Koalitionsrecht nicht antasten. Ist es denn nicht die schälimste Vergeßlichkeit der Organisation, wenn man gerade den thätigen Mitgliedern derselben die Werkstatt für immer verschließt? Dieses mehrfache Verlangen der Nordhäuser Fabrikanten verschweigt die „Voss. Ztg.“ allerdings. Wenn die Ausständigen auf einen solchen „Vergleichsvorschlag“ nicht eingingen, so wird ihnen kein rechtlich denkender Mensch das verargen, und das gerade dieser Vorgehensweise in den Schloß- macherschen Darstellungen und in der „Vossischen Zeitung“ ver- schwiegen wird, das spricht gerade nicht für die Wahrheitsliebe des Urhebers derartiger Artikel.

Nügen bürgerliche Organe sich noch so eifrig bemühen, den Tabakarbeitern die Schuld für die Fortsetzung des Kampfes zu- zuschreiben, das ändert nichts an der Tatsache, daß die Nordhäuser Tabakarbeiter einen schweren Kampf für eine gerechte Sache kämpfen, einen Kampf, den zu unterstützen jeder Klassenbewußte Arbeiter die heilige Pflicht hat.

Ein Bierboikott hat eine öffentliche Arbeiterversammlung in Köln über die dortige Großbrauerei von Friedrich Winter ver- hängt, weil dort wiederholt in Präregulungen gewerkschaft- lich organisierter Arbeiter und Wärtner vorgekommen sind. Durch ein Flugblatt wurden mehr als hundert Wirtschaften bekannt gegeben, die das Bier aus der Winterschen Brauerei be- ziehen.

Ausland.

Die Herrschneider in New York haben einen großen Lohn- kampf, an dem 60 000 Arbeiter der Branche beteiligt waren erfolg- reich durchgeführt. Alle größeren Firmen haben die Forderungen der Schneider bewilligt. Mit den Schwimmeister haben sich die Streikenden überhaupt nicht in Verhandlungen eingelassen. Wie es scheint, standen die großen Geschäftsinhaber dem Streik nicht ohne Sympathie gegenüber, denn derselbe hat den Erfolg gehabt, daß den Schwimmeister, die durch fürchterliche Ausbeutung der Arbeiter die Preise so herabgedrückt haben, daß es den großen Geschäften kaum noch möglich war, mit ihnen zu konkurrieren, das Handwerk gelegt worden ist. Den Streikenden sind folgende Forderungen bewilligt: Die Arbeitgeber beschäftigen nur Mitglieder der Schneiderorganisation (United garment workers of America). Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 59 Stunden. Die Fabrikanten — nicht die Zwischen- meister — sind verantwortlich für die Löhne der Arbeiter. Die Fabrikanten verpflichten sich, solchen Zwischenmeistern, gegen die die Union berechtigte Klagen führt, die Arbeit zu entziehen.

Dieser Streik wird als der erfolgreichste, der je in der Kleider- branche geführt worden ist, bezeichnet.

Zum Stahlarbeiter-Streik in Amerika wird heute berichtet, daß vier Gruppen des Vereinigten Stahlarbeiter-Verbandes sich ein- stimmig dem Streik angeschlossen haben, wodurch sich die Zahl der Streikenden um 3000 vermehrt.

Weiter wird gemeldet: In Jolins (Illinois) haben die Mitglieder der Amalgamated Association einstimmig den Streik beschlossen, so daß 5000 Arbeiter streikten und die Eisenwerke stillliegen.

Kunst und Wissenschaft.

Der fünfte internationale Zoologen-Kongress hörte in seiner letzten Sitzung am Freitag einen Vortrag über Vitalismus und Mechanismus von Prof. W. B. Pfeiffer, der in klarer und treffender Weise die mechanistische Weltanschauung gegen neuere Angriffe verteidigte. Ist denn das nötig, wird mancher viel- leicht verwundert fragen; ist es nicht eine der glanzvollsten und ab- geschlossenen Leistungen des 19. Jahrhunderts, die phantastische Lebenskraft beseitigt und damit auch für die Lebensvorgänge der physikalisch-chemischen Auffassung die Wege gebahnt zu haben? Man- mon sich denn von neuem mit längst überlebten und abgethanen Dingen oder Gespenstern herumplagen?

Allerdings ist das der Fall und es ist nicht wunderbar, daß es so ist. Nach der Entdeckung der Tatsache, daß Stoffe, die bis dahin nur durch die Lebensfähigkeit eines Organismus erhalten waren, auch im chemischen Laboratorium durch Zusammenfügung von un- organischen Stoffen gebildet werden können, brach jene groß- artige Epoche an, in welcher die Anwendung der Physik und Chemie auf die Lebenserscheinungen zu den bedeutendsten Resultaten führte, wodurch die vitalistische Lehre mit ihrer Voransetzung einer besonderen Lebenskraft beseitigt wurde. „Alle Erscheinungen des Lebens lassen sich auf physikalische und chemische Kräfte zurückführen“, lautete der Grundsatz der Forschung; in Leben und seinen vielfältigen Ausprägungen erblickte man einen rein mechanischen Vorgang, in welchem keine anderen Kräfte und Gesetze zur Geltung kommen können, als diejenigen, die in der un- belebten Natur herrschen. Aber die Erklärung der komplizierten Vor- gänge im einzelnen wollte nicht immer glücken, und wenn auch die Lehre Darwins zum erstenmale die Entwicklung der Lebewesen aus ihren natürlichen Ursachen zu begreifen unternahm, so blieb doch vieles einzelne und vor allem auch der Fortgang vom Unbelebten zum Belebten unerklärt. Hieran stoßen sich manche Forscher und wollen die mechanische Auffassung gänzlich verlassen. Die schöne Zweckmäßigkeit des Geschehens in der organischen Welt muß von neuem herhalten, um den Organismen von den physikalischen und chemischen Kräften verschiedene, geheimnisvoll wirkende Ursachen beizulegen. Ist es denn aber wahr, daß in der organischen Welt die zweckmäßigen Reaktionen vorbereiten? Der Zweck jedes Lebewesens, sofern man überhaupt davon sprechen will, kann doch nur der sein, sich selbst und seine Art zu erhalten, und die einzelnen Organe funktionieren zweckmäßig, wenn sie in diesem Sinne wirken. Wir sehen aber, daß ein derartig zweckmäßiges Regieren der Organe nur innerhalb der bestimmten Grenzen eintritt, nämlich innerhalb der Grenzen, welche durch die Umstände, in denen das Lebewesen sich gewöhnlich befindet, gegeben sind. Bei Reizen dagegen, die über diese Grenzen hinausgehen, erfolgt die Reaktion oft in recht ungewöhnlicher Weise; das Aus- sterben ganzer Tierarten beruht meistens ja gerade auf diesen un-

zweckmäßigen Reagieren der Organismen auf geänderte physikalische Bedingungen. Den einzigen beachtenswerten Versuch, die zweck- mäßige Gestaltung der Lebewesen zu begreifen, bildet bis heute noch immer die Darwinische Lehre.

Wenn die neuen Vitalisten betonen, daß die mechanische Naturanschauung bisher noch nicht im Stande gewesen sei, alle Rätselfragen zu lösen, die das Leben in seinen tausendfachen Formen und Veränderungen uns aufwirft, so ist das zuzugeben; freilich muß man auch bedenken, daß die Forschung, die sich in dieser Richtung bewegt, überhaupt noch nicht hundert Jahre alt ist. Und stellt man die Gegenfrage, was hat denn der Vitalismus in dieser Beziehung geleistet, was hat er zur Erklärung und zum Begreifen irgend einer Thatsache beigetragen, so muß die Antwort lauten: Nichts, absolut gar nichts. Auch hier wird es, wie überall, heißen: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Den letzten Vortrag des Kongresses bildete der von Professor Wranko über fossile Reizekreise, in welchem zum Schluß auf sehr interessante neue Versuche von Blutmischung hin- gewiesen wurde, aus denen hervorgeht, daß alles tierische Blut im menschlichen sich auflöst, auch das der amerikanischen und alt-welt- lichen Affen, nur das der menschlichen Affen nicht; damit wäre unsre Blutsverwandtschaft mit diesen Affen erwiesen. Auch eine Kreuzung zwischen Mensch und menschenähnlichen Affen hält Prof. Wranko nach diesen Ergebnissen nicht für unmöglich, und die berühmte Knochen des Pithecanthropus erutus auf Java gehörten vielleicht dem Sprößling einer solchen Kreuzung an.

Unser Kultusminister Studt hörte beide Vorträge, die das Entsetzen aller Frommen im Lande der Muder erregen müssen, mit aufmerksamem Interesse an; seine allgemeine Bildung reicht so weit, daß er höfliche Abschiedsworte und freundliche Wünsche für den weiteren Fortgang der Forschungen sand. An schönen Worten haben es ja unsre Kultusminister schon häufig nicht fehlen lassen; doch spiegeln diese Worte den Geist, der in unsrer Unterrichts- verwaltung herrscht, in keiner Weise wieder. — B.

Gerichts-Beitrag.

Wie weit die rechtmäßige Ausübung des Amtes eines Schutzmanns geht, hatte gestern die 5. Ferien-Strafkammer des Landgerichts I in einem Specialfalle zu entscheiden. Wegen Wider- stands gegen die Staatsgewalt, Verleumdung und Be- drohung hatte i. J. das Schöffengericht den Maurerpoller Albert Scharow und die Zimmerleute Hermann Göhre und Johann Pollin zu je 6 Wochen Gefängnis verurteilt und dem Urteil folgenden Tatbestand zu Grunde gelegt: Die auf einem Neubau in der Wilhelmshavenstraße be- schäftigt gewesenen Zimmerleute pflegten in dem benachbarten Fischereschen Schanklokal zu essen und zu trinken. Nach der Behauptung des Angeklagten Göhre ist es ihm gewesen, daß etwa verbleibende Reste der Zechschuld des Sonnabends beglichen wurden. Am 13. Juli v. J. hatten die beiden letzten Angeklagten eine kleine Zecher gemacht und waren auf ihren Bau gegangen, ohne sie sogleich zu begleichen. Der Wirt, der an diesem Tage Kerger gehabt haben soll, nahm daraus Veranlassung, sich zwei Schutzleute zu holen und mit diesen auf den Bau zu gehen, um durch die Beamten die Persönlichkeit des G. feststellen zu lassen. Sie hatten daselbst natürlich keinen freundlichen Empfang. Nach der Darstellung der Schutzleute haben diese, nachdem sie den Namen und die Wohnung des Göhre erfahren und noch weitere Fragen über den Vorgang an diesen richteten, sehr schlimme Worte zu hören bekommen, die auch bei Pollin eine Echo gefunden hatten. Speziell soll Göhre den einen Schutzmann am Arm gefaßt und ihm zugerufen haben: Ein Pfiff genügt und Sie können nicht mehr lebendig aus dem Bau. Dem soll der Pollier Scharow herbeigekommen sein und den Schutzmann gleichfalls zurückgedrängt haben, wobei er ausrief: Machen Sie, daß Sie hier vom Bau herunter kommen, sonst bekommen Sie hier mehr Dreche, als Sie in Berlin je bekommen haben; ich schlage Ihnen mit dem Hammer über den Kopf! — Den Schutzleuten wurde in dieser Situation etwas unbehaglich zu Mute, um so mehr, als plötzlich von einem oberen Stockwerk ein Brett herabgeworfen wurde, welches nach ihrer Ansicht je eigentlich hätte treffen sollen. Die Beamten zogen sich über die noch nicht mit einem Geländer versehenen Treppen zurück und holten Verstärkung durch einen Nach- meister und einen Schutzmann herbei. Göhre und Pollin waren inzwischen auf ein anderes unbebautes Grundstück gegangen und wurden dort festgesetzt, Scharow wurde in einem benachbarten Schanklokal verhaftet. Das Schöffengericht hielt den Göhre für einen sehr großen und erkannte auf je 6 Wochen Gefängnis. Zu der Verurteilung des Göhre und der Angeklagten einige Behauptungen der Verurteilten, während diese bei ihrer Dar- stellung verblieben. Die Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Löwen- stein und Heine, machten juristische Gründe gegen die Anwend- barkeit des Widerstands-Paragrafen geltend und behaupteten, daß der angebliche Widerstand erst zu einer Zeit geleistet worden sei, als die amtliche Thätigkeit der Schutzleute bereits beendet war. Diese hätten lediglich die Aufgabe gehabt, die Persönlichkeit des Göhre festzu- stellen. Darüber hinaus hätten sie sich auf irgend welchen Tat- bestand bezogen, sei gar nicht ihres Amtes gewesen und sie hätten sich nicht mehr in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes befunden. Infolge dessen läge weder Widerstand, noch Notwehr, sondern nur Verleumdung auf Seiten der beiden ersten Angeklagten vor, welche mit Geldstrafe genügend gesühnt werde. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an, hob das erste Urteil auf und verurteilte Scharow und Göhre zu je 140 M. Geldstrafe event. 28 Tagen Ge- fängnis. Pollin wurde freigesprochen.

Lezte Nachrichten und Deyelichen.

Unstre Verbündeten über den deutschen Zolltarif.

Wien, 16. August. (B. Z. B.) Der ständige Ausschuss der österreichischen Centralstelle zur Bohrung der land- und forstwirtschaft- lichen Interessen beim Abschluß von Handelsverträgen nahm in seiner gestrigen Sitzung nach längerer Erörterung einstimmig eine Resolution an, in welcher im Hinblick auf den neuen deutschen Zolltarif, der, unüberändert angenommen, den österreichischen land- und forstwirtschaftlichen Export nach Deutschland in einzelnen Erzeugnissen wesentlich erschweren, teilweise sogar un- möglich machen würde, die Regierung ersucht wird, dieser Gefahr dadurch vorzubeugen, daß seiner Zeit bei den Vertrags- verhandlungen die erhöhten Zollsätze Oesterreich gegenüber ermäßigt, beziehungsweise einer differenzierenden Behandlung zu Gunsten Oesterreichs unterzogen werden.

Sichtenfeld, 16. August. (B. Z. B.) Der gestern abend 10 Uhr 10 Minuten hier aus Groß-Pröbstzella fällige Personenzug traf in Rupp mit einem brennenden Postwagen ein. Dieser war kurz vorher infolge Explosion einer Petroleumlampe in Brand geraten. Das Feuer fand reichliche Nahrung, so daß der ganze Wagen bis auf das eiserne Gerippe ausbrannte. Der in dem Wagen befindliche Postkassierer verlor anfangs das Feuer zu löschen, erlitt aber schwere Brandwunden. Nur der Aufmerksamkeit des Zug- fährens, der den Brand bemerkte und den Zug zum Stehen brachte, ist es zu danken, daß der Postkassierer aus seiner verzweifelten Lage gerettet wurde und mit dem Leben davonkam. Es sind mehrere Hundert Stück Postpakete verbrannt.

London, 16. August. (B. Z. B.) Unterhaus. Der Redacteur und der Verleger des „Globe“ erschienen vor den Schranken des Hauses, drücken in kurzen Worten ihre Bedauern aus und um Ab- bitte für den Artikel, in welchem die irischen Abgeordneten der Beschuldigung bezichtigt waren. Auf Verlangen John Redmonds, dem die Abbitte nicht genügt, widerrufen die Angeklagten noch die Be- zichtigung.

Rom, 16. August. (B. Z. B.) Obgleich die Venedig-Bahn-Gesell- schaft den ausständigen Angestellten Jugeländnisse machte, beschlossen die letzteren heute in zwei von ihnen abgehaltenen Versammlungen, den Ausstand fortzusetzen. Auch in Neapel und Mailand dauert der Ausstand fort.

Bericht des Parteivorstandes

Partei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1901 zu Lübeck.

Allgemeines. Der Anfang des Berichtsjahres brachte der deutschen Arbeiterklasse Tage schmerzlicher Trauer, an der das Massenbewußte Proletariat aller Kulturländer den lebhaftesten Anteil nahm. Wilhelm Liebknecht, der Altmeister der deutschen Sozialdemokratie, starb am Morgen des 7. August unerwartet, plötzlich, ohne daß vorher auch nur ein Anzeichen einer Unpäßlichkeit vorhanden gewesen wäre, tief betrauert von seinen Angehörigen, der deutschen Arbeiterklasse, dem internationalen Proletariat.

Der vorjährige Bericht des Vorstandes an den Parteitag wurde noch unter der Mitwirkung Liebknechts — tags vor seinem Tode — am Montag, den 6. August, fertiggestellt. Der „Alte“ war froh und heiter gestimmt wie immer. Keiner der Kollegen konnte ahnen, daß es die letzte Kollektivarbeit des Vorstandes sei, die unter Mitwirkung Liebknechts ausgeführt werde.

An dieser Stelle dem lieben, treuen „Alten“ einen Nachruf zu widmen, erübrigt sich. Die Parteipresse unter Führung des Centralorgans hat die Verdienste, die sich Liebknecht um die Arbeiterklasse und die Menschheit erworben hat, in Nachrufen und Reminiszenzen gewürdigt. Auch der ausländische Teil der bürgerlichen Presse ließ den Verdiensten, den Charaktereigenschaften, der Ueberzeugungstreue und persönlichen Ehrenhaftigkeit Liebknechts volle Gerechtigkeit widerfahren. Und selbst die Preßorgane, die den für immer verstummten mit ihrem Haß noch über das Grab hinaus verfolgten, konnten nicht umhin, der Ueberzeugungstreue und Ehrenhaftigkeit des Verstorbenen Anerkennung zu zollen.

Als die Liebe, die sich Liebknecht, da wo Arbeiterherzen schlugen, im Leben erworben, all die Verehrung, die ihm schon bei Lebzeiten von Nah und Fern entgegengebracht wurde, kam nochmals in plebiszörischer Fuldigung bei dem Begräbnis Liebknechts am Sonntag, den 12. August, zum sichtbaren Ausdruck. Die Schätzungen über die Zahl der Teilnehmer an dem Leichenbegängnis variieren zwischen 120—150 000 Leidtragenden, die den mehr als 4 stündigen Marsch von dem Sterbehause Kantstraße 100 in Charlottenburg bis zum Friedhof in Friedrichsfelde in würdevoller Ruhe zurücklegten und bis auf den letzten an der Gruft „ihrem“ Wilhelm den letzten Scheidegesang darbrachten. Außerdem waren Hunderttausende herbeigeeilt, noch einen Blick dem Sarge nachzusehen, der die sterblichen Reste des Mannes enthielt, dessen Mund so oft in beredenden Worten für den Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung angefeuert hatte. Selbst in dem fashionablesten Berlin W. bildete das Publikum in 4—6 hoher Reihe zu beiden Straßenseiten Spalier, welches sich in den Arbeiterquartieren des Südostens und Ostens auf die doppelte Zahl der in brennender Sonnenhitze Ausdauernden verdichtet hatte.

Deputationen der Genossen Deutschlands von Nord und Süd, Ost und West waren erschienen, die letzte Gabe der Verehrung an dem Grabe des Liebling des Volkes niederzulegen. Gelommen waren die Vertreter fast aller der Nationen, mit denen der Verstorbene auf den internationalen Kongressen gemeinsam gearbeitet hatte. Hatte doch bis zu seinem Tode nicht ein internationaler Arbeiterkongreß stattgefunden, an dem und zu dessen Vorbereitungen Liebknecht nicht hervorragend teilgenommen hätte. Wertvoll und zahllos waren die Spenden der Liebe und Verehrung, die an der Gruft Liebknechts niedergelegt wurden.

An der Bahre in der Friedhofshalle gab Genosse Webel in bewegten Worten den Gefühlen der Leidtragenden Ausdruck. Die Worte kamen vom Herzen und gingen zum Herzen. Jedermann fühlte mit Webel, daß ihm, daß dem Proletariat nicht nur der Kampfgenosse, sondern auch der treue, selbstlose, aufopfernde Freund und Berater nicht mehr zur Seite steht. Nie zuvor hat Berlin, das seit seiner Erhebung zur Reichshauptstadt manche offizielle Feier aufzuweisen hat, Ähnliches gesehen, wie das Begräbnis unsres Alten. Neben der Liebe und Verehrung, die das Proletariat dem Verstorbenen zollte, war das Leichenbegängnis eine würdevolle, imposante Manifestation für die völkerverbindende Idee des Sozialismus, die ihren Höhe- und Höhepunkt erreichte, als Genosse Singer in seinem am offenen Grabe gehaltenen Nachruf die Leidtragenden aufrief, im Sinne und Geiste Liebknechts mit verdoppelterm Eifer und zäher Ausdauer den Befreiungskampf der Arbeiterklasse dem Siege entgegenzuführen.

Am 25. September verschied in Paris der Genosse Karl Hirsch. Derselbe leitete mehrere Jahre die „Rheinische Zeitung“, unser ältester Partei-Organ. Die „Rheinische Zeitung“ war bis zum 1. April 1894 Kopfolat der „Freien Presse“ in Elberfeld. Von da ab wurde die „Rheinische Zeitung“ auf Grund eines 1893 auf dem Parteitag in Köln gefaßten Beschlusses mit Unterstützung aus Mitteln der Gesamtpartei in ein täglich erscheinendes Blatt umgewandelt und Genosse Hirsch von den Kölner Genossen mit der Redaktion betraut. Hirsch gehörte mit zu der Avantgarde der Partei. Er war Mitarbeiter des „Volksstaat“ und gab nach Erlaß des Sozialistengesetzes in Brüssel die „Lanterne“ heraus.

In den Tagen vom 23. bis 27. September fand in Paris der 4. internationale Arbeiterkongreß statt. Zur Teilnahme an den Verhandlungen hatte die Parteileitung die Genossen Webel, Liebknecht und Singer delegiert. In die durch den Tod Liebknechts verursachte Lücke trat Genosse Auer aus Beschlus der auf dem Mainzer Parteitag anwesenden Fraktionsmitglieder ein. Webel konnte infolge Erkrankung dem Kongreß nicht beiwohnen. Auf dem Kongreß wurde die Errichtung eines internationalen Sekretariats mit dem Sitz in Brüssel beschloffen, dessen Unterhaltungskosten auf jährlich 10 000 Franc veranschlagt sind. Die auf die deutsche Partei entfallende Quote beträgt 1000 Franc. Als Mitglieder des Bureau für Deutschland sind die Genossen Auer und Singer delegiert. Die notwendige Korrespondenz wird durch den Genossen Kautsky geführt.

Neben anderen Bestimmungen hat auf dem Mainzer Parteitag auch § 2 des Organisationsstatuts eine Aenderung erfahren. Bis dahin hatten über die Zugehörigkeit zur Partei die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstags-Wahlkreise zu entscheiden. Jetzt liegt die Entscheidung bei einem vom Vorstand zu berufenden Schiedsgericht, gegen dessen Entscheidung den Betroffenen die Berufung an die Kontrollkommission und den Parteitag zusteht. Von der Errichtung des Schiedsgerichts ist in vier Fällen Gebrauch gemacht worden. In zwei Fällen, betreffend Anträge der Berliner Genossen aus dem 5. und 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis, ist der Ausschluß der beiden früheren Genossen durch das Schiedsgericht ausgesprochen worden, und zwar in dem ersteren Fall mit 6 gegen 1 Stimme und in dem andern Fall einstimmig. In dem dritten Fall, betreffend den Antrag der drei Hamburger Wahlkreise und der Genossen Wandsbeck, der dahin geht, daß die in Accord arbeitenden Maurer der genannten Partei, die von dem Centralverband der Maurer als Streikbrecher behandelt und aus dem Verband ausgeschlossen worden sind, auch aus der Partei ausgeschlossen, hat das am 15. Juli in Hamburg unter dem Vorsitz des Genossen Auer abgehaltene Schiedsgericht einstimmig den Antrag der drei Hamburger Wahlkreise abgelehnt. In dem vierten Fall ist ein Spruch des Schiedsgerichts noch nicht gefällt.

In dem vorjährigen Bericht machten wir auf die schwere, vermögensrechtliche Schädigung aufmerksam, von der etwa 400 am Streik des Winters 1899/1900 beteiligt gewesen und im Verfolg desselben entlassene sächsische Bergleute betroffen wurden. Die Betroffenen sind durch ihre Entlassung, sämtlicher Ansprüche an die Knappschaftslofen verloren gegangen. Ihre Ansuchen auf Rück-

erstattung der gezahlten Beiträge ist von der Kassenverwaltung und dem Bergschiedsgericht abgewiesen worden. Auf Anrufung des Landgerichts hat dieses entschieden, daß das Bergschiedsgericht zuständig und dessen Entscheidung endgültig sei. Die gegen die Entscheidung des Landgerichts eingelegte Revision bei dem Reichsgericht ist am 20. März d. J. verworfen worden. Damit sind die armen Bergleute ihrer eingezahlten Beiträge verlustig erklärt worden, und diese sind nicht gering. Sind doch unter den Entlassenen Leute, die im Laufe der Jahre 1000 M. und darüber an Kassenbeiträgen gezahlt haben.

In der Zeit vom 13. November v. J. bis zum 2. Februar d. J. hatte sich der Partei- und Fraktionsvorstand wiederholt damit zu beschäftigen, die zwischen der Geschäftsleitung der „Leipziger Volkszeitung“ und der örtlichen Parteileitung der Leipziger Genossen einerseits und dem Leipziger Verein des Verbandes deutscher Buchdrucker andererseits ausgebrochenen Differenzen auszugleichen. Eine eingehende Schilderung der Vorgänge an dieser Stelle erübrigt sich, da bereits in unserem Circular 20 eine chronologische Zusammenstellung des die Differenzen betreffenden Thatfachenmaterials gegeben und den Genossen zur Kenntnis gebracht worden ist. Eine kurze Resümee der Vorgänge dürfte genügen.

Durch die Einführung der Segmaschinen machte sich in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ die Entlassung mehrerer Sezer notwendig. Nachdem bereits zwei der Buchdrucker-Gesellschaft angehörige Sezer entlassen waren, wurde am 9. November zwei Verbandsmitgliedern gekündigt. Die Form, unter der die Kündigung geschah, war nicht einwandfrei. Sie war unter anderm auch damit motiviert, daß die Kündigten in nicht genügender Weise agitatorisch für die sozialdemokratische Partei thätig gewesen seien. Das war ein schwerer Fehler, vor dessen Wiederholung wir die Genossen aller Orten nochmals dringend warnen.

Da die Kündigung der beiden Verbandssezer von der Geschäftsleitung nicht zurückgenommen wurde, erklärten sich 27 in der Druckerei stehende Verbandsmitglieder mit den Kündigten solidarisch und reichten ihrerseits die Kündigung ein.

Einer in letzter Stunde von den Genossen Vinsan und Vogenitz ausgehenden Anregung, dahingehend, der Parteivorstand solle durch persönliches Eingreifen das Stillstehen verhüten, konnte in der dafür angelegten Zeit nicht stattgegeben werden. Jedoch erklärte sich der Vorstand bereit, in der nächsten Woche bei einer Konferenz in Leipzig mitzuwirken, in der der Versuch einer Verständigung gemacht werden sollte. Bis dahin sollte die Entscheidung ausgesetzt werden. Bis zur Entscheidung gelte die Entlassung der beiden Verbandssezer als eine provisorische, und die in der Kündigung Stehenden hätten bis zum 1. Dezember in der Druckerei zu bleiben und ihre Arbeit zu verrichten.

Vorsitzende Funktionen dem Geschäftsführer der Druckerei, dem Genossen Heinitz, am andern Morgen, den 23. November, unverzüglich zu übermitteln, war die strikte Weisung, die Genosse Auer dem Vogenitz am Abend des 22. November in Berlin mit auf dem Rückhauseweg gab und die zu erfüllen Vogenitz sich verpflichtete. Vogenitz hat sich eines Wortbruchs schuldig gemacht. Er hat den ihm gewordenen Auftrag nicht nur nicht ausgeführt, sondern zur Rechtsfertigung des am 23. November erfolgten Austritts der Verbandssezer ein Plakat geschrieben und anhängen lassen, das in Bezug auf die Geschäftsführung des Inhalts und der Tonart vergebens seinesgleichen in der Geschichte der Arbeiterbewegung sucht. Vogenitz trägt ein voll gerüttelt Maß der Schuld an dem ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen zur Beilegung der Leipziger Vorgänge. Die Verhandlungen hätten ganz gewiß ein für alle Beteiligten zufriedenstellendes Resultat gehabt, wenn die Verbandssezer nicht ausgetreten wären, sondern ihre Arbeitsplätze noch innegehabt hätten.

Trotz dem Vorgefallenen hat sich der Parteivorstand weder in der Beurteilung der Thatfachen beeinflussen lassen, noch der Verpflichtung entzogen, nichts unversucht zu lassen, den ausgebrochenen Streit aus der Welt zu schaffen. Beides brachte die Fraktion in einer Erklärung vom 30. November zum ungewöhnlichen Ausdruck. Im Verfolg dieser Erklärung fand bereits am 5. Dezember in Leipzig eine Konferenz aller Beteiligten statt. Die Konferenz hatte jedoch nur ein negatives Resultat. Der Fraktionsvorstand unterbreitete am Schluß der Beratungen folgenden Vermittlungsvorschlag:

„In geschäftlichen Partei-Unternehmungen sind in erster Linie Personen zu beschäftigen, die wegen ihrer sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Thätigkeit gemahregelt sind. Wenn infolge von Arbeitsmangel in solchen Unternehmungen Kündigungen eintreten müssen, so soll Personen nicht gekündigt werden, die infolge oben bezeichneter Thätigkeit sehr schwer oder überhaupt anderweit keine Arbeit erhalten.“

Von diesen Grundsätzen ausgehend, empfiehlt der Fraktionsvorstand den streitenden Parteien, folgender Auffassung beizutreten: Die Kündigung der beiden Sezer in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ erfolgte nicht, weil die später eingestellten Personen als politisch oder gewerkschaftlich kompromittiert anderweit keine Arbeit fanden, sondern weil diese Sezer in nicht genügender Weise für die sozialdemokratische Partei agitatorisch thätig waren. Es ist daher erklärlich, daß die dem Buchdrucker-Verbande angehörenden Sezer infolge jener Kündigung sich mit ihren Verbandskollegen solidarisch erklärten, wenngleich es nicht gebilligt werden kann, daß ohne Erschöpfung aller gegebenen Mittel die Niederlegung der Arbeit erfolgte.

Zur Beilegung der schwebenden Streitigkeiten ist sowohl den gekündigten Sezern als den später aus Anlaß dieser Kündigungen aus der Arbeit getretenen Personen der Wiedereintritt in ihre früheren Stellen innerhalb 14 Tagen offen zu halten. Soweit dieselben von diesem Rechte keinen Gebrauch machen, bleiben die an ihre Stelle getretenen Mitglieder der Buchdrucker-Gewerkschaft in Beschäftigung.

Die Mitglieder der Gewerkschaft der Buchdrucker, welche in die durch Arbeitsniederlegung freigewordenen Stellen eingetreten, sind nicht als Streikbrecher anzusehen, weil sie infolge des eigentümlich gelagerten Konflikts in der Buchdrucker- und „Leipziger Volkszeitung“ diese Stellen in gutem Glauben angenommen haben.

Die gegenseitigen Angriffe, die während des Konflikts gemacht worden sind, werden von beiden Seiten zurückgenommen und verpflichten sich beide Teile, von heute an die gegenseitige Belämpfung einzustellen.

Die etwa aus dem Konflikte entstehenden pekuniären Opfer übernimmt jede der streitenden Parteien für ihre Angehörigen. Leipzig, den 5. Dezember 1900.

Auer, Webel, Pfannkuch, Singer.“ Die Leipziger Genossen stimmten dem Vermittlungsvorschlag mit der Einschränkung zu, daß die Ausständigen nur insoweit wieder eingestellt werden könnten, als Stellen frei seien oder mit Ausschlußkräften besetzte Stellen in Betracht kämen.

Im Anschluß hieran gab der Vorstand des Vereins Leipziger Buchdrucker am 16. Dezember die Erklärung ab, daß er den anerkanntwertigen Einigungsversuch des Fraktions-Vorstandes durch die ablehnende Haltung der Leipziger Parteigenossen als gescheitert ansehe.

Einen Monat später, am 8. Januar, erteilten die Leipziger Parteigenossen der Geschäftsleitung der Druckerei nochmals den Auftrag, alle Mittel anzuwenden, um den Konflikt mit den Verbandsbuchdruckern in einer für die Partei annehmbaren Weise zu beenden. Diesen Beschluß der Leipziger Parteigenossen nahm der Parteivorstand mit Zustimmung der Reichstagsfraktion zum Anlaß, die Vermittlungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Der Vorstand des Verbandes der Buchdrucker stimmte dem Vorschlag des Parteivorstandes zu und konnte eine Konferenz der Beteiligten bereits am 18. Januar in Berlin abgehalten werden.

Die Konferenz einigte sich einstimmig dahin, folgenden Vorschlag den Ausständigen und den Leipziger Genossen zur Annahme zu empfehlen:

„Die am 18. Januar 1901 tagende Konferenz beschließt, daß die Vertreter der streitenden Parteien in Leipzig (Verband, Gewerkschaft, Geschäftsleitung und Partei) auf Grundlage des Vorschlages des Fraktionsvorstandes vom 5. Dezember 1900, zu einer Verständigung zusammentreten mit der Aufgabe, daß zunächst die noch arbeitslosen ausständigen Mitglieder des Verbandes in der Buchdrucker- und „Leipziger Volkszeitung“ wieder Stellung finden, soweit die Beteiligten dieses wünschen.“

Von den Verbandsvertretern wurde in der Konferenz die Zahl der noch arbeitslosen Ausständigen auf 10 bis 12 angegeben.

Dem Berliner Konferenzvorschlag traten die Leipziger Genossen durch folgende Beschlußfassung bei:

„Die am 28. Januar im Pantheon tagende Parteiverammlung des 12. und 13. Reichstags-Wahlkreises beschließt: Nur in Rücksicht auf die Gesamtpartei geben die Leipziger Parteigenossen ihre Zustimmung zu dem auf der Berliner Konferenz einstimmig angenommenen Einigungs-vorschlag, wonach von den 31 Ausständigen der „Leipziger Volkszeitung“ 10 bis 12 Mann innerhalb 14 Tagen wieder eingestellt werden sollen. Auch wird die Geschäftsleitung ermächtigt, bei Neueinstellungen im nächsten halben Jahre weitere Ausständige zu berücksichtigen, soweit diese es wünschen. Sollten die Buchdrucker diesen Einigungs-vorschlag ablehnen, so hat sich die Geschäfts- und Parteileitung jeder weiteren Verhandlung zu enthalten.“

Von den Ausständigen wurde der Konferenzvorschlag abgelehnt und von denselben in Gemeinschaft mit den Leipziger Verbandsmitgliedern folgende Resolution gefaßt:

„Von den noch ausständigen Verbandsmitgliedern in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ werden sofort 14 derselben eingestell. Die noch übrigen in Betracht kommenden 17 Ausständigen werden innerhalb eines Vierteljahres untergebracht, soweit dieselben auf eine Wiedereinstellung Anspruch erheben. Die sämtlichen Wiedereintretenden haben ihre alten, früher innegehabten Stellen einzunehmen und darf bei künftig sich notwendig machenden Entlassungen nur nach der Anciennität verfahren werden, soweit nicht besonders qualifizierte Arbeit in Betracht kommt oder nicht andre stichhaltige Gründe nach der Gewerbe-Ordnung maßgebend sind. Das Verlangen irgend welcher Parteithätigkeit darf an Verbandsmitglieder nicht in dem Sinne gestellt werden, daß das Arbeitsverhältnis davon abhängig gemacht werden soll.“

Damit mußte der Vermittlungsvorschlag der Konferenz vom 18. Januar als gescheitert angesehen werden. Dem der Verbandsvorstand der Buchdrucker enthielt sich der Einwirkung auf die Ausständigen, denen er in allen Phasen der Verhandlungen die entscheidende Abstimmung vorbehielt.

Nichtbestoweniger wollte die Geschäftsleitung der Leipziger Druckerei nichts unversucht lassen, den ihr durch die Parteiverammlung vom 18. Januar gewordenen Auftrag zur Ausführung zu bringen. Genosse Heinitz machte den Beteiligten den Vorschlag, nochmals eine Konferenz abzuhalten. Der Vorschlag wurde von allen Beteiligten angenommen und die Konferenz am 2. Februar im Reichstag abgehalten. Nach stundenlanger Beratung einigten sich der Verbandsvorstand inklusive des „Correspondent“-Redacteurs und der Parteivorstand über folgenden Vorschlag:

„Von den noch ausständigen Verbandsgehilfen aus der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ sind innerhalb 14 Tagen zwölf einzustellen. In erster Linie sind die zur Zeit noch arbeitslosen zu berücksichtigen.“

Die übrigen noch in Betracht kommenden 19 Ausständigen werden, soweit dieselben auf eine Wiedereinstellung reflektieren, bei Bedarf eingestellt. Die sämtlichen Wiedereintretenden haben ihre alten innegehabten Stellen wieder einzunehmen, und darf bei Entlassungen infolge von Arbeitsmangel — mit Ausnahme der im Vergleichsvorschlag vom 5. Dezember 1900 aufgeführten Fälle — nur nach Anciennität verfahren werden.“

Der Vorschlag wurde von den Vertretern der Geschäftsleitung und denen der Leipziger Genossen sofort angenommen, während die Vertreter der Gewerkschaft glaubten, sich ihre Entscheidung vorbehalten zu sollen. Die Gewerkschaft kam nicht in die Verlegenheit, sich entscheiden zu müssen, denn die Vertreter der Ausständigen fanden nicht den Mut, über die Köpfe der Leipziger Verbandsmitglieder hinweg eine Entscheidung zu treffen. Den Vertretern der Ausständigen wurde nunmehr von dem Verbands- und Parteivorstand erklärt, daß, wie auch die Entscheidung der Leipziger Verbandsmitglieder ausfallen möge, die Vergleichsverhandlungen durch die seither an den Konferenzen Beteiligten ihren Abschluß gefunden hätten.

Die Leipziger Verbandsbuchdrucker lehten in einer am 8. Februar abgehaltenen Versammlung den Vergleichsvorschlag mit folgender Beschlußfassung ab:

„Die heute im Saale des Krystallpalastes tagende Versammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergehilfen erklärt im Einverständnis mit den Beschläffen der Ausständigen, sowie der Vertrauensmänner bezüglich des letzten am 2. Februar in Berlin von dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei, sowie der Leipziger Geschäfts- und Parteileitung erteilten Beschlusses des Konflikts mit der „Leipziger Volkszeitung“ angebotenen Vermittlungsvorschlages, nach welchem innerhalb 14 Tagen 12 der Ausständigen, die übrigen 19 aber zuerst und ausschließlich bei eintretendem Bedarf und soweit es von den Ausständigen gewünscht wird, mit allen ihren Rechten bezw. der Entlohnung und Anciennität eingestellt werden sollen.“

Diesem Vermittlungsvorschlag abzulehnen, weil derselbe 1. nicht das erfüllt, was in dem Vermittlungsvorschlag des Parteivorstandes vom 5. Dezember 1900 vom Parteivorstand selbst principiell und moralisch als Recht anerkannt worden ist, das Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung wie die Ehre und Würde unserer Organisation aber es erfordern, daß einem Arbeitergeschäft gegenüber nicht vom Rechtsstandpunkt abgewichen wird, zu dessen Verteilung und Wahrung es ja gegründet und berufen ist, und

2. die Annahme dieses letzten Vermittlungsvorschlages unfruchtbar bei den Leipziger Partei- und Geschäftsverhältnissen nur die Quelle neuer Konflikte werden würde, für deren eventuelle sachgemäße und gerechte Beilegung und die heutigen leitenden Personen keinerlei Garantie bieten.

Auf Grund des Vorstehenden erklärt die Versammlung weiter: Da keine Aussicht besteht, daß die Leipziger Partei- und Geschäftsleitung durch eine Fortsetzung des Kampfes, wie bisher geschehen, unfruchtbar zu einer Anerkennung des Rechtsstandpunktes, wie er durch den Vermittlungsvorschlag des Parteivorstandes vom 5. Dezember 1900 festgestellt ist, gezwungen werden kann, weiter aber der Parteivorstand erfahrungsgemäß nicht die Macht hat, diesem Rechtsstandpunkt bei seinen Leipziger Genossen Geltung zu verschaffen, so begnügt sich die Versammlung mit der Feststellung und Anerkennung des principiellen und moralischen Rechtes, stellt im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung den Kampf in der bisher geführten Weise ein und speert die Buchdrucker der „Leipziger Volkszeitung“ für Verbandsmitglieder, für welche die „Leipziger Volkszeitung“ usw. Blätter bleiben, welche durch Arbeitswillige der schimmlichen Sorte hergestellt werden und die demgemäß weder durch Abonnement noch sonstige unfruchtbar unterstützt werden können.

Es muß nun der Zeit überlassen bleiben, ob und wann die Leipziger Verbandsbuchdrucker die den Leipziger Genossen und deren Organ geführene Fehde aufgeben und damit den Frieden wieder herstellen helfen wollen.

Nach dem letzten vom Parteivorstand in der Nr. 157 des „Vorwärts“ laufendem Jahres veröffentlichten Verzeichnis der in Deutsch-

Land errichteten Arbeitersekretariate, sind deren jetzt in 29 Partei-Orten. Die von einzelnen Sekretariaten herausgegebenen Jahresberichte, wir nennen beispielsweise die Berichte der Sekretariate in Altona, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart etc., geben ein Bild von der vielseitigen Tätigkeit der Sekretariate und den mannigfaltigen Anforderungen, die an die Sekretariate gestellt werden. Die Arbeiten, die ursprünglich auf die aus der Anwendung der sozialen Gesetzgebung sich ergebenden Verhältnisse beschränkt waren, erfuhren ganz von selbst eine Erweiterung, die heute bereits fast alle Gebiete des öffentlichen rechtlichen Lebens wie auch der privaten Rechtsverhältnisse umfaßt. Aus dem Umstand, daß an den Parteiorten, an denen bis zur Errichtung von Arbeitersekretariaten den Redaktionen der Parteiblätter im wesentlichen die Auskunftserteilung oblag, die dem naturgemäß an die Sekretariate überging, leiteten die Genossen für die Geschäftsführung dieser Blätter mehrfach die Verpflichtung ab, zu den Unterhaltungskosten der Sekretariate einen jährlichen Zuschuß zu leisten. Die Auskunftserteilung und Anfertigung etwaiger Schriftsätze geschieht unentgeltlich und zumeist über den Rahmen derjenigen, von denen die Kosten des Instituts getragen werden, hinausgehend. Die Mehrzahl der Sekretariate wendet die Vorteile desselben auch denen zu, die man im Volksmunde mit dem Namen Kassierer belegt, d. h. auch den Personen, denen es noch niemals in den Sinn gekommen ist, für gemeinnützige Einrichtungen Opfer zu bringen, auch dann nicht, wenn diese Einrichtungen den eigenen Interessen zu dienen bestimmt sind.

Man darf nun wohl mit Recht annehmen, daß es mehr als zufällig ist, daß die Polizeibehörden in Weutchen und Posen gegen die Leiter der Arbeitersekretariate, die Genossen Dr. Winter und Gogowski, mit einer Strafverfügung in Höhe von 30 M. vorgingen, die dadurch verwickelt sein soll, daß die beiden Genossen entgegen der Bestimmung des § 35 der Gewerbe-Ordnung es unterlassen hätten, bei Eröffnung ihres Gewerbebetriebs der zuständigen Behörde Anzeige zu erstatten.

Genosse Dr. Winter wurde vor dem Schöffengericht freigesprochen. Das Gericht führte aus:

„Eine gewerbsmäßige Tätigkeit des Arbeitersekretariats sei darin nicht zu ersehen, daß derselbst Rechtssuchende zum Eintritt einer Gewerkschaft veranlaßt würden, da die Eintrittsgelder und regelmäßigen Beiträge, die seitens der Gewerkschaften von den Mitgliedern erhoben werden, nicht das Äquivalent für die Tätigkeit des Arbeitersekretärs, sondern für die von den Gewerkschaften selbst ihren Mitgliedern gebotenen Leistungen darstellen. Auch die Annahme gelegentlich freiwillig gegebener Beiträge seitens Rechtssuchender spreche nicht für eine gewerbsmäßige Besorgung fremder Rechtsgeschäfte.“

Aus denselben Gründen, die vor dem Schöffengericht zur Freisprechung führten, kam das Landgericht auf eingelegte Berufung des Staatsanwalts zu einer Verurteilung. Die Sache kam auch auf eingelegte Revision Winters vor dem Oberlandesgericht in Breslau zur Entscheidung. Die Revision Winters wurde verworfen.

Durch die letztinstanzliche Entscheidung des Oberlandesgerichts in Breslau ist das Arbeitersekretariat nunmehr unter die Aufsicht der Ortspolizeibehörde in Weutchen gestellt, die den Betrieb des Sekretariats untersuchen kann, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbebetreibenden in Bezug auf diesen Gewerbebetrieb darthun. Ob der Fall eintreten wird, bleibt abzuwarten, jedoch ist es unwahrscheinlich. Denn bei der zweiten Beratung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung gab auf eine Provokation des Genossen Nebel der Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowsky am 23. November 1899 folgende Erklärung ab:

„Meine Herren, was wir treffen wollen, darüber ist, glaube ich, im ganzen Hause kein Zweifel. Der Herr Abgeordnete Nebel unterscheidet zwei wichtige Begriffe nicht: es kann etwas geschäftsmäßig betrieben werden, es braucht deshalb aber nicht gewerbsmäßig betrieben zu werden; letzteres legt die Absicht voraus, damit einen Gewinn zu erzielen und auch für den einzelnen Fall entlohnt zu werden. Nur diesen Fällen wollen wir treffen. Wenn jemand geschäftsmäßig aus humanitären und sozialpolitischen Gründen solche Auskunft erteilt, fällt er nicht unter die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung.“

Diese Auskunft ist, glaube ich, ebenso laconisch wie klar, so daß Herr Abgeordneter Nebel beruhigt sein kann.“

Ein weiteres Vorgehen der Polizeibehörden gegen die Arbeitersekretariate ist uns nicht bekannt geworden. In Posen ist Genosse Gogowski freigesprochen und unfreiwillig gegen das freisprechende Urteil seitens des Staatsanwalts nichts mehr unternommen worden. Die zeitgemäße Erinnerung an die Posadowsky'sche Erklärung in unserer Presse dürfte veranlaßt haben, daß den überreisigen Polizei-Organen in Weutchen und Schlesien ein Dämpfer aufgesetzt ist, und dieselben Anweisungen erhalten haben, wie die Arbeitersekretariate zu behandeln sind.

Das Schwarzmachertum muß denn auch eingesehen haben, daß nach den bündigen Erklärungen, die sowohl Graf v. Posadowsky, wie auch der Geheimere Ober-Regierungsrat Berner in der Sitzung des Reichstags vom 23. November 1899 abgegeben haben, die Arbeitersekretariate doch unter die Kategorie von Instituten fallen, die aus humanitären und sozialpolitischen Gründen ihre Tätigkeit ausüben und schon aus diesem Umstand heraus dem § 35 der Gewerbe-Ordnung nicht unterstellt sind. Die Organe der Schwarzmacher geben denn auch klein bei und verweisen ihre Vereinigungen auf den Weg der Selbsthilfe. Die Gründung eigener, von den Unternehmer-Organisationen geleiteter und unterhaltener Sekretariate wird empfohlen, um den Einfluß der Arbeitersekretariate unwirksam zu machen. Der Oberländische Berg- und Hüttenmännische Verein hat bereits ein Auskunftsbureau für die Arbeiter errichtet. Genosse Dr. Winter hat unter der Konkurrenz des neuen Unternehmens so schwer zu leiden, daß er kaum im stande ist, die sich zusammenhängende Arbeit allein zu bewältigen.

Die Subventionierung eines in Gotha zu errichtenden und von den Arbeitern zu leitenden Arbeitersekretariats beschloß der Landtag auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion am 4. Juli d. J. Die Regierung stimmte dem Antrag und der Art und Weise seiner Ausführung zu.

Soeben bei Abschluß des Berichts trifft die Nachricht ein, daß der Stadtrat von Gera in der Bekämpfung der Arbeitersekretariate der Polizeibehörde in Weutchen doch noch über ist. Begnügt sich die letztere, den Genossen Winter wegen Nichtanmeldung des Gewerbebetriebs zu bestrafen, so unterlag der Stadtrat von Gera dem Genossen Payer Schandweg den „anmeldepflichtigen Gewerbebetrieb“, weil Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbebetreibenden in Bezug auf diesen Gewerbebetrieb darthun, denn Genosse Payer ist verurteilt. Genosse Winter auch. Hoffentlich wird der magistratische Geraer Hebereicher durch das Ministerium rektifiziert. Das Ministerium ist doch jedenfalls durch seinen Bundesratsbevollmächtigten über die Vorgänge in der Reichstags-Sitzung vom 23. November 1899 unterrichtet.

Der Ausbreitung der Parteigründungen und der Vertiefung in dieselben bereitet der Lokalmangel an vielen Orten den Parteigenossen große Schwierigkeiten. Die Vorkultivierung der Lokale, in denen sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden, ja in denen nur vorwiegend sozialdemokratische Arbeiter verkehren, durch die Militärbehörden ist im Reich häufige Einrichtung geworden. Eine Ausnahme wird unfreiwillig in Berlin geübt, wo der Boglott völlig wirkungslos wäre, und die Militärposten wohl oder übel ihre Weisen auch vor Arbeitern ertönen lassen müssen, wenn sie nicht vielfach vor leeren Tischen und Stühlen konzertieren wollen. Da, wo der Militärposten nicht ausreicht, den Arbeitern das Lokal abzutreiben, werden von den Schwarzmachern alle möglichen Querebenen versucht, um den Wirt müde zu machen. In den meisten Fällen giebt der Wirt der Einschüchterung und Einschüchterungsversuchen nach. Mitunter ist der Wirt aber auch geriebener Geschäftsmann. Mit dem Hinweis auf seine Standhaftigkeit gegenüber den auf ihn eindringenden Versuchen der Beeinflussung schraubt er die Ansprüche an die bei ihm verkehrenden Arbeiter immer höher oder die Bedienung wird eine logere, daß den Arbeitern schließlich der Gedulds-

faden reißt und sie der ungesägten Stätte von selbst den Rücken kehren.

Da wo die geschäftlichen widrigen Zustände zusammenwirken, kommen die Arbeiter folgerichtig auf die Idee der Erwerbung oder Erbauung eines eignen Lokals. In den meisten Fällen neigen nun die Parteigenossen der Annahme zu, zur Erwerbung oder Erbauung von Versammlungslokalen könnten die Parteimittel, und zwar in jeder beliebigen Höhe, zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein Irrtum. Der Vorstand ist an die ihm obliegenden Aufgaben gebunden, deren Förderung nicht gestattet, Parteimittel zum Saalbau zu verwenden. Sämtliche in der genannten Richtung sich bewegenden Anträge müßten abgelehnt werden. Bemerkten wollen wir noch, daß die diesbezüglichen Anträge in dem Berichtsjahre sehr zahlreich gestellt und Summen von ganz respektabler Höhe gefordert wurden.

Wiederholt wurde noch der Versuch von den Genossen, die die ablehnende Haltung des Vorstandes anerkannten, gemacht, auf dem Umweg der Aufnahme eines Darlehns aus der Parteikasse ihren Zweck zu erreichen. Die Rentabilitätsberechnung war stets zur Stelle und versprach große Erfolge. Es gab keine günstigere Kapitalanlage. Doch auch diesen Anträgen gegenüber mußte der Vorstand auf seinen ablehnenden Standpunkt beharren. Das Vermögen der Partei muß und soll in einer bestimmten Höhe derart angelegt sein, daß in jedem Augenblick die Partei schlagfertig zur Aktion schreiten kann und von unvorhergesehenen Zufällen nicht überfordert werden darf, soweit diese durch die Anwendung materieller Mittel pariert oder unschädlich gemacht werden können. In den Partei-Orten, in denen die Genossen sich kapitalkräftig genug glauben, mit der Erwerbung oder Erbauung von Sälen usw. vorzugehen, mögen sich dieselben stets gewärtig halten, daß sie die Verwirklichung ihrer Projekte nur auf eigene Gefahr und Kosten betreiben. Zur Zeit treffen, soweit der Vorstand durch Kenntnisnahme aus der Parteipresse unterrichtet ist, ein halbes Dutzend Partei-Orte Vorbereitungen, das Projekt eines Saalbaues zu verwirklichen. Darunter sind Partei-Orte, die durch Lokalmangel nicht in Verlegenheit sich befinden. In solchen Fällen sollten die Genossen vorsichtig handeln und sich nicht unnotigerweise wirtschaftliche Verbindlichkeiten aufladen, die zu begleichen eine recht drückende Last und damit eine Quelle innerer Parteistreitigkeiten werden können.

Am 24. April 1900 war aus Anlaß der sehr starken Ausstandsbewegung in Lübeck vom Senat ein Verbot des Streikpostenstehens erlassen. Das Verbot war bereits am 10. Juni vorigen Jahres Gegenstand einer Interpellation im Reichstag. Alle Parteien außer den agrarisch konservativen waren einig in der Verurteilung des Vorgehens des Lübecker Senats, das als mit den Reichsgesetzen in Widerspruch stehend bezeichnet wurde und darum rechtswidrig und rechtsunwichtig sei. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts gab zwar die formale Berechtigung zum Erlass des Verbotes zu, setzte aber seine Hoffnung auf den Ausgang der durch das Verbot sicher zu erwartenden Prozesse. Diese liegen nicht auf sich warten. Die Genossen Vollenbuhr in Hamburg und Guth in Brandenburg forderten in der Presse direkt zur Uebertretung der Lübecker Verordnung auf. Genosse Vollenbuhr wurde durch Urteil vom 19. Oktober vom Landgericht Hamburg zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Brandenburger Schöffengericht lehnte zunächst die Strafverfolgung des Genossen Guth mit folgender Begründung ab:

„Eine nach § 111 Str.-G.-B. strafbare Handlung ist nur dann vorhanden, wenn das im § 110 bezeichnete Gesetz (die Verordnung oder Anordnung) objektiv rechtmäßig erlassen ist. In diesem Erfordernis fehlt es im vorliegenden Fall. Die Lübecker Verordnung, betreffend das Verbot des Streikpostenstehens vom 24. April 1900 ist im Widerspruch mit Artikel 2 der Reichsverfassung und § 2 E.-G. zum Str.-G.-B. erlassen. Sie greift in die Materie der gewerblichen Koalitionsfreiheit ein, welche die Reichs-Gesetzgebung durch §§ 152 und 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung in ihren Bereich gezogen hat. Das Streikpostenstehen ist eins der Mittel, welche von den gewerblichen Arbeitern gebraucht werden, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken. Die Fassung und der Geist des § 152 der Gewerbe-Ordnung zeigen aber deutlich, daß sich die Reichs-Gesetzgebung dieser Materie im weitesten Umfange hat bemächtigen wollen. (Vergl. von Buchta in der „D. Jur.-Ztg.“ 1900 Nr. 14 S. 310 a. E.) Ein Verbot und eine Bestrafung des Streikpostenstehens könne also derzeit nur im Wege der Reichs-Gesetzgebung erlassen werden, insoweit sie sich auf gewerbliche Arbeiter beziehen sollen. Hieraus folgt die Ungültigkeit der Lübecker Verordnung vom 24. April 1900 und weiter die Unanwendbarkeit des § 111 Str.-G.-B. auf den vorliegenden Sachverhalt.“

Auf erfolgte Beschwerde der Staatsanwaltschaft erlachte das Schöffengericht in der Sitzung vom 6. Dezember zwar die Rechtsgültigkeit des Lübecker Verbots an, sprach aber den Genossen frei, weil er sich der Strafbarkeit des Artikels nicht bewußt gewesen sei. Gegen die Freisprechung legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, die aber vom Landgericht Potsdam aufgehoben wurde, weil inzwischen die Revision des Genossen Vollenbuhr am Reichsgericht am 4. Februar d. J. verhandelt und die Verordnung des Lübecker Senats mit folgender Motivierung für rechtsunwichtig erklärt wurde:

„Die Aufstellung von Streikposten kann den Zweck haben, einem bereits existierenden Streik eine weitere Ausdehnung in dem Sinne zu geben, daß der Zugang von arbeitswilligen auswärtigen Arbeitern verhindert wird. Das kann geschehen durch Arbeitsnachweise, die Presse, Plakate usw., jedenfalls aber auch durch Streikposten, welche die Aufgabe haben, die zuziehenden Arbeiter von der Existenz des Ausstandes zu unterrichten und gegebenenfalls mit ihnen Verabredungen zu treffen, ob sie beitreten wollen oder nicht. Das würde dann der Versuch sein, dem bereits bestehenden Ausstande eine weitere, seinem Zwecke dienende Ausdehnung zu geben. Dann würden die Streikposten als Mandatare dienen, mit den zuziehenden Verabredungen zu treffen über den Beitritt. Die Streikposten würden also die Aufgabe haben, eine bestimmte Form derjenigen Verabredungen einzugehen, die unterschiedslos in § 152 (mit 153) erlaubt und jedenfalls straflos sind. Die weitere Folgerung würde die sein, daß ein Landesgesetz, welches in Widerspruch mit dieser unterschiedslosen Straflosigkeit tritt, als ungültig zu erachten ist.“

Der Wunsch und die Hoffnung des Herrn Staatssekretärs des Reichsjustizamts war somit in Erfüllung gegangen, und der Senat der freien und Hansestadt Lübeck hob am 18. März bereits die von ihm vor Jahresfrist erlassene Verfügung des Verbots des Streikpostenstehens wieder auf.

Damit hat nun zwar der Grundsat: „daß Reichsrecht über das Partikulärrecht geht, und Reichsgesetze nicht durch Partikulargesetze, Verordnungen oder Verfügungen rechtswirksam gemacht werden können“, höchstinstanzliche, richterliche Anerkennung gefunden, aber in der Sache selbst ist sehr wenig geändert. Polizei-Verordnungen, die bestimmen: „daß das Publikum den polizeilichen Anordnungen, welche zur Erhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit erlassen werden, Folge zu leisten habe“, existieren fast überall. Und mit einer solchen Polizeiverordnung ist auch das Streikpostenstehen unmöglich zu machen. Das Kammergericht ist in der Auslegung und Anwendbarkeit einer diesbezüglichen Polizeiverordnung in Erurt zu der Aufstellung des Grundgesetzes gekommen, daß zu den bezüglichen Anordnungen die Polizeibehörde berechtigt sei, ohne daß eine Störung der Ruhe und Ordnung auf den Straßen stattgefunden habe. Somit wäre nur das Vorhandensein der entsprechenden Polizeiverordnung nötig, um dem Streikpostenstehen zu Leibe gehen zu können.

In Bremen, wo man durch das Beispiel Lübecks gewarnt war, wandte die Polizeibehörde bei Gelegenheit des Holzarbeiterstreiks den § 128 der Straßen-Polizei-Ordnung gegen die Streikposten an, der Paragraf besagt: „Den zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf der Straße ergehenden Anordnungen der Aufsichtsbeamten, namentlich der Polizeibeamten, Wächter, Straßenreiner, Bräunenscheiter, Wallwächter, Bürgerparthwächter, Wege-Kassierer etc. ist unbedingt Folge zu leisten.“

Und sie kam sehr gut damit aus. Welche Instanzen, Schöffengericht und Landgericht, attestierten der Polizeibehörde die Gesetzmäßigkeit ihres Vorgehens. In Dresden hat es trotzdem die Polizeibehörde nicht für nötig gehalten, Streikposten gegenüber einer Straßenpolizei-Ordnung in Anwendung zu bringen. Aus Anlaß des Glasarbeiterstreiks erließ die Polizeibehörde am 27. Juli ein generelles Verbot des Streikpostenstehens. Das Streikkomitee gab dem Reichskanzler telegraphisch von der Sachlage Kenntnis. Bis zur Drücklegung des Berichts war eine Antwort nicht eingegangen.

Nach einer Preßmeldung, die wir nicht kontrollieren konnten, soll in Preußen ein Ministerialerlaß ergangen sein, der die Polizeibehörden anweist, nur in den Fällen gegen das Streikpostenstehen einzuschreiten, wenn es an der Arbeitsstelle zu Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gekommen ist. Wir beschränken, daß, wenn nicht eine sehr genaue Definition des Begriffs „Streitigkeiten“ in dem Erlaß gegeben ist, es vorkommen kann und wird, daß die Polizeibehörde in der Arbeitsniederlegung den Ausbruch von Streitigkeiten sieht. Und was wird dann, wenn der Unternehmer oder von diesem aufgestellte Subjekte mit Streikposten anbandeln?

Von den 9 Arbeitern, die wegen der Lößtauer Vorgänge zu insgesamt 63 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Gefängnis verurteilt waren, sind nun 4 begnadigt. Den beiden zu je 4 Jahren Gefängnis Verurteilten, die bereits früher begnadigt wurden, sind die beiden mit den niedrigsten Zuchthausstrafen — je 6 Jahre — belegten Bauarbeiter Pfeifer und Leiber gefolgt. Die Begnadigung erfolgte am Schluß des vorigen Jahres. Gegenwärtig befinden sich noch 5 der Verurteilten im Zuchthaus, von denen 2 zu je 7 Jahren und je einer zu 8, 9 und 10 Jahren verurteilt ist.

In kürzeren oder längeren Perioden wird durch den „Reichs-Anzeiger“ eine Verfügung des preussischen Kriegsministers veröffentlicht folgenden Inhalts:

„Es wird hierdurch erneut zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften dienlich verboten ist:

1. jede Beteiligung an Vereinigungen, Versammlungen, Festlichkeiten, Geldsammlungen, zu der nicht vorher besondere dienstliche Erlaubnis erteilt ist,
 2. jede Dritten erkennbar gemachte Betätigung revolutionärer oder sozialdemokratischer Gesinnung, insbesondere durch entsprechende Ausrufe, Gefänge oder ähnliche Kundgebungen,
 3. das Halten und die Verbreitung revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften sowie jede Einführung solcher Schriften in Kasernen oder sonstige Dienstlokale.
- Ferner ist sämtlichen Angehörigen des aktiven Heeres dienlich befohlen, von jedem zu ihrer Kenntnis gelangenden Vorhandensein revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften in den Kasernen oder andern Dienstlokalen sofort dienstliche Anzeige zu erstatten.

Diese Verbote und Befehle gelten auch für die zu Übungen eingezogenen und für die zu Kontrollversammlungen einberufenen Personen des Verlaubtenstandes, welche gemäß § 6 des Militärstrafgesetzbuchs und § 38 B 1 des Reichs-Militärstrafgesetzes bis zum Ablauf des Tages der Wiederentlassung bezw. der Kontrollversammlung den Vorschriften des Militärstrafgesetzbuchs unterliegen.

Berlin, den 3. August 1900. Der Kriegsminister. v. Goltz.

Die Parteigenossen mögen sich insbesondere den letzten Abschnitt der Verfügung fest einprägen. Der Wiederentlassene bezw. zur Kontrollversammlung Erschlossene untersteht für den ganzen Tag der Entlassung bezw. der Kontrollversammlung, also bis nachts 12 Uhr, der Militärgerichtsbarkeit und könnte für eine in der benannten Zeit betätigte sozialdemokratische Gesinnung unter Umständen schwer lähen müssen.

Auch andre Ressorts halten strenge Wacht, daß die errichteten Schutzwälle gegen die Verbreitung sozialdemokratischer Gesinnung intakt bleiben. So wird von den preussischen und sächsischen Eisenbahnen das Halten des „Bedarf“ — des Organs der Eisenbahner — als sozialdemokratische Agitation gestempelt, und jeder, der das genannte Organ liest oder verbreitet, oder wenn ihm die Verbreiter bekannt sind und er dieselben nicht zur Anzeige bringt, mit sofortiger Dienst- bezw. Arbeitsentlassung bedroht.

Nach der Methode der Beschaffung der Materialien zur Vergrößerung der Zuchthausvorlage würdlichen Angebens wird gegen den in den Arbeiterkreisen beliebten badischen Fabrik-Inspektor Geh. Regierungsrat Wörtschöffer von einem Teil des badischen Unternehmertums Material gesammelt, um dem bedürftigen Beamten ein Wein zu stellen. Führer in der Angelegenheit ist die Handelskammer in Wültingen. Dieselbe hat an die Industriellen ihres Bezirkes folgendes Zirkular verandt:

„Wültingen, im Juni 1901.“

„Aus Fabrikantenkreisen unfreiwillig seit längerer Zeit Klagen über das Verfahren der Beamten der Grohh. Fabrikinspektion in Ausübung ihres Berufs zu unfreiwillig gekommen — über Anstreden derselben in Fabrikräumlichkeiten, Aufzügen bezüglich Schutvorrichtungen, Abhaltung von Arbeiterversammlungen und geheimen Sprechstunden für die Arbeiter etc. Um ein umfassendes Urteil über den Umfang und die Berechtigung solcher Klagen zu gewinnen, beschloß die Handelskammer in ihrer letzten Plenarsitzung, bei den hauptsächlich in Betracht kommenden Firmen geeignete Umfrage zu halten.“

Wir bitten Sie, demgemäß uns innerhalb vier Wochen gest. mitteilen zu wollen, ob Sie ebenfalls Klagen zu äußern haben und bejahendenfalls uns dieselbe möglichst ausführlich nach jeder Richtung mitteilen zu wollen.

Wir sichern Ihnen bezüglich Namensnennung strengste Diskretion zu und bitten auch Sie, die Angelegenheit vorläufig als eine vertrauliche behandeln zu wollen.

Die Handelskammer. Der Präsident: Benz.

Dr. jur. Anorg.

Unfrei Genossen im badischen Landtag werden sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Herren zu fragen, warum sie sich nicht direkt bei Herrn Wörtschöffer Auskunft holen. Herr Wörtschöffer würde gewiß ebenso bereitwillig den Fabrikanten Auskunft erteilen und ihre Beschwerden entgegennehmen, wie er es in seinem Verlebe mit den Arbeitern thut. Die Herren werden bei dieser Gelegenheit dann auch gleich zu hören bekommen, warum sie dem Verlebe mit Herrn Wörtschöffer aus dem Wege gehen und ihm auf Schleiswegen Verlegenheiten zu bereiten gedenken.

Was die Unternehmer sich alles gegen die Arbeiter herausnehmen zu dürfen glauben, beweist folgender Vorgang: Der Maurermeister Thor in Dornabühl hatte 2 Maurer entlassen, weil sie am 1. Mai gefeiert hatten, und den Leuten den Entlassungsgrund in das Zeugnis geschrieben. Die Arbeiter klagten bei dem Gewerbegericht auf Aussetzung eines andern Zeugnisses. Der Meister wurde antwortgemäß und zur Zahlung einer Entschädigung von 64 M. an die beiden Maurer verurteilt. Der Meister war ob seiner Verurteilung verblüfft und machte die interessante Bemerkung, daß die Arbeiter den Zeugnis die Bemerkung „Auf Verlangen entlassen“ enthielt, gedächet seien und Arbeit nicht erzielten. Also unter der Aufsichtung der Meiere eines Wiedermeisters werden die Arbeiter meuchlings geächtet. Und das nennt sich Vertreter und Wächter der sittlichen Weltordnung. Zur Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter ist ihnen jedes, auch das schärfste Mittel recht.

Die Bemühungen unfrei Genossen, bei Verlegung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung den 8 Uhr-Ladenbesuch gesetzlich festzusetzen, hatten keinen Erfolg. Vorläufig wurde der gesetzliche 9 Uhr-Ladenbesuch erreicht. Es fand sich nur eine Mehrheit des Reichstags zusammen, die die Einführung des 8 Uhr-Ladenbeschlusses in das freie Ermessen der Beteiligten stellen wollte. Auf Antrag von einem Drittel der beteiligten Geschäftsinhaber hat die höhere Verwaltungs-

Behörde durch ordentliche Bekanntmachung oder besondere Mitteilung die beteiligten Geschäftsinhaber zu einer Aeußerung über den Antrag aufzufordern. Erklären sich zwei Drittel der Abstimmen für den Antrag, dann kann die höhere Verwaltungsbehörde den 8 Uhr-Ladenschluß für die in Frage kommenden Geschäfte einführen. Von letzterer Bestimmung haben nun trotz der kurzen Zeit seit Einführung des gesetzlichen 9 Uhr-Ladenschlusses eine Anzahl Städte Gebrauch gemacht und zwar dergestalt, daß der 8 Uhr-Ladenschluß teils nur für bestimmte Branchen, teils aber auch für sämtliche am Orte befindliche offene Verkaufsstellen eingeführt wurde. In Braunschweig entschied die Mehrheit der Abstimmen von 1692 Befragten, 1262 für den 8 Uhr-Ladenschluß und Dauer des Ladenschlusses bis 7 Uhr morgens. Unser Antrag bei Beratung der Gewerbenovelle verlangte den Ladenschluß nur bis 6 Uhr morgens, während die Mehrheit des Reichstages den Ladenschluß nur bis 5 Uhr morgens zugestimmt. Der nächste sozialdemokratische Vorstoß für eine weitere Beschränkung der Verkaufszeit in offenen Verkaufsstellen wird, wie es den Anschein gewinnt, sich nicht nur der Sympathien der in den Verkaufsstellen Angestellten zu erfreuen haben, sondern auch solche von den Inhabern entgegengebracht bekommen.

Die Arbeitsverhältnisse waren im vergangenen Winter sehr mißliche. Die zunehmende Arbeitslosigkeit machte sich vornehmlich in den Städten und Industriecentren recht fühlbar und nötigte eine Anzahl kommunaler Verwaltungen, das Hungergepöhl zu bekämpfen. Viele Gemeinden, hauptsächlich solche, in deren Kollegien sozialdemokratische Gemeindevorsteher sigen, wurden veranlaßt, diejenigen Arbeiter, insbesondere Waisen, deren Ausfuhrung bereits etatsmäßig beschlossene Sache war, zu fördern, bezw. neue Pläne vorzubereiten. Im Berliner Rathaus drängte die sozialdemokratische Fraktion auf die schleunige Förderung der Waisen von Säug- und Krankenhäusern, mit denen Berlin noch immer hinter dem Bedürfnisse zurückgeblieben ist. In Barmen wurde zu dem Zweck eigens eine Baukommission eingesetzt.

Andre Städte warfen Kredite aus, um sogenannte Notstandsarbeiten ausführen zu lassen. So Elberfeld 30 000 M. für Ausführung von Arbeiten an Wegen, Kanälen und Ueberbrückungen. Darmstadt warf 9400 M. aus, um das Planieren von Wegen vorzunehmen. Mannheim beschaffte die Arbeitslosen für den ortsfälligen Tagelohn — 2,70 M. — auch am Wege- und Kanalbau und bei Frostwetter mit Steinemlopfen. Gleiche Arbeiten ließ Kachen ausführen.

Die Eisenbahnverwaltungen von Württemberg und Bayern gewährten Fahrpreisermäßigungen bei Arbeitsvermittlung durch öffentliche Arbeitsnachweiskassen. Preußens Eisenbahnminister ist bereit, gegen Gutscheine, die von den öffentlichen Arbeitsnachweiskassen ausgestellt sind, Fahrkarten an die Arbeitsuchenden verabfolgen zu lassen, um ihnen den Domizilwechsel zu ermöglichen. Der preussische Minister des Innern sah sich genötigt, die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die Ausgestaltung der Arbeitsnachweise und, was den Wert aller dieser Maßregeln am wirksamsten illustriert, auf die Erweiterung der Arbeiterkolonien zu lenken. Wenn das der Regierungswirtschaft letzter Schlusß ist, mag sie sich begnügen lassen.

Nach dem Ausweis der 16 Arbeitsämter Württembergs standen im Dezember 1152 Stellensuchenden nur 1590 Stellenangebote gegenüber. Was besagt dergleichen Elend gegenüber der Erweiterung von Arbeiterkolonien, die doch nur die Zustuchtsstätte derjenigen Arbeitslosen sind, die dem Elend der Landstrasse verfallen sind. Die am schwersten unter der Arbeitslosigkeit leiden, sind die festhaften Arbeiter, und denen ist mit der geduldeten Regierungswirtschaft gar nicht gedient.

Das Festhalten der Frost und die Hoffnung der im Winter unfreiwillig sterbenden Arbeiter, brachte nicht die erhoffte Besserung. Bald in dem einen, bald in dem anderen Zweige der Textilindustrie macht sich seit Jahren ein Rückgang bemerkbar. Derselbe ist jetzt fast allgemein. Ausgenommen sind nur die rheinischen Bezirke der Seidenindustrie. In diesen ist noch halbwegs lohnender Verdienst zu erzielen. Dagegen liegt die Tuch-, die Wollen- und Baumwollweberei darnieder. In der letzteren ist eine 25 prozentige und in der Kammgarnspinnerei eine 20 prozentige Betriebseinschränkung eingetreten.

Das Gleiche gilt von der Bauhätigkeit in den großen Städten. Die Einschränkung derselben hat teilweise eine Wohnungsnot erzeugt, unter der wiederum die Arbeiterklasse am schwersten, man möchte sagen am unerschämtesten ausgebeutet wird. Arbeiterkolonien und Asyle für Obdachlose, zwei prächtige Wahrzeichen für die Kulturhöhe unsrer Zeit.

Mit der Einschränkung der Bauhätigkeit hängt der verminderte Absatz und damit der Betrieb der Ziegeleien, Steinbrüche, Mörtelwerke und Cement- und Gypsfabriken zusammen.

Bis gegen Ende vorigen Jahres war von der Kalamität der Arbeitslosigkeit wenigstens noch die Romanindustrie im großen und ganzen verschont geblieben. Doch nun ist auch dies gewaltige Erwerbsgebiet der deutschen Industrie in das Reich der Not eingetreten. Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen werden von allen größeren Werken gemeldet. Dasselbe gilt vom Bergbau, insbesondere den Kohlengruben. Die Zunahme des Angebots der Arbeitskraft wird sehr bald in der sinkenden Tendenz des Lohnes sich bemerkbar machen.

Wir fühlen uns frei von dem Glauben an die Humanität des Unternehmertums den Arbeitern gegenüber. Deshalb haben wir auch keine Enttäuschung erfahren. Schon das geringe Maß der sozialen Fürsorge, wozu die Unternehmer gesetzlich verpflichtet sind, ist ihnen eine lästige Fessel. Nun gar von den Leuten noch eine freiwillig zu übernehmende soziale Fürsorge zu erwarten, wer das für möglich hält, den benachteiligen wir um seinen Glauben. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist in dieser Beziehung zum Probierstein geworden. Der Paragraf bestimmt, daß der zur Dienstleistung Verpflichtete des Anspruchs auf Vergütung nicht dadurch verlustig wird, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Er muß sich jedoch den Betrag anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zukommt.

Leider können die in dem Paragrafen dem zur Dienstleistung Verpflichteten zugesprochenen sozialen Vorteile durch den zwischen den Beteiligten abzuschließenden Vertrag rechtswirksam gemacht werden. Von dem Recht solcher Vertragsschließung haben die Unternehmer fast allgemein Gebrauch gemacht und die Ausschließung der Rechtswirksamkeit des § 616 der Bürgerlichen Gesetzbuchs den Arbeitern kraft des wirtschaftlichen Uebergewichts aufgezwungen.

Nachdem in diesem Jahre die gegen die Genossen E. Bernstein und J. Rotteler bis dahin immer noch in Kraft gewesenen Stedbriefe nicht erneuert worden sind, waren die von den beiden Genossen unter dem Socialistenfesseln begangenen Verbrechen verjährt und fand ihrer Mächtige nach Deutschland ein Hindernis nicht mehr im Wege. Beide Genossen haben mit ihren Familien die Ueberriedelung bewirkt. Genosse Bernstein hat seinen Wohnsitz in Groß-Wichterfelde bei Berlin und Rotteler in Leipzig genommen. Wir entvielen den beiden Genossen, die unter dem Socialistenfesseln der Partei unschätzbare Dienste geleistet haben, auch an dieser Stelle die herzlichsten Willkommengrüße namens der Partei.

Aus dem Umstand, daß die polnischen Arbeiter von jeder von den deutschen Unternehmern, speziell denen des Ruhrgebiets, als Lohnbrüder benützt wurden, erwuchs für die Parteileitung die Pflicht, die Aufklärung über ihre Klassenlage auch den polnischen Arbeitern zugänglich zu machen. Leider bildete der Sprach-

unterschied ein starkes Hindernis. Als daher eine in den Berliner Parteiorganisationen geschulte Anzahl polnischer Genossen die Aufgabe übernahm, die mündliche und schriftliche Agitation unter den Polen zu beforgen, fand diese Bereitwilligkeit die weitgehende Unterstützung der Parteileitung. Die Erfolge, speziell in den Provinzen mit vorwiegend polnischer Bevölkerung, waren geringe. Die hierfür von dem Parteivorstand in Betracht gezogenen Gründe erwiesen sich als zutreffend, nachdem Genosse Dr. Winter nach Deutlich in Oberschlesien überfahelte und mit Energie an die Agitation und Organisation heranging und dem Vorstande über die tatsächlichen Verhältnisse berichtete. Von da ab war Genosse Winter die Zielscheibe der Angriffe der Polen, die sich inzwischen eine selbständige Organisation gegeben und für deren Bestand mit Recht fürchteten, denn Genosse Winter betrieb die Organisation im Rahmen der deutschen Partei. Die einzelnen Phasen der Entwicklung der Annäherung zwischen den Polen und den um Dr. Winter organisierten Genossen zu schildern erübrigt sich, dieselben sind den Genossen aus den Debatten der Parteitagung in Hamburg, Stuttgart und Mainz zur Genüge bekannt geworden.

Wer etwa bis dahin der Meinung gewesen war, Genosse Winter hätte vielleicht etwas diplomatischer handeln können, wurde von dieser Meinung luriert durch die Vorgänge, die sich anschließend an die Vorgänge in Oberschlesien auch in Posen abspielten. Nach jahrelanger Abwesenheit kam Genosse Gogowski vor zwei Jahren als aufklärer Socialdemokrat nach Posen zurück. Gleich dem Genossen Winter machte sich Gogowski im Verein mit den dort wohnenden Genossen planmäßig an die Agitation und Organisation und nur wiederholte sich hier dasselbe Spiel wie in Oberschlesien. Genosse Gogowski und Kaspral wurden genau so heftig angegriffen wie Genosse Winter. Die Posener Genossen nominierten den Genossen Kaspral als Kandidaten für die am 11. März stattfindende Nachwahl zum Reichstag. Die Führung der polnischen Organisation protestierte bei dem Parteivorstand gegen die Aufstellung Kasprals, dem die ehrenrührigsten Dinge nachgesagt wurden. Zur Prüfung der erhobenen Beschuldigungen veranlaßte der Vorstand eine Konferenz aller Beteiligten, in der den polnischen Genossen die umfassendste Freiheit der Beweisführung zugestanden und dieselbe erst dann bei jedem einzelnen Punkt für erschöpft erklärt wurde, wenn die Ankläger nichts mehr vorzubringen wußten. Das Resultat der Beweisführung war, daß auch nicht eine der gegen Kaspral erhobenen Beschuldigungen bewiesen worden war, bezw. bewiesen werden konnte.

Auf dieser Konferenz wurden von den polnischen Genossen Ansichten vorgetragen, die mit dem Verhalten von Haase-Königsbütte auf dem 9. schlesischen Parteitag in Breslau und mit den Beschuldigungen auf dem 6. Parteitag der polnischen Organisation im Einklang stehen, und die dem Parteivorstand die Pflicht auferlegten, jede weitere Unterstützung der polnischen Organisation abzulehnen. An ein geduldetes Neben- und Miteinanderarbeiten war nicht mehr zu denken. Die deutschen Genossen in Oberschlesien und Posen hatten es schon längst satt, sich von Leuten angreifen zu lassen, die Genossen sein wollten und die Ueberfüllung der Partei genossen.

Der diesjährige Parteitag der Genossen in Posen hat einen Centrauschuß eingesetzt, der in Verbindung mit den Agitationskommissionen in Polen und Oberschlesien die Aufgabe hat, die planmäßige und einheitliche Leitung der Agitation unter der polnischen Bevölkerung des Reichs zu betreiben.

Agitation. Mit in erster Linie sind es Gründe agitatorischer Richtung, die die Genossen jedes Jahr in Weistreit darüber treten lassen, wo im nächsten Jahre der Parteitag abgehalten werden soll. Einmal wird die Ehre, die Vertreter der gesamten Partei acht Tage als Gäste zu beherbergen und deren Beratungen über das, was der Partei am förderlichsten ist, zu lauschen, anregend und erhellend auf das örtliche Parteileben, und dann demigen zahlreiche Delegierte ihre Reise nach und von dem Parteitag dazu, Versammlungen abzuhalten, und begreifen damit den Wünschen der auf diese Gelegenheit herbeiziehenden Parteigenossen. Selbst während der Tagung des Parteitages waren zahlreiche Delegierte abends bis auf meilenweite Entfernung in Versammlungen thätig. Die Nachfrage nach Referenten war so groß, daß es Mühe verursachte, allen Wünschen gerecht zu werden.

Hat eine Partei eine gewisse Stärke erreicht und Einfluß gewonnen, dann verchiebt sich der Schwerpunkt der Agitation mehr nach der Seite des geschriebenen Wortes, dem das gesprochene Wort sich mehr ergänzend und zur Belebung der persönlichen Thätigkeit des einzelnen Genossen angliedert. Daß neben der fortwährenden Entwicklung und Ausbreitung unsrer periodischen Presse und der in stets wachsenden Auflagen zur Verbreitung gelangenden Flugblätter auch die Nachfrage und Ansprüche an die Redner der Partei immer größer werden, ist Beweis dafür, wie ganz anders das Parteileben in der Socialdemokratie gegenüber dem in den bürgerlichen Parteien geartet ist. Hier die Scheitammellen, während bei uns jeder Genosse mit erleben, mit helfen, mit kämpfen will, soweit seine Kräfte reichen. Die letzteren zu erproben, ist die Versammlung der geeignete Tummelplatz. Die Wünsche der Genossen in Bezug auf Redner fanden zwar nicht alle Erfüllung, das war jedoch in den Verhältnissen begründet, die zu überwinden mitunter auch für den Vorstand eine nicht zu lösende Aufgabe war.

Die alljährlich vom Vorstand arrangierten Agitationstouren waren der Zahl der dafür sich zur Verfügung gestellten Abgeordneten entsprechend eine beschränkte. Demzufolge hat der Vorstand auch andre Genossen bei der Ausführung von Touren verwannt, die sich bereitwillig zur Verfügung gestellt hatten. Die Touren sind zum Teil bereits ausgeführt, zum Teil noch in der Ausführung begriffen.

Daß die rednerischen Kräfte der Partei dem Vorstand zur mündlichen Agitation nicht mehr wie vor Jahrzehnten zur Verfügung stehen, hängt mit den eingangs dieses Abschnittes entwickelten Gründen zusammen. Die dazu fähigen Genossen sind größtenteils an der Presse thätig. Die fest Besoldeten können kaum über den Ortsbezirk ihres Wirkungskreises rednerisch thätig sein. Um die Nichtbesoldeten steht es zumeist noch schlimmer. Ihre Beschäftigung duldet keine längere Unterbrechung, denn letztere ist gleichbedeutend mit dem Bruch mühsam angeknüpfter Verbindungen, der selbst durch eine augenblickliche ausreichende Entschädigung nicht aufgewogen werden kann.

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß die einzelnen Landesvorstände und provinziellen Agitationskomitees, denen die Vetreibung der Agitation in den ihnen speziell unterstehenden Bezirken bezw. Landesteilen obliegt, ebenfalls hohe Anforderungen an die ihnen erreichbaren Redner resp. ihre engeren Landesleute stellen, die sich noch steigern, wenn in den Landesteilen Vorbereitungen zu den Landtagswahlen zu treffen sind. Das war im Berichtsjahre in Sachsen-Weimar, Coburg-Gotha und Württemberg der Fall, auch gegenwärtig in Sachsen und Baden, und nimmt die Kräfte der Partei sehr in Anspruch.

Im Vordergrund der Agitation stand und steht noch der Kampf um die Beseitigung des Abwehrens der von den Agrariern verlangten Erhöhung der Lebensmittelpreise. Zur Einleitung des Kampfes hatte der Vorstand ein Flugblatt herstellen lassen, das den Kreisen, die mittellos waren, kostenlos zur Verfügung gestellt wurde. Das Flugblatt, das den Titel trug „Was kosten die Junken?“, ist in einer Auflage von fast 2 Millionen zur Verbreitung gekommen und hat seine Wirkung nicht verfehlt. Die Agrarier, die sehr gut wissen, daß die Kraft der Agitation gegen ihren Raubzug in den Händen der Socialdemokratie liegt, drängen im Einigigkeit aus. Dieser Stimmung entspringt auch die systematische Verbreitung der Socialdemokratie und das stets lauter werdende Schreien nach verschärften Maßregeln gegen die verhaßte Partei.

Die Wotwundergesellschaft soll unsre Kraftäußerung noch besser zu spüren bekommen. Die bisherige Verbreitung der Flugblätter bietet noch keinen zutreffenden Maßstab für den Einfluß der Partei. Denn große Agitationsbezirke hatten bereits eigene auf die Verhältnisse des Bezirks zugeschnittene Flugblätter verbreitet oder solche in Vorbereitung. Inzwischen ist eine Petitionsbewegung durch den Vorstand eingeleitet. Die Petitionsbogen sind in dem Maße von

den Agitationskomitees verlangt und denselben zugestellt worden, daß jeder, der gegen den geplanten Brotwucher protestieren will, dazu Material und Gelegenheit findet. Ein weiteres illustriertes Flugblatt mit beschreibendem Text ist in Vorbereitung. Dasselbe soll ebenfalls zur Massenverbreitung gelangen.

Selbstredend wird, nachdem der Posttarif zur öffentlichen Kenntnis gelangt ist, die mündliche Protestbewegung mit aller Kraft von der Partei aufgenommen werden. Die Bewegung muß so anschwellen, daß auch nicht eine Person in Deutschland zu finden ist, die ununterrichtet über den agrarischen Raubzug wäre. Nur noch der ausübende Jörn des arbeitenden Volkes vermag den Brotwucher abzuwenden und die Deutegier in respektvoller Entfernung zu halten.

Die zahlreichen, in den ersten Monaten dieses Jahres abgehaltenen Protestversammlungen boten den Genossen gute Gelegenheit, auch gegen den von den Kohlenbaronen planmäßig inscenierten Kohlenwucher zu protestieren. Durch die Einschränkung der Förderung hatte das Kohlenyndikat eine künstliche Kohlennot geschätzt, und unter dem Druck derselben Preisnotierungen festgesetzt in einer Höhe, wie sie auf dem Kohlenmarkt in Deutschland noch nicht dagesewen waren. In den in den Versammlungen zur Annahme gelangten Resolutionen wurde die Verstaatlichung der Bergwerke gefordert. Die Forderung wird auch in der bevorstehenden Protestbewegung mit Nachdruck weiter zu erheben und zu verfolgen sein. Denn das Halten der hohen Kohlenpreise wird sich das Syndikat angelegen sein lassen, und durch weitere Betriebseinschränkungen den bei der Industrie eintretenden Kussfall auszugleichen suchen. Zahlreiche Arbeiterentlassungen werden in den beiden großen Kohlenrevieren laufend vorgenommen.

Eingeleitete Agitationsgebiete bedürfen der dauernden Unterstützung aus der Parteikasse. Das sind diejenigen Bezirke, in denen die materielle und persönliche Leistungsfähigkeit der Genossen sich auf einige wenige Orte beschränkt, z. B. in Ost- und Westpreußen, Posen, Mecklenburg, dem Oberhein, in Pommeren und der Provinz Hessen und Waldeck. Dazu kommt, daß in den genannten Bezirken Verarmungslokale nur sehr vereinzelt zu haben sind oder, wie in Mecklenburg, außer während der Wahlbewegung politische Versammlungen überhaupt nicht abgehalten werden können. Hier muß die Flugblattverbreitung einsetzten, die von den beteiligten Genossen mit regem Eifer betrieben worden ist. Die Versuche der Aufsichtsorgane, der Flugblattverbreitung am Sonntag wegen Uebertretung der Sonntagsheiligung mit Strafen den Garaus zu bereiten, können als gescheitert angesehen werden. Die Genossen wissen sich sehr gut der Jurisdiction anzupassen, und die „äußerlich erkennbare“ Arbeit auch außerhalb der Kirchengrenzen, ohne daß der Zweck, die umfassende Verbreitung der Druckschriften, irgendwie beeinträchtigt worden wäre.

In Ausführung der Beschlüsse der bei Gelegenheit des Mainzer Parteitages abgehaltenen Frauenkonferenz war die Agitation unter den Arbeiterinnen in dem Berichtsjahre eine besonders rege. Insbesondere war es die Frage des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes, die propagiert wurde und ihre Anziehungskraft auf die Arbeiterinnen ausübte, wofür der zahlreiche Besuch vieler Versammlungen Zeugnis ablegte. Die intensive und planmäßig geleitete Agitation kam auch der Verbreitung der „Gleichheit“ zu gute. Der Abonnentenstand derselben ist um über 1000 gestiegen.

Den der Agitation sich widmenden Genossen wird das vom Vorstand in Auftrag gegebene und in kurzen erscheinende parlamentarische Handbuch ein willkommenes Berater und Wegweiser sein. Das für einen früheren Zeitraum vorgezeichnete Erscheinen des Buches hat sich unliebsamerweise verzögert. Der Verfasser, Genosse Schippel, konnte sich nicht gänzlich, wie er ursprünglich beabsichtigt hatte, der Herstellung des Buches widmen, da auch andre von Schippel eingegangene Verpflichtungen ihrer Erledigung harren.

Wahlen. Die Partei beteiligte sich am 11. in dem Berichtsjahre stattgefundenen Nachwahlen zum Reichstag. Geordnet nach der Zeitfolge der stattgefundenen Wahlen kamen folgende Kreise in Betracht: Westhavelland, Wangleben, Antweiler-Hofgeismar-Wolfshagen, Berlin VI, Randow-Greifenhagen, Ottweiler-St. Wendel, Kachen, Posen, Greifswald-Grimmen, Memel-Heidekrug und Duisburg.

Der Kreis Westhavelland, der uns in der Hauptwahl 1898 verloren gegangen war, wurde, wenn auch erst in der Stichwahl, zurückerobert. Bei der Wahl im VI. Berliner Kreis wurden insgesamt 20 505 Stimmen weniger abgegeben als im Jahre 1898. Davon entfielen auf unsre Partei 4928 Stimmen.

Die Freisinnige Volkspartei, die 1898 mit 10 435 Stimmen erst an dritter Stelle kam, hatte es vorgezogen, von der Auffstellung einer eigenen Kandidatur abzusehen. — In dem Kreise Wangleben haben wir die Position von 1898 behauptet, und mußten eine von vornherein aussichtslose Stichwahl ausfechten. — Wenn sonst im allgemeinen bei den Nachwahlen eine geringere Beteiligung zu verzeichnen ist, so war erfreulicherweise für die Oppositionsparteien im Wahlkreis Randow-Greifenhagen das Gegenteil der Fall. Die Opposition hatte ein Plus von 1650 Stimmen aufzuweisen, wovon 1212 auf unsre Partei entfielen, während der konservative 438 Stimmen einbüßte. — Das Jünglein in der Woge hielten die Genossen im Kreise Greifswald-Grimmen in der Hand. Durch das geschlossene Eintreten der Genossen für den Freisinnigen wurde die Wahl des konservativen Agrariers verhindert. Es war dies nach der Wahl in Westhavelland die zweite Schlappe, die den Agrariern bereitet wurde und ihrer sonstigen hochtönenden Phrasologie sehr unlegen kam. — Eine empfindliche, ja sogar sehr schwer zu verwindende Niederlage hat den Agrariern der Ausfall der Wahl in Memel-Heidekrug am 19. Juli gebracht. Nach der amtlichen Ermittlung erhielten Stimmen Reichschull (Littauer) 7016, Genosse Braun 4948 und Schaaf (Freisinnige Volkspartei) 2925. In der am 27. Juli stattgefundenen Stichwahl siegte der Littauer mit 9106 Stimmen gegen Genossen Braun, der 6923 Stimmen auf sich vereinigte. Unsre Stimmen haben um 50 Proz. zugenommen, das ist ein Fortschritt in der nordöstlichen Ecke des Reiches, der zu der schönsten Hoffnung für die Zukunft berechtigt, und über den alle Genossen die Genugthuung empfinden, daß die Reaktionen auch in ihren für angriffsicher gehaltenen Domänen verundbar sind.

Ebenso brav, wie unsre Memeler und Königsberger Genossen im äußersten Nordosten des Reiches das sozialdemokratische Banner festiglich vorangetragen haben, haben mit gleicher Zähigkeit und Ausdauer die niederrheinischen Genossen bei der Wahl in Duisburg am 25. Juli der werdenden Kraft des Socialismus ein glänzendes Zeugnis verschafft. Unsere Stimmen sind von 7804 in 1898 auf 14 320 gestiegen. Die Genossen haben für die Stichwahl Wahlenthaltung proklamiert. Denn ob die Arbeiter national-liberal-agrarisch gesammelt oder liberal-agrarisch gebraten werden, ist gleichgültig.

Von dem preussischen Abgeordnetenhaus waren die drei Mandate des vierten Wahlbezirks Breslau-Stadt für ungültig erklärt worden. Auch diesmal traten die sozialdemokratischen Wahlmänner geschlossen für den Freisinnigen ein, wodurch für diese der Sieg abermals entschieden wurde. — Am 30. Oktober wurde Genosse Walter als erster Socialdemokrat in den Koburger Landtag gewählt. — Stadt und Land Almenau sandten den Genossen Reidt als zweiten Socialdemokrat in den Landtag von Weimar, in dem Genosse Vaudert bisher allein saß. — Einen schönen Erfolg haben die Genossen in Württemberg bei den Landtagswahlen am 5. Dezember erzielt. Die Genossen eroberten zwei Mandate direkt und kamen in neun Wahlkreisen in die Stichwahl, in der weitere drei Mandate der Partei zufielen. Die Partei hatte bis voriges Jahr nur einen Abgeordneten im Landtag. Mehr noch jedoch als wie die Eroberung der Mandate fällt die kolossale Steigerung der für die Partei abgegebenen Stimmen in Betracht. Bei den Wahlen 1895 entfielen auf die Partei 32 289 Stimmen und 1900 wurden für uns abgegeben 68 686 Stimmen. Unsre Genossen, die im Landtag eine rege Thätigkeit entwickeln, stimmten gegen den Etat mit der Motivierung, sie seien nicht in der Lage, gegenüber dem Verhalten der Regierung in verschiedenen Fragen, so u. a. in der Frage der Steuerreform, durch Annahme des Etats der Regierung ein Vertrauensvotum erteilen zu können. — Der Schluß des vorigen Jahres brachte noch den Einzug der Social-

demokratie in den Lippschen Landtag. Am 15. Dezember waren die Wahlen und brachten es die Genossen in vier von den sieben Kreisen der dritten Abteilung zur Stichwahl, in der am 27. Dezember der Partei die Mandate zufielen. Später wurde das Mandat für Lippe für ungültig erklärt und ging der Partei in der Stichwahl verloren. — Durch zwei weitere Siege erhöhte die Bremer Genossen ihre Fraktion in der Bürgerkammer auf 11 Köpfe. Auch die Hamburger Genossen hatten die Genehmigung, den Genossen Stolten in die Bürgerkammer zu wählen. — Im Meiningen Landtag war das Mandat des Genossen Hofmann-Saalfeld nach dem Wahlkreis Schallau-Rauenstein für ungültig erklärt worden. Die am 19. April stattgefundenen Nachwahlen erhöhte die Stimmenmehrheit Hofmanns über den Kommunisten Craemer wesentlich. Bei den Hauptwahlen betrug die Mehrheit Hofmanns nur sieben Stimmen, bei der Nachwahl 248 Stimmen.

Bei den am 26. April in Sachsen-Altenburg stattgefundenen Wahlen löste die Partei zwei von den seither im Besitz gebliebenen Mandaten ein. Es waren dies zwei ländliche Wahlkreise, die auch bisher nicht zu dem sicheren Bestand der Partei gerechnet wurden. — Im Gothaer Landtage ist Genosse Vock am 19. März zum Oberpräsidenten gewählt und damit zugleich Mitglied des Oberverwaltungsgerichts geworden. In 17 von 24 gesetzgebenden Körperschaften der Partikularstaaten sitzen gegenwärtig 75 sozialdemokratische Abgeordnete, und zwar in Bayern 11, Sachsen 4, Württemberg 6, Baden 7, Hessen 6, Weimar 2, Oldenburg 1, Meiningen 6, Altenburg 3, Koburg 1, Gotha 9, Schwarzburg-Rudolstadt 1, Meuß j. L. 3, Meuß alt. L. 1, Lippe-Deimold 3, Bremen 11 und Hamburg 1.

Der Einfluß der Sozialdemokratie in den Gemeinde-Vertretungen steigt von Jahr zu Jahr mit der zunehmenden Zahl sozialdemokratischer Gemeindevorsteher. Die Zunahme der letzteren zu hindern wird von der bürgerlichen Sippe kein Mittel unversucht gelassen. Da, wo es zulässig ist, z. B. in Schleswig-Holstein, setzen die städtischen Kollegien den Wahlsensus herauf, und machen dadurch, wie in Kiel, 10 000 Arbeiter rechtlos in Bezug auf die Ausübung des Wahlrechts. In den alten preussischen Provinzen ist das passive Wahlrecht für die Hälfte der Vertreter jeder Abteilung an den Hausbesitz gebunden. Und zwar muß nach einer Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts der Betreffende alleiniger Besitzer sein. Gewiß bereiten derartige Schwierigkeiten den Genossen Hindernisse, aber keine unüberwindlichen. Die Folge ist und muß sein, daß die Genossen allenthalben in den Gemeinden und Landtagen bei jeder sich darbietenden Gelegenheit für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts eintreten.

Von den vielen von den Genossen eroberten Positionen wollen wir nur einige bedeutsame erwähnen. Mit Genossen Quard ist der erste Sozialdemokrat in das Frankfurter Stadtparlament eingezogen, in dem es seitdem mit der dort geherrschten beschaulichen Stille und Ruhe vorüber ist. In Dessau und Steina ist die Partei gleich mit je vier Vertretern in das Stadthaus eingezogen. Magdeburg hat seinen Verstand in der Neuwahl behauptet, und Braunschweig, das nur noch in dem Genossen Niede einen sozialdemokratischen Vertreter besaß, hat ihm deren drei weitere zugesetzt. Köpenick und Lichtenberg bei Berlin eroberten mit neun bzw. fünf Vertretern die dritte Abteilung. Ueber Sachsen liegen zusammenfassende Bismers vor. Danach wurden im vorigen Jahre in 145 Orten 279 sozialdemokratische Vertreter gewählt. Insgesamt sind zur Zeit 680 sozialdemokratische Gemeindevorsteher in Sachsen vorhanden.

Durch die sozialdemokratische Initiative sind jetzt in Berlin durch Ortsstatut die Unterstützung arbeitsunfähiger geordneter städtischer Arbeiter geregelt, desgleichen die Unterstützungsfälle der Hinterbliebenen im Todesfalle des Familienvaters. Das Beispiel Berlins hat bereits anregend gewirkt, indem die gleiche Maßregel in den Städten Hamburg, Braunschweig, Wiesbaden und Kassel in Vorbereitung ist. Andre größere Kommunen werden sich der Nachfolge nicht entziehen können.

Der Hauptvorteil der Arbeit der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher liegt auf dem agitatorischen Gebiet.

Um die agitatorischen Vorteile der Arbeit der Genossen in den Gemeindevertretungen noch besser auszunutzen zu können, drängte sich die Notwendigkeit auf, die Tätigkeit systematisch nach dem sozialdemokratischen Programm zu regeln, d. h. sozialdemokratische Programme für die Gemeindevorsteher aufzustellen. Für die Provinz Brandenburg ist solches 1898 auf einer Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevorsteher geschehen. In Sachsen, Hessen, Schleswig-Holstein, Baden und Württemberg haben die Genossen kommunalprogramme auf den Landesparteitagen beraten und angenommen. In Bayern ist der Landesvorstand auf dem letzten Parteitag beauftragt worden, ein Programm auszuarbeiten.

Wie der nun erfolgten Änderung des Gewerbegerichts-Gesetzes erlangen die Wahlen zu den Gewerbegerichten eine noch erhöhte Bedeutung. Ein erster Schritt auf der Bahn für die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte ist gemacht. In allen Orten mit 20 000 Einwohnern müssen nunmehr die Gewerbegerichte eingeführt werden. Das vereinigte Scharfmachertum hatte alle Hebel in Bewegung gesetzt, die dem Reichstag ungenommene Novelle zu hinterziehen, ihre Ablehnung vom Bundesrat zu erzielen. Der Liebe Mühe war umsonst. Die Debatten über die 12 000 Mark-Affaire hatten doch einigermaßen den Wind aus den Segeln der Scharfmacher genommen. Mit geringen Ausnahmen hat die organisierte Arbeiterschaft bei den im Berichtsjahre gethätigten Wahlen in der Arbeitnehmerschicht gestagt; in Weimar auch in der Arbeitgeberschicht, desgleichen in Berlin in vier Bezirken. Interessant waren die Wahllämpfe in Städten mit überwiegend katholischer Bevölkerung. In denselben machten die Christlich-Sozialen bzw. die christlichen Gewerkschaften unter kirchlicher Führung die verzweifeltsten Anstrengungen, den Sieg davon zu tragen. Vergeblich waren die diesbezüglichen Bemühungen in Koblenz, Colmar, Regensburg, Wörm, Heilbronn, Hildesheim, Trefeld, Speyer, Mainz, Offenbach-Land, Schramberg und Aöln. In Aöln brachten es die Christlichen nur auf 5431 Stimmen, während die Liste der Gewerkschaften 9602 Stimmen erzielte. Da begreift man es, daß Herr Trimborn im Reichstag es durchsetzte, daß künftig durch Ortsstatut von den Gemeinden das Proportionalwahlrecht eingeführt werden kann, sich aber lebhaft dagegen sträubte, das Proportionalwahlrecht allgemein einzuführen.

Die **Waisfeier** ist großartig verlaufen. Die stille Hoffnung der Scharfmacher, die Arbeiter würden unter dem sich geltend machenden Druck des wirtschaftlichen Niedergangs sich nicht getrauen, am Arbeiterweltfeiertag für den Achtundzestägigen, den Völkerriesen und der Arbeiterverbrüderung durch Arbeitstriebe zu demonstrieren, ist gründlich getäuscht. Die Drohungen der Unternehmerpresse verfehlten vollständig ihren Zweck. Die Berichte aus allen Gegenden stimmten darin überein, daß die Arbeitstriebe viel umfangreicher von den Arbeitern betätigt wurde wie in dem vorausgegangenen Jahre. Die Idee der Waisfeier und mit dieser die praktische Betätigung erobert unauflöslich die Herzen der Arbeiter. In den Städten waren die Vormittagsversammlungen bereits überfüllt und bei den Abendveranstaltungen hätten die Säle noch einmal so groß sein können, sie hätten die Erschienenen nicht alle fassen können. Das war ein Zu- und Abfluten, ein Kommen und Gehen von Massen, die doch nur durch die Ideale der Arbeiterbewegung auf die Beine gebracht werden können.

Die diesjährige Waisfeier gewann noch dadurch eine erhöhte Bedeutung, daß die deutschen Arbeiter gegen die zarische Vergeßlichkeit protestierten, die gegen die für die Lehr- und Versammlungsfreiheit öffentlich eingetretene verdrängten russischen Studenten und Arbeiter verhielt worden war.

Die in einzelnen Städten den feiernden Arbeitern von den Unternehmern angedrohten und ausgeführten Ausperrungen wurden von den Arbeitern gleichmütig hingenommen. Meistens handelte es sich um eine dreitägige bis zum Wochenschluß ausgedehnte Arbeitstriebe. Die Arbeiter waren klug genug, die in der Ausperrung liegende Provokation unbeachtet zu lassen.

Das Varietearchiv konnte wegen des Fehlens des Katalogs bisher nicht in dem Maße den Genossen zur Verfügung gestellt werden, wie es beabsichtigt war und wünschenswert sein mußte. Dieser Uebelstand ist nunmehr behoben. Der Katalog ist fertiggestellt und damit das Archiv seiner Bestimmung zugänglich gemacht. Um den Genossen bei der persönlichen Benutzung der Bücher, die in der Regel an Ort und Stelle zu erfolgen hat, größere Bequemlichkeiten zu bieten, ist das Archiv in den Räumen der von dem Genossen Heilmann gestifteten und von ihm unterhaltenen „öffentlichen Bibliothek für den Wahlkreis Schallau-Rauenstein“, Berlin, Alexandrinenstr. 26, Gartenhaus, untergebracht.

Die Verabfolgung der Bücher an Genossen zur Benutzung außerhalb der Unterstufsräume des Archivs unterliegt in jedem Einzelfall der Entscheidung des Vorstandes.

Kassenbericht. Der Kassenabschluss weist gegen das Vorjahr eine Mehreinnahme von 68 852,39 M. auf, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß der vorjährige Kassenabschluss sich nur über einen Zeitraum von elf Monaten erstreckte, während der diesjährige wieder ein volles Jahr umfaßt.

In der ersten Hälfte des Berichtsjahres gestalteten sich die Kassenverhältnisse zunächst sehr ungünstig. Die ersten beiden, einen Zeitraum von 5 Monaten umfassenden Revisionsperioden,

schlossen mit einem Defizit von 53 042,56 M. ab. Die besseren Eingänge in der zweiten Hälfte des Jahres und hauptsächlich die steigenden Ueberschüsse des „Vorwärts“ haben dieses Defizit aber wieder ausgeglichen und noch die Erzielung eines Ueberschusses ermöglicht. Von den im vorigen Jahre der Reserve entnommenen 83 845,90 M. konnten 22 581,10 M. wieder zurückgelegt werden. Diese Summe ist fast ganz den Ueberschüssen des „Vorwärts“ zu verdanken, die gegen das Vorjahr eine Steigerung von 21 736,50 M. aufweisen.

Was die einzelnen Ausgabearten anbelangt, so sind die Kosten der allgemeinen Agitation wieder erheblich gestiegen: gegen das Vorjahr um 13 457,26 M., gegen das Rechnungsjahr 1898/99 um 31 458,93 M. Die Ausgaben für Wahlagitation weisen ebenfalls gegen das Vorjahr eine Steigerung von 25 902,95 M. auf.

Dagegen sind die Ausgaben für Unterstufung gegen das Vorjahr gesunken um 11 175,45 M.; desgleichen die Reichstagskosten um 1110,80 M. Die Spannung zwischen Einnahme und Ausgabe im Darlehnsconto ist gegen das Vorjahr sehr günstig.

Eine weniger günstige Gestaltung zeigt das Prekunterstützungs-Conto. Obgleich das Defizit der „Neuen Welt“ wieder um 8 54,77 Mark geringer geworden ist, betragen die Mehrausgaben gegen das Vorjahr doch 17 798,08 M. Die Umstände, die zu dieser Steigerung geführt haben, sind aus der Aufstellung C. und den der letzteren beigefügten Bemerkungen ersichtlich.

Im einzelnen verteilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie die umstehenden Tabellen zeigen:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. August 1900 bis 31. Juli 1901.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesamt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:									
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts“		Stoerfs	
	M.	pf.	M.	pf.	M.	pf.	M.	pf.	M.	pf.	M.	pf.
1900												
August	12027	07	7947	07	4050	—	80	—	—	—	—	—
September	11914	65	6763	15	3050	—	100	—	—	—	1	50
Oktober	28071	07	13863	22	4175	—	360	—	10072	85	100	—
November	16101	39	16098	22	—	—	3	17	—	—	—	—
Dezember	12418	23	8668	23	3750	—	—	—	—	—	—	—
1901												
Januar	43450	08	16985	08	—	—	6393	—	20072	06	—	—
Februar	53597	75	39711	82	10000	—	341	10	—	—	6544	68
März	14877	64	1169	74	6500	—	—	—	—	—	8	90
April	35027	23	14117	88	—	—	690	—	20257	20	22	20
Mai	10529	85	10529	85	—	—	—	—	—	—	—	—
Juni	30044	78	22116	53	2000	—	5928	25	—	—	—	—
Juli	50075	46	18805	21	—	—	990	—	30044	45	5295	60
	317984	70	177274	40	88525	—	14715	52	80446	55	11973	23

317 934,70 M.

Dierzu Bestand vom 1. August 1900 4 562,44 „

322 497,14 M.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesamt		Von den gesammten Ausgaben entfielen auf:																	
			Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Unterstützungen		Prosch- und Gefängnis-Kosten		Reichstags-Kosten		Gehälter und Verwaltungsausgaben		Darlehns-Konto		Verb-Unterstützungen		Stoerfs	
	M.	pf.	M.	pf.	M.	pf.	M.	pf.	M.	pf.	M.	pf.	M.	pf.	M.	pf.	M.	pf.		
1900																				
August	12700	85	3569	20	1185	—	735	—	75	—	—	1079	20	1000	—	5050	—	7	45	
September	17405	71	7104	86	3500	—	485	—	375	—	—	1108	05	8000	—	400	—	1432	80	
Oktober	60478	65	9486	95	12341	70	718	—	12	—	—	2109	10	20558	—	18230	—	2032	90	
November	18184	66	2823	26	48	70	186	—	2577	90	4500	—	1261	80	—	6790	—	27	50	
Dezember	24880	40	6086	50	10000	—	1203	75	525	20	2700	—	1372	40	—	2880	—	89	55	
1901																				
Januar	24936	10	7781	60	200	—	2088	—	150	—	4500	—	1592	70	—	8585	—	38	80	
Februar	28102	88	4121	50	705	—	408	—	136	90	4900	—	1116	10	9000	—	18714	63	—	
März	27687	47	8124	38	50	—	723	—	1634	80	5000	—	1483	35	2850	—	2370	—	5451	94
April	25109	57	12123	60	250	—	1565	—	420	—	4000	—	1523	85	—	4399	80	327	32	
Mai	17618	08	2201	—	1400	—	1989	—	538	32	3300	—	1076	78	250	—	6858	—	5	—
Juni	21321	41	4259	55	1000	—	880	75	780	—	—	1275	30	12060	—	1070	—	5	80	
Juli	18438	67	4248	70	5231	25	1118	60	374	40	—	872	27	—	—	1570	—	28	45	
	291788	90	71929	11	35911	65	12045	10	7599	52	28900	—	15870	88	42708	—	67377	63	9447	51

291 788,90 M.

Ausgabe für Kapitalanlage 22 581,10 „

Kassenbestand am 31. Juli 1901 8 127,14 „

322 497,14 M.

Berlin, den 7. August 1901.

Revidiert und für richtig befunden:

Fr. Brähne. Ed. David. F. J. Ehrhart. Aug. Raden. G. Roenen.
G. Meißner. Theodor Wegner. Clara Zeitlin.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

1) Unter diesem Posten befinden sich 20 000 M., mit welchem Betrage unsere kirchliche Bruderpartei in ihrem schweren Wahlkampfe unterstützt wurde.

2) Unterstützungen wurden wie üblich nur an solche Personen gezahlt, die infolge ihrer Parteithätigkeit gemahregelt oder sonstwie geschädigt wurden.

C. Ausgaben für die Parteipresse, im einzelnen nachgewiesen.

„Fränkische Volkstribüne“	M. 1 465,—
„Freie Presse“, Straßburg i. E.	11 800,—
„Der Volk“, Künsterdam	10 000,—
„Mecklenburgische Volksztg.“, Rostock	2 200,—
„Neue Welt“	6 544,83
„Saalfelder Blätter“	1 200,—
„Tribüne“, Erfurt	600,—
„Vogtländische Volksztg.“, Falkenstein	1 279,80
„Volkblatt“, Wachen	1 200,—
„Volkblatt“, Bochum	3 888,—
„Volkblatt“, Rassel	4 000,—
„Volkfreund“, Karlsruhe	2 700,—
„Volkrecht“, Jülich	4 800,—
„Volkstribüne“ (Volkstg.), Königsberg	11 500,—
„Volkzeitung“, Mainz	1 800,—
„Vorwärts“, Krakau	1 000,—
„Werk“, Essen	2 000,—
	M. 67 877,63

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

1) Bei dem Eingehen der „Fr. B.“ waren noch Verpflichtungen in Höhe der angeführten Summe zu erfüllen, welche von der Centralkasse übernommen werden mußten.

2) Alle Anstrengungen, welche bisher von der Parteileitung gemacht wurden, das Defizit des reichsständischen Parteiblattes zu vermindern, sind vergeblich gewesen. Auch im Berichtsjahre mußte wieder ein hoher Zuschuß gezahlt werden.

3) Unter dieser Rubrik befinden sich die Ausgaben für Gehälter, Miete für Büroräume, Heizung- und Beleuchtungskosten der letzteren, Porto- und Telegrammgebühren, Druckkosten für Circulare und sonstige Drucksachen, die Kosten für Kontrolle der Kasse etc. etc.

4) Wie im vorigen, so sind auch im Berichtsjahre die bewilligten Darlehen vorwiegend zur Schaffung oder Vergrößerung von Druckerei-Anlagen oder sonstigen der Ausgestaltung unserer Presse dienenden Zwecken verwendet worden.

5) Durch Bewilligung dieses Betrags wurde unserer aufstrebenden holländischen Bruderpartei die Herausgabe eines Tagesblatts ermöglicht.

6) Die von den mecklenburgischen Parteigenossen seit längerer Zeit vorbereitete Umwandlung der früher dreimal wöchentlich erscheinenden „Meckl. Volksztg.“ in ein Tagesblatt konnte nur mit Hilfe eines Zuschusses der Centralkasse durchgeführt werden. Voraussichtlich wird das Blatt auch im kommenden Jahre noch eine Beihilfe bedürfen.

7) Von der Firma Kuer u. Co. sind nunmehr alle Vorbereitungen zur Herstellung der „N. W.“ nach dem neuesten Verfahren getroffen und dürfte deshalb die letztere künftig nicht mehr unter den subventionierten Blättern figurieren.

8) Die „F. B.“ ist auf Beschluß der sächsischen Landeskonferenz im Anschluß an den Ueberschuß der Parteiblätter gestrichen worden. Mit der aufgeführten Summe wurden noch Verpflichtungen, die aus früherer Zeit stammen, gedeckt.

9) Die „Königsberger Volkstribüne“, die als dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung seit Jahren beträchtliche Zuschüsse erforderte, ist von den Königsberger Parteigenossen im Berichtsjahre in ein Tagesblatt („Volkszeitung“) umgewandelt worden. Durch diese Umänderung mußten natürlich die Mittel der Centralkasse in noch erhöhtem Maße in Anspruch genommen werden. Auf das Tagesblatt entfallen von der angeführten Summe 7000 M. Von der reifen Agitation unserer Königsberger Genossen ist zu hoffen, daß sie die „Volkszeitung“ in absehbarer Zeit ebenfalls an die Höhe stellen werden, wie dies seiner Zeit, wenn auch unter schwierigen Umständen der Gesamtpartei, den Kölner Genossen mit der „Rheinischen Zeitung“ gelungen ist.

(Schluß in der 2. Beilage.)

Bericht des Parteivorstandes
an den
Parteitag der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.
(Schluß aus der 1. Beilage.)

Die Parteipresse. Eine Veränderung des Bestandes der Parteipresse ist nur insoweit eingetreten, als unsere früher dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter, die „Mecklenburgische Volkszeitung“ in Rostock und die „Tribüne“ in Königsberg, jetzt sechsmal wöchentlich erscheinen, die letztere jetzt unter dem Titel „Königsberger Volkszeitung“. Beide Umwandlungen konnten nur unter Bewilligung von Mitteln aus der Parteikasse vollzogen werden.

Am 15. Mai waren es 30 Jahre, daß in Braunschweig die erste Nummer des von Brade gegründeten „Volksfreund“ erschien. Nach siebenmonatlicher Gefangenenschaft in Löwen am 30. März 1871 freigelassen, ging Brade sofort an die Gründung des Blattes, dessen erste Nummer am 15. Mai erschien. Als eines der ersten Opfer des Socialistengesetzes fiel der „Volksfreund“. An seiner Stelle gab Brade das Unterhaltungsblatt heraus. Nach dem Fall des Socialistengesetzes feierte am 1. Oktober 1890 der „Volksfreund“ eine Auferstehung, der als Kampfgenosse stets seine Schuldigkeit gethan hat.

Das 25-jährige Bestehen feierte am 1. Mai die Verlagsanstalt und Buchdruckerei von Auer u. Co. in Hamburg. Als Genossenschafts-Buchdrucker mit einer Schnell- und einer Doppelschneldpresse trat das Unternehmen ins Leben. Trotz der Stürme des Socialistengesetzes und trotz der Ausweisung des damaligen Geschäftsleiters und einer Anzahl Redacteurs des „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, dessen Unterdrückung folgte, entwickelte sich das Unternehmen von Jahr zu Jahr unter stets tüchtiger Leitung. Heute ist das Unternehmen wohl das größte seiner Art in Norddeutschland. Von dem Vorstand der ersten Genossenschaft gehört der jetzigen Inhaberin — einer Handelsgesellschaft — noch ein Mitglied, der Genosse Auer, an. Von dem ersten Personal ist nur noch einer — Genosse August Günther — in dem Geschäft thätig.

Von den Blättern, die im Berichtsjahre auf ein 10-jähriges Bestehen hinarbeiten konnten, nennen wir die „Volksmacht“ in Breslau, „Gothor Volksblatt“, „Heffisches Volksblatt“, „Chemnitzer Volksstimme“, „Brandenburger Volkszeitung“ und „Schäbische Tagwacht“ in Stuttgart. Alle feierten ihren Ehrentag durch Festartikel bzw. Veranstaltung von Festmessen.

Die „Beratliche Arbeiterstimme“ in Solingen hat am 1. Juli das erste Geschäftsjahr als Tagesblatt vollendet. Die Hoffnungen, die von den Genossen auf die Entwicklung des Blattes bei seiner Umwandlung in ein Tagesblatt gesetzt wurden, haben sich erfüllt. Der Abonnentenstand hat sich in dem Jahre um 75 Proz. gehoben. Die bestandenen Forderungen sind im großen und ganzen erhoben und damit die Aktionsfähigkeit der Partei wieder hergestellt. Wir wünschen dem Blatt im neuen Geschäftsjahr den gleichen Fortschritt wie in dem vergangenen.

Seit dem 1. Juli wird unser Münchener Organ, die „Münchener Post“, in eigener Druckerei hergestellt. Maschinenraum, Setzsaal und Redaktionsräume sind praktisch und komfortabel eingerichtet. Eine große Zwillings-Notationsmaschine und die Einstellung zweier Segmaschinen ermöglichen eine weitgehende redactionelle Ausgestaltung des Blattes. Seit dem 1. April d. J. sind die bis dahin bei F. H. W. Dietz, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, erschienenen Verlagsartikel: „Neue Zeit“, „Gleichheit“ und „Wahrer Jakob“, in das Eigentum der Partei übergegangen. Im Druckort und der Expedition der genannten Verlagsartikel ist eine Änderung nicht eingetreten.

Die Auflage des „Neuen Weltkalenders“, sowie des „Arbeiter-Rotkalenders“ erhöhen sich von Jahr zu Jahr. Das Gleiche ist leider nicht von unserer Unterhaltungsliteratur, den „In freien Stunden“, zu sagen. Mit denselben ist es bisher noch nicht gelungen, die Abspaltung-Romane aus dem Feld zu schlagen. Die keinen Agitationskalender haben sich so eingebürgert, daß sie Requisite des ständigen Ritzzeuges der Agitation geworden sind. Auch unsere süddeutschen Genossen haben den Wert der Kalender für die Agitation unter der ländlichen Bevölkerung schätzen gelernt. Auch auf dem bairischen Parteitag in Fürth wurde die Herausgabe eines Kalenders für das Jahr 1902 beschlossen.

In der Verwaltung des Centralorgans herrschte zwischen dem Vorstand und der Preschkommission bis auf einen Fall stets Einverständnis. Bei dem Ausnahmefall handelte es sich um eine von den Redacturen beantragte Gehaltssteigerung, für die der Vorstand in bescheidenen Grenzen eintrat, die von der Preschkommission jedoch nur einem Redacteur zugestanden wurde. Die Kontrollkommission, der die Angelegenheit zur Entscheidung vorlag, trat der Auffassung der Preschkommission bei.

Am 1. Juli trat Genosse Pöschel aus der Redaktion des „Vorwärts“ aus und Genosse Leid als verantwortlicher Redacteur in dieselbe ein. Das finanzielle Ergebnis weist gegen das Vorjahr ein Plus von rund 22 000 Mark auf. Dasselbe wurde erzielt durch eine Steigerung des Abonnements und eine vermehrte Inseraten-Einnahme. Die Zahl der Abonnenten stieg von 52 000 im Vorjahre auf 56 000 und hat sich trotz des für das Zeitungsgegeschäft ungünstigsten dritten Quartals auf 55 000 gehalten.

Die genaue Specification der Einnahmen und Ausgaben folgt nachstehend:

	Juli-Septemb. 1900	Oktober-Dezemb. 1900	Januar-März 1901	April-Juni 1901	Summe
A. Eingänge:					
Abonnementsgelder durch die Expedition	109788	115767	118080	117783	464417
Abonnementsgelder durch die Post	8330	9450	10711	10516	39008
Inseraten-Einnahme	37655	35909	49232	50893	193699
Ueberschuß aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition		861	70		931
Gesamt-Einnahme M.	155771	164997	178025	179192	677985
B. Ausgänge:					
Diverse Unkosten:					
Porto f. Kreuzbänder, Gebühren für Uebersendungen, Porto und Befragen d. Redaction, Expedition, Inseraten, Besetzung, Hausbesuche der Redaction, Schreibmaterialien, Briefkästen, Formulare u. c.)	5643	8102	6634	6642	27021
Reinigungs-Abonnement	285	360	367	392	1404
Postkosten	1786	2940	3705	3846	10277
Redactoren	13336	43252	11525	12549	50662
Mitarbeiter: Politisch	5229	1781	4691	6075	24776
Verwaltung	1464	1169	911	776	4320
Sofort	2593	3583	2689	2910	11975
Depeschen u. Parlamentsberichte	406	1165	1660	1180	4411
Reise Welt	7789	8134	8276	8346	32545
Gehälter der Expedition	3390	3485	3459	3480	13814
Miete	1247	1247	1247	1247	4990
Verdichtlosten	219	427	456	304	1406
Redaktionsbibliothek	119	500	2625	313	960
Druckrechnung	10221	11178	11191	10312	42902
Gesamt-Ausgabe M.	145998	164917	157768	149177	617860
Gewinn	10072	20072	20257	30044	80445
wie oben unter A. M.	155771	164997	178025	179192	677985

Der Gesamtüberschuß beträgt M. 80 448,55
Berlin, den 7. August 1901.
Revidiert und für richtig befunden:
Fr. Brühne, Ed. David, F. J. Ehrhart, Aug. Kaden,
G. Roenen, G. Reister, Theodor Wegner, Clara Zeitlin

Die Buchhandlung Vorwärts, welche dies Jahr ihren zehnten Jahresbericht erstattet — der erste Bericht umfaßte nur die Zeit von November 1890 bis Juni 1891 — kann auch für das laufende Geschäftsjahr 1900/01 einen erfreulichen Aufschwung ihres Warenumsatzes feststellen. Seit ihrem Bestehen ist dieser langsam mit kleinen, aus den jeweiligen Verhältnissen erklärenden Unterbrechungen gestiegen; während er im Jahre 1891/2: 120 175 M., 1892/3: 144 069 M., 1893/4: 140 237 M., 1894/5: 148 444 M., 1895/6: 133 450 M., 1896/7: 136 256 M., 1897/8: 136 726 M., 1898/9: 176 017 M., 1899/00: 183 366 M. betrug, beläuft er sich für 1900/01 auf 201 290 M. Diese Zahlen, die natürlich vom Wachstum und von der Entwicklung der Parteistärke abhängig sind, berechtigen aber auch zu dem Schlusse, daß die Buchhandlung ihre Hauptaufgabe: Verbreitung socialdemokratischer Agitations- und Aufklärungsschriften nach Möglichkeit zu erfüllen bestrebt war. Daß sie daneben auch in der Lage war, der Parteikasse für allgemeine Agitationszwecke Barmittel aus ihren Ueberschüssen zur Verfügung zu stellen, ergibt sich aus nachstehender Zusammenstellung: 1893 konnte die Buchhandlung zum erstenmal 6000 M. zur Verfügung stellen, 1894 abermals 6000 M., 1895: 17 000 M., 1896: 11 000 M., 1897: 10 000 M., 1898: 19 000 M., 1899: 21 000 M., 1900: 14 000 M. und für 1901: 20 000 M.

Die Romanbibliothek „In freien Stunden“, welche durch die freundliche Unterstützung der Parteipresse zu Anfang dieses Jahres einen erfreulichen Aufschwung nahm, erhält sich auf dem in den 5 Jahren ihres Bestehens gewonnenen Stande; das Bemühen, durch Herausgabe von Kunstblättern den künstlerischen Geschmack in den Arbeiterkreisen zu wecken und zu heben, wurde fortgesetzt in der Ausgabe einer prächtigen Kupfergravüre des berühmten Gemäldes von E. Delacroix: „Die Freiheit fährt das Volk“, das die französische Regierung nach der Juli-Revolution bekanntlich für die Gemäldegalerie im Louvre angekauft hatte.

Neue Agitationschriften wurden im letzten Jahre herausgegeben: Braun, Adolf: „Achtundachtzig“ (5000 Exemplare), Braun, Vilh.: „Frauenarbeit und Hauswirtschaft“, Eisner, Kurt: „Wilhelm Liebknecht“ (17 000 Exemplare) Göhre, Paul: „Die ein Partier Socialdemokrat wurde“ (400 000 Exemplare), Göch, Gustav: „Worte und Thaten des arbeiterfreundlichen Centrums“ (32 000 Exemplare), Kantsch, Karl: „Handelspolitik und Socialdemokratie“ (30 000 Exemplare). Die „Schweizer-Zeitung“ wurde in 80 000, die „Kommune“-Nummer in 112 000 und die Waizzeitung in 288 500 Exemplaren verbreitet. Der Arbeiter-Kotiz-Kalender erhöhte sich auf 27 000 Exemplare, der letztjährige parlamentarische Bericht wurde in 201 000 und die Chinapolitik-Vorlesung in 10 000 Exemplaren abgesetzt, das Münchener Parteitage-Protokoll in 33 000 und das Protokoll vom Internationalen Kongress in Paris in 4000 Exemplaren. Auch zwei neue socialistische Theaterstücke gelangten zur Ausgabe: „Der verlorene Sohn“ von Preczang und „Der erste Mann“ von Däumig. Von den Arbeiter-Ver sicherungsge setzen wurden nach den letzten Änderungen, und zwar nach Art des im Vorjahr mit Beifall aufgenommenen „Führer durch das Invaliditätsgesetz“, „Führer durch das Gewerbe-, das Bau- und das Forst- und Landwirtschafts-Unfallgesetz“ herausgegeben.

Auch von früheren Publikationen wurden neu-Auflagen veranstaltet: z. B. Brade: „Nieder mit den Socialdemokraten“ (18 000 Exemplare), Calver, „Arbeiter-Katechismus“ (5000 Exemplare), Marx: „Kommunistisches Manifest“ (2000 Exemplare), Parteiprogramm 7500, Organisation 10 500 Exemplare. Von unseren illustrierten März-, Mai-, Liebknecht- u. Postkarten wurden circa 70 000, sowie 2800 Fraktionsbilder abgesetzt.

Das Strafregister weist ersichtlich eine wesentliche Abnahme der Verurteilungen im allgemeinen und bei den Verurteilungen eine Abnahme in der Höhe der Freiheitsstrafen auf. Die Erscheinung darf als ein günstiges Zeichen für die Fortschritte der Erziehung der Genossen gedeutet werden. Die Mehrzahl der Verurteilungen entfällt auf Verleumdungsdelikte, begangen durch die Presse. Und die Endursache beruht fast jedesmal auf inkorrekt er Berichtserstattung. Wesentlich zu der eingetretenen Besserung in der beregten Richtung haben auch die Preschkommissionen beigetragen. Der Redacteur besand sich stets in fataler Lage, wenn ihm der Inhalt einer Korrespondenz nicht einwandfrei erschien und er selbst oder durch andere nicht in der Lage war, den Thatbestand feststellen zu können. Persönliche Feindschaften und Klagen und Beschwerden auf Konferenzen zu waren gang und gäbe. Das hat aufgehört. Die Beschwerte-Instanz, die durch die Genossen gewählte Preschkommission, entscheidet den Streitfall und bietet der Redaktion solchergestalt in vielen Fällen eine gute Rückendeckung. — Das diesjährige Strafregister stellt sich nach Monaten geordnet wie folgt: Erlaunt wurden im

Monat	Zuchthausstrafen		Gefängnisstrafen				Geldbuße
	Jahre	Monate	Jahre	Monate	Wochen	Tage	
August	—	—	1	6	4	—	1802
September	—	—	6	5	3	3	1136
Oktober	2	—	1	6	8	6	3273
November	—	—	2	6	5	—	2258
Dezember	—	—	1	9	3	—	1205
Januar	—	—	4	—	8	—	1945
Februar	—	—	1	—	2	—	743
März	—	—	9	8	5	—	1616
April	—	—	1	1	2	5	2940
Mai	—	—	1	2	3	2	3426
Juni	—	—	—	4	10	5	2472
Juli	—	—	1	—	7	2	3384
Zusammen	2	—	32	11	11	2	26 900

Partei genossen! Der Poltarif-Gesetzentwurf ist inzwischen in seinen wesentlichen Sähen bekannt geworden. Die Lebensmittel-Hölle erfahren nahezu eine Verdoppelung. Wird der Entwurf Gesetz, so wird in Verbindung mit den Wirkungen der eingeleiteten Krise die Ernährung der Arbeiterklasse auf das Niveau der Unterernährung herabgedrückt und damit den verheerenden Wirkungen des Hungers und Elends Thor und Thür geöffnet.

Die Krise und ihre Wirkungen werden noch verschärft durch die Vereitelung des Abschlusses langfristiger Handelsverträge. Das darf nicht geschehen. Die Arbeiterklasse allein besitzt die Kraft, den Raubzug der Vorkapitalisten zu vereiteln. Darum auf zur Agitation gegen den Vorkapitalisten! Genossen, agitirt in Versammlungen, durch die Presse, durch Verbreitung von Flugblättern, durch Sammlung von Unterschriften für die Petitionen.

Der aufzunehmende Kampf wird ein hartnäckiger, sich auf Monate ausdehnender sein, der den Zusammenstoß und die höchste Anspannung der Kräfte der Partei erfordert. Deshalb muß mit und neben der Agitation der Organisation die größte Pflege gewidmet werden.

Aber der Kampf ist auch ein ehrenvoller für die Partei. Ist die Socialdemokratie doch die einzige Partei, die den Vorkapitalisten Respekt einflößt.

Thue jeder Genosse in dem Kampf seine Schuldigkeit unter der Parole:

Nieder mit den Vorkapitalisten! Hoch die Socialdemokratie!

Die Wahl der Vertreter der Arbeiter im Reichs-Versicherungsamt.

Die ursprünglich für den 15. September d. J. in Aussicht genommenen Wahlen der Vertreter der Arbeiter im Reichs-Versicherungsamt haben bereits am 15. August begonnen. Das Mandat der jetzigen Vertreter läuft mit dem 31. Dezember d. J. ab.

Zu wählen sind von den Versicherten:
Für die Gewerbe: Zwei nichtständige Mitglieder und 48 Stellvertreter.

Für die Landwirtschaft: Zwei nichtständige Mitglieder und 48 Stellvertreter.

Für den Seemannsberuf: Zwei nichtständige Mitglieder und vier Stellvertreter.

Die Wahlen sind von den Weisigern der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung zu vollziehen und zwar wählen die Weisiger für Gewerbe, für Landwirtschaft und für den Seemannsberuf die respektiven Vertreter getrennt. Die Stimmen der Weisiger werden nicht einfach gezählt, sondern sie entsprechen der Zahl der Versicherten im Bezirke der Landes-Versicherungsanstalt. Die Versicherungsanstalt Berlin hat z. B. 432 644 Versicherte und 45 Schiedsgerichtsweisiger. Es entfallen somit auf jeden Weisiger dieser Anstalt 10 058 Stimmen. Die Landes-Versicherungsanstalt Thüringen zählt 295 935 Versicherte und hat in den dreizehn Schiedsgerichten 286 Weisiger, so daß jeder Weisiger 1034 Stimmen hat.

Das Reichs-Versicherungsamt verwendet die Stimnzettel an die Weisiger der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung. Diese haben die Namen derjenigen, welche sie wählen wollen, in den amtlichen Stimnzettel einzutragen und diesen in dem beigelegten Couvert dem Reichs-Versicherungsamt wieder zuzugleichen. Die Wahlhandlung soll sich zwar auf einen längeren Zeitraum (etwa vier Wochen) erstrecken; jedoch ist es wichtig, daß die Stimnzettel unverzüglich ausgefüllt und an das Reichs-Versicherungsamt wieder zurückgeschickt werden.

Unter den gewerkschaftlich organisierten Weisigern der Schiedsgerichte, sowie unter den Vertretern der Gewerkschaften haben Verhandlungen über geeignete Kandidaten für das Amt eines Vertreters im Reichs-Versicherungsamt stattgefunden und sind die folgenden Kandidatenlisten aufgestellt:

a) Für die Versicherten in den Gewerben:
Als erstes nichtständiges Mitglied:
Karl Gutfeld, Schlosser, Berlin, Wiesenstr. 27.

- Als Stellvertreter:
1. August Daehne, Maurer, Berlin, Pfingststr. 17.
 2. Wilhelm Gothausen, Eisenendreher, Düsseldorf Hüttenstr. 150.
 3. Hermann Proffig, Tischler, Breslau, Sonnenstr. 26.
 4. Konrad Wendler, Buchdrucker, Stuttgart, Mühlackerstr. 56.
 5. Georg Seig, Dreher, München, Ganghoferstr. 15.
 6. Eugen Simanowski, Maurer, Berlin, Hochstr. 46.
 7. Richard Jacob, Lagerist, Gerdorf-Zwidau 143e.
 8. Ferdinand Kiel, Wälder, Hannover, Friesenstr. 41.
 9. Ernst Brinke, Anapophysialkünstler, Oberhausen, Körnerstraße.
 10. E. Sellin, Zimmerer, Danzig, Al. Vädergasse 6.
 11. Heinrich Bürger, Buchhalter, Hamburg, Wollmannstr. 24.
 12. Otto Müller, Buchdrucker, Frankfurt a. d. O., Sonnenburgerstraße 59.
 13. Heinrich Erdmann, Zimmerer, Schwerin i. M., Hintenhof 12.
 14. A. Perrey, Schlosser, Königsberg i. Pr., Neutorgarten-Kirchengasse 8.
 15. L. Godapp, Brauer, Weisensee b. Berlin, Wörthstr. 13.
 16. Johann Bloch, Klaviermacher, Karlsruhe, Adlersstr. 34.
 17. Hermann Rudolf, Lithograph, Nürnberg, Richard Wagnerstr. 16.
 18. Georg Goppich, Former, Stettin-Bredow, Gustav Adolfsstr. 6.
 19. Wilhelm Lude, Weber, Reigersdorf, Reichshauptmannschaft Waagen.
 20. Louis Jacobowitz, Maler, Berlin, Gürtelstr. 32.
 21. Karl Bamberger, Installateur, Köln, Alte Wallgasse 43.
 22. Julius Weise, Mechaniker, Breslau, Mathiasstr. 110.
 23. Karl Heuber, Tischler, Ohligs b. Solingen, Gackhauserstraße.
 24. Wilhelm Dammer, Drechsler, Lübeck, Alster, 27.

Als zweites nichtständiges Mitglied:
Julius Fräßdorf, Töpfer, Dresden-Trachau, Leipzigerstr. 20.

- Als Stellvertreter:
1. Friedrich Stängelmaier, Tischler, Berlin, Grimmstr. 27.
 2. Karl Reifert, Former, Hannover, Füllierstr. 4a.
 3. Alwin Winter, Cigarrenfabrikant, Magdeburg, Johannesbergstr. 14.
 4. Robert Straube, Schmied, Chemnitz, Sonnenstr. 50.
 5. Otto Niesel, Buchdrucker, Leipzig-Sellerhausen, Edlischstr. 22.
 6. Hermann Fischer, Weber, Gera, Kallischerstr. 16.
 7. E. Lewin, Zimmerer, Kiel, Jungmannstr. 68.
 8. Carl Reintinger, Tischler, München, Zielandstr. 17, 3 Tr.
 9. Johann Bertel, Maurer, Nürnberg, Pfanderstr. 11.
 10. J. Götschel, Bergmann, Hansham, Oberbahren.
 11. Johann Jelsch, Fabrikarbeiter, Mainz, Stephanstr. 1 1/2a.
 12. Paul Leichhorn, Goldarbeiter, Pforzheim, Ober-Aue 14.
 13. Christian Hill, Zimmerer, Eilenach, Ehrenstr. 72.
 14. Bernhard Jost, Buchbinder, Berlin, Blumenstr. 61.
 15. August Antmann, Goldarbeiter, Hanau, Schützenstraße.
 16. August Roland, Maurer, Braunschweig, Weststr. 58.
 17. Rudolf Streda, Redakteur, Leipzig-Comenius, Langestr. 5.
 18. G. Wötcher, Zimmerer, Hamburg, Schumannstr. 33.
 19. Wilhelm Trompeter, Steinbruder, Frankfurt a. M., im Gewerkschaftshaus.
 20. Franz Mohr, Transportarbeiter, Rixdorf, Wilmannsstraße 10.
 21. Karl Hanschild, Steinseger, Neu-Weisensee, Friedrichstr. 12.
 22. Johann Peter Harings, Buchdrucker, Trier, Deutschstr. 26.
 23. C. Stehr, Zimmerer, Charlottenburg, Bismarckstr. 13.
 24. Kurt, Metzger, Reutlingen, bei Julius Göppinger, Lederfabrik.

b) Für die Versicherten in der Landwirtschaft:
Als erstes nichtständiges Mitglied:
Joseph Rothe, Mischwärter, Wartenberg bei Berlin.

- Als Stellvertreter:
1. Christian Meich, Holzhauer in Reutenburg (Württemberg).
 2. Anton Bruns, Landarbeiter in Barel.
 3. Hermann Richter, Landarbeiter in Lückendorf bei Zittau.
 4. Esbach, Arbeiter in Corbach in Waldeck.
 5. Theodor Wagenhaus, Hofmeister in Weimar, Friedensgasse 19.
 6. Heinrich Platt, Knecht beim Landwirt Troß, Gießen, Gensfeldheimerstraße.
 7. Albert Klauenberg, Landarbeiter in Droligen, Braunschweig.
 8. Heinrich Winkler, Feuerling in Schmer, Kreis Versenbrück.
 9. Ernst Schäfer, Landarbeiter in Rosenheim, Bezirk Waagen.
 10. Paul Kirck, Forstarbeiter in Münden, Landbergstraße 140/0.
 11. Franz Anton Teubner, Waldarbeiter in Eidenstedt.
 12. Friedrich Kemm, Weinbergarbeiter in Stuttgart-Karlsplatz, Laubenstraße.
 13. Franz Oswald Weber, Gärtner, Friesen, Bezirk Zwidau.
 14. Heinrich Deppe, Forstarbeiter in Iffezien, Gr. Lindenstr. 20.
 15. Wilhelm Schwarzen, Landarbeiter in Riddagshausen, Braunschweig.
 16. Theodor Red, Gärtner in Wibel in Hessen.
 17. Johann Regel, Waldarbeiter in Speyer, Kleine Winkel.
 18. Ernst Ulrich, Landarbeiter in Wendisch-Gamersdorf.
 19. August Klaffenbeck, Gärtner in Hamburg, Alsterdorferstr. 50.
 20. Wilhelm Hansen, Landarbeiter in Streeß bei Barel.
 21. August Köhler, Arbeiter in Weimar, Brühl 24.
 22. Alfons Klein, Gärtner in Ruppertsau bei Straßburg i. E., Kirchweg 3.

23. Wilhelm Roggott, Landarbeiter in Klein-Melkenhof, Kreis Mandow.
24. Heinrich Wilmemann, Fuhrknecht in Langelsheim, Braunschweig.
- Als zweites nichtständiges Mitglied:
Joseph Kuh, Holzjurist, Riefern bei Sforzheim.
- Als Stellvertreter:
1. Friedrich Ludwig, Nieselwärter in Bartenberg bei Berlin.
2. Heinrich Bedde, Fuhrknecht in Langelsheim (Braunschweig).
3. Karl Weizner, Waldarbeiter in Klöppel bei Dresden.
4. Adolf Dürr, Landarbeiter in Rönstadt (Hessen).
5. Christian Niese, Arbeiter in Magdeburg, Zimmermannstr. 7.
6. Friedrich Bornemann, Kutscher in Göttingen, Lange Geismarstraße 61.
7. F. Rodenhauer, Arbeiter in Corbach in Waldeck.
8. Johann Garbes, Landarbeiter in Dangastermoor bei Varel.
9. Paasch, Arbeiter in Schleswig, Annettenhöhe.
10. Jürgen Wiegmann, Forstarbeiter in Uelzen, Vergstr. 8.
11. O. Schmidt, Arbeiter in Grebenstein, Kreis Hofgeismar.
12. Friedrich Reizer, Forstarbeiter in Stuttgart-Karlsvorstadt.
13. G. Nied, Gärtner in Lübeck, Israelsdorfer Allee 24.
14. Friedrich Hahn, Landarbeiter in Sonneborn (Gotha).
15. Heinrich Schönebaum, Kutscher in Blankenburg am Harz.
16. Heller, Gärtner in Dresden, Sannorstr. 51.
17. Hermann Greinke, Nieselwärter in Bartenberg b. Berlin.
18. Heinrich Rösch, Landarbeiter in Thiede b. Braunschweig.
19. Wilhelm König, Arbeiter in Uelzen, Hambroderstr. 6.
20. Hermann Rastow, Arbeiter in Magdeburg, Hordsdorferstr. 4.
21. Weder, Gärtner in Strehlen-Dresden.
22. August Bomberg, Landarbeiter in Langelsheim (Braunschweig).
23. Paul Staube, Gärtner in Raubogast, Leubenerstr. 9.
24. Peter Fall, Gärtner in Colmar i. C., Schädelgasse 11.

c) Für die Versicherten im Seemannsberuf.

Als erstes nichtständiges Mitglied:
Paul Müller, früher Matrose, jetzt Verwaltungsbeamter, Hamburg, St. Pauli, Hafenstr. 116, I.

Als Stellvertreter:
1. Reinhold Müller, früher Matrose, jetzt Bureauarbeiter, Stettin, Al. Oberstr. 10, part.
2. Fr. Waad, früher Schiffsoch, jetzt Verwaltungsbeamter, Flensburg, Schiffstraße 61, part.

Als zweites nichtständiges Mitglied:
Albert Störmer, früher Kapitän, jetzt Bureauarbeiter, Altona, Friedensstraße 34, I.

Als Stellvertreter:
1. Georg Gärner, früher Heizer, jetzt Verwaltungsbeamter, Bremen, Korfstraße 11.
2. Konrad Engels, früher Matrose, jetzt Werftarbeiter, Lübeck, Paulstraße 17a.

Diese Kandidatenlisten sind mit einem entsprechenden Anschreiben an die Vorsitzenden der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung gesandt worden.

Wir eruchen die Vorsitzenden nunmehr dringend, den von den organisierten Arbeitern in Vorschlag Gebrachten ihre Stimme zu geben und die in den Listen enthaltenen Namen in den Stimmzettel, welchen sie vom Reichs-Versicherungsamt erhalten haben, einzutragen. Die für die Gewerbe vorgeschlagenen Kandidaten haben zum Teil schon als Vertreter im Reichs-Versicherungsamt oder in ähnlichen Stellen und im allgemeinen den Beweis geliefert, daß sie die Interessen der Versicherten mit Energie und Umsicht zu vertreten gewillt sind und vertreten haben. Das letztere gilt auch für die Kandidaten aus dem Seemannsberuf.

Bei den gewerkschaftlich organisierten Vorsitzenden der Schiedsgerichte legen wir ohne weiteres voraus, daß sie nur den vorstehend Genannten ihre Stimme geben. Damit ist aber nicht genug getan. Die Vorsitzenden es sich zur Aufgabe machen, dafür zu sorgen, daß auch ihre Kollegen, welche den gewerkschaftlichen Organisationen fernstehen, das Gleiche thun. Sie müssen diese ihre Kollegen persönlich aufsuchen und sie darauf aufmerksam machen, daß sie sich selbst und den gesamten Versicherten einen Dienst erweisen, wenn sie den von der Arbeiterschaft vorgeschlagenen Kandidaten ihre Stimme geben.

Wenn die organisierten Vorsitzenden ihre Pflicht erfüllen, wenn ferner auch seitens der Gewerkschaftskartelle der Sache genügende Aufmerksamkeit gewidmet wird, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß die Genannten als Vertreter der Arbeiter im Reichs-Versicherungsamt gewählt werden.

Für die Landwirtschaft sind bisher die Vertreter im Reichs-Versicherungsamt von den Landes-Centralbehörden ernannt worden. Es ist das erste Mal, daß hier eine Wahl durch die Versicherten resp. deren Vertreter stattfindet.

Auch die aus der Landwirtschaft in Vorschlag Gebrachten werden die Eigenschaften aufweisen, welche die Versicherten von ihren Vertretern zu fordern berechtigt sind. Es muß also auch hier dahingewirkt werden, daß die der Landwirtschaft angehörenden Vorsitzenden der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung den in Vorschlag Gebrachten ihre Stimme geben.

Wir glauben die bestimmte Erwartung aussprechen zu können, daß in den nächsten Tagen alle Beteiligten in ausreichendem Maße ihre Pflicht thun und im Interesse der gesamten Arbeiterschaft dahin wirken, daß diese in den vorgeschlagenen Kandidaten die geeigneten Vertreter im Reichs-Versicherungsamt erhält.

Hamburg, den 16. August 1901.
Die Generalkommission
der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Reichstags-Wahlkreis Niederbarnim.

Am Sonnabend, den 31. August, abends präcise 8 Uhr, findet in Rummelsburg im Lokale des Herrn Jiebarth, Hauptstraße 89, eine Kreis-Konferenz für den Kreis Niederbarnim statt.

Als Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Der Provinzial-Parteitag für Brandenburg. Referent: G. Freiwaldt-Bantow.
2. Anträge und Wahl von Delegierten.
3. Der Parteitag zu Lübeck. Referent: Arthur Stadthagen.
4. Anträge hierzu und Wahl von Delegierten.
5. Lokalfrage.
6. Verschiedenes.

An die Genossen der einzelnen Bezirke ergeht das Ersuchen, umgekehrt die Wahl der Delegierten zu dieser Konferenz vorzunehmen, sowie zu den einzelnen, zur Verhandlung stehenden Punkten der Tagesordnung Stellung zu nehmen.

Der Kreis-Vertrauensmann:
Adolf Garg, Kreis-Vertrauensmann, Lehderstr. 5.

Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Arminshallen, Kommandantenstraße 20, eine öffentliche Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: Stellung zum Lübecker Parteitag und Wahl von Delegierten. Um zahlreiches Erscheinen erucht

Die Vertrauensperson.

Der fünfte Reichstags-Wahlkreis hält die Versammlung, in welcher die Delegiertenwahlen etc. auf der Tagesordnung stehen, am Donnerstag, den 22. August, im Alten Schützenhause, Liniensstraße 5, ab.

Wie's gemacht wird. Zur Lokalfrage in Tempelhof sei hierdurch den Parteigenossen mitgeteilt, daß der Gastwirt Hollwieg, Berlinstr. 90, welcher sein Lokal der organisierten Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt hat, jetzt Mahregelungen vom Amts-vorsteher zu erdulden hat. Ersücht ist der Wirt auf die niedrigste Polizeistunde gesetzt und jetzt ist ihm auch die Konzession entzogen worden. Es sollte Sonnabend ein

Sommernachts-Ball bei ihm stattfinden, der polizeilicherseits nicht genehmigt wurde. Arbeiter, Parteigenossen! Unterstützt den Wirt nach besten Kräften, damit er den Schaden durch unfern Zutpruch ersetzt erhält. J. A. für die Lokalkommission: A. Thiel, Tempelhof, Friedrich-Wilhelmstr. 17.

Nichtenberg-Friedrichsberg. Die Mitglieder des Wahlvereins besichtigen Sonntag das Wasserwerk und die Kläranlage. Der Treffpunkt ist früh 7 Uhr bei Karl Schulz, Prinzen-Allee 6.

Friedrichsfelde. Sonntag wird am Ort ein Flugbatt gegen den Brotwucher verbreitet. Die Parteigenossen werden ersucht, sich morgens 7 Uhr zahlreich bei Lohse, Luisenstr. 20, einzufinden. Dienstag hält der Wahlverein bei Haberland seine regelmäßige Versammlung ab, in der die Delegiertenwahlen vorgenommen werden und ein Vortrag über die Errichtung des Gewerbegerichts am Ort auf Tagesordnung steht.

Oranienburg. Am Sonntag, den 18. August, findet in Röllers Lokal zu Sandhausen bei Oranienburg ein von den dortigen Parteigenossen veranstaltetes Volksfest statt. Die Genossen werden ersucht, diese Veranstaltung durch Teilnahme an derselben zu unterstützen. Der Kreis-Vertrauensmann: Adolf Garg, Neu-Weißensee, Lehderstr. 5.

Lokales.

Zur Bürgermeisterfrage bringt das „Berl. Tgl.“ eine Mitteilung, welche den freisinnigen Mannesmut wieder einmal lieblich illustriert. Das Blatt schreibt:

„Obwohl unsre Stadtbücher noch in den Fesseln der Parteien liegen, wird in städtischen Kreisen die Frage der Wiederwahl des nicht beständigen Stadtrats Kaufmann zum Bürgermeister von Berlin lebhaft erörtert. Die Wiederwahl erscheint nach allem, was verlautet, durchaus gesichert, ja man glaubt annehmen zu dürfen, daß sie vielleicht mit Stimmeneinheitlichkeit, mindestens aber mit überwältigender Majorität erfolgen werde. Die Fraktion der Neuen Linken und die Fraktion Langenhan werden geschlossen für Herrn Kaufmann stimmen, ebenso die Socialdemokraten. Auch die Fraktion Spinola dürfte diesem Beispielen folgen, jedenfalls gebenden diejenigen Mitglieder dieser Partei, welche Herrn Kaufmann ihre Stimme nicht geben möchten, bei der Wahl sich mit weißen Zetteln zu betheiligen, so daß die Wiederwahl ohne Widerspruch erfolgen dürfte. — Ob Stadtrat Kaufmann die Wiederwahl annehmen wird, das ist eine andre Frage, über welche die Meinungen geteilt sind. Einerseits meint man, daß Herr Kaufmann angesichts eines solchen Wohlwollens der Annahme sich nicht widersetzen können, andererseits ist man der Meinung, daß Herr Kaufmann sich an einer solchen ehrenvollen Vertrauens-Auszeichnung genügen lassen und die Wahl nicht annehmen werde.“

Die letztere Lösung der Bürgermeisterfrage wäre entschieden die freisinnigste. Sie würde den Mannesstolz vor Königs-Thronen in schöner bengalischer Beleuchtung zeigen und doch nichts kosten, am Ende sogar dem Hof eine heitere als Wohlwollen auszuwendende Stimmung abnützen. Um sich aber auf alle Fälle zu sichern, sollten sich die Herren Liberalen von Herrn Kaufmann das verbindende schriftliche Versprechen geben lassen, daß er sich mit der „ehrenvollen Vertrauens-Auszeichnung“ begnügen und die unentwegte Hausbesitzer-Mehrheit auf keinen Fall ein zweites Mal in Verlegenheit bringen werde.

Der Redacteur Keller vom „Berliner Tageblatt“, dessen Tod gestern gemeldet wurde, stand, wie wir mitteilen können, untrer Partei sehr nahe und hat in jungen Jahren ein schweres Opfer für die Sache des Proletariats bringen müssen. Keller war 1877 nämlich Redacteur des ersten socialdemokratischen Organs in Breslau, der „Wahrheit“. Als er bald nach Uebernahme der Redaktion wegen eines angeblich moresitätsbeleidigenden Artikels zu hoher Gefängnisstrafe verurteilt worden war, flüchtete er nach Oesterreich. Die preussische Regierung verlangte die Auslieferung des Flüchtlings, doch mußte dieser Antrag der Form nach abgelehnt werden, da sich selbst in den österreichischen Gesetzen keine rechtliche Grundlage fand, das preussische Vergehen zu erfüllen. Aber nur die Form war im Wege und über diesen nebensächlichen Stein des Anstoßes half die österreichische Regierung sich dadurch hinweg, daß sie Keller auswies und ihn per Schuß just nach der preussischen Grenze transportierte, wo er von den Gendarmen des vorher verständigten Bruderslandes sofort in Empfang genommen wurde. Keller mußte darauf die ihm auferlegte Strafe voll verbüßen. Der Fall erregte damals beträchtliches Aufsehen und führte selbst in der liberalen Presse zu eben nicht schmeichelhaften Betrachtungen über die socialistenfeindliche Großthat der beiden reaktionären Regierungen.

Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zur Beschlußfassung über die Grundzüge für die Berücksichtigung fremder Dienstzeit bei der Pensionierung und Rentnerversorgung von besoldeten Magistratsmitgliedern: „Die Stadtverordneten-Versammlung ist damit einverstanden, daß besoldete Magistratsmitglieder, die infolge ihrer Versetzung in den Magistrat zu Berlin aus einer anderweitigen, pensionsberechtigten Stellung im Dienste des Reiches, des Staates usw. ausgeschieden sind, im Fall ihrer Versetzung in den Ruhestand so lange, bis sie als Mitglieder des Magistrats von Berlin eine gleiche hohe oder höhere Pension erdient haben, Pension in Höhe des in ihrer früheren Stellung schon erdient gewesenen, infolge ihrer Versetzung ausgegebenen Pensionsanspruch erhalten und daß eine Pension in dieser Höhe auch der Rentnerversorgung solcher Magistratsmitglieder zu Grunde gelegt wird. Die Versammlung ist ferner damit einverstanden, daß dieser Beschluß auch auf die gegenwärtigen Mitglieder des Magistrats Anwendung findet.“

Die Klagen über die „Große“ wollen nicht verstummen. Allgemein führt man Beschwerde über die unzulängliche Verkehrsgelegenheit. Diese ist in ganz beträchtlichem Maße auf die Profitwut der Verwaltung zurückzuführen, die, wie ein Richterhammer mittelst, den Grundsatzt festgelegt hat: „Jeder Wagen im Betriebe muß eine Einnahme von 90 Pf. pro Kilometer bringen.“ Die Erreichung dieser Summe ist natürlich nur möglich, wenn die Wagen stets besetzt sind, und um dieses Ziel zu erlangen, verfährt die Betriebsverwaltung dem Publikum gegenüber in der rücksichtslosesten Weise. Die seiner Zeit von der Aufsichtsbekörde angeordnete Einstellung von Einzellinien wird sehr vernachlässigt, ja man ist jetzt sogar dahin gekommen, den Betrieb einzuschränken. Auf der Linie Kreuzberg-Spittelmarkt-Gesundbrunnen kamen bisher den ganzen Tag Anhängenwagen zur Verwendung. Seit kurzem verkehren die Anhänger aber nur in den Morgenstunden, und obwohl allabendlich Hunderte von Personen zurückgewiesen werden müssen, führt die Gesellschaft den Anhängerverkehr nicht wieder ein. Auch auf der Linie Wrig-Kieder-Schönhausen sind die Verhältnisse äußerst trübsalig. Ein Betriebsinspektor hatte eines Tages Einschlagwagen verkehren lassen, aber da an diesem Tage zufällig der Verkehr etwas geringer war, brachten die Waggons nicht die üblichen „90 Pf.“ Der Erfolg war ein „Mißer“, den der Inspektor einsehen mußte, die Einschlagwagen fielen weg und jeden Abend werden 10-20 Personen an den einzelnen Haltestellen mit einem „Besetzt“ zurückgeschickt. Die Anhänger auf dieser Linie verkehrten früher bis zur Ringbahn in Nixdorf. Seit einigen Tagen werden sie aber nur bis zum Hermannplatz mitgeführt. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Verkehr nach Tegel und auf vielen anderen Linien. Auf der Strecke Landsberger Allee-Röllendorferplatz werden die Plätze an Sonntagen bis zum Zoologischen Garten durchgeföhrt. Am vergangenen Sonntag wurden viele Tausende von Ausflüglern bis zu diesem Punkt befördert. Abends um 1/7 Uhr an wurde die Linie aber wieder verkürzt, die Berliner konnten ja sehen, wie sie nach Hause kamen.

Zur Landestraver. Die Civil-Verurtheilten der Freien Vereinigung Berlins, die nahezu 300 Mitglieder stark ist, berechnen den ihnen durch die achtstägige Landestraver erwachsenen Schaden auf rund 6000 M. Der erste Vorsitzende, Schöner, hat an das Hofmarschallamt des Kaisers ein Gesuch gerichtet, aus lechtwilligen Verfügungen der Kaiserin Friedrich für wohltätige Zwecke die unverschuldet in schwere Bedrängnis geratenen Mitglieder schadlos zu halten. Die Antwort steht noch aus.

Wiederaufnahme-Vorfahren. Der Student S. wurde im Mai v. J. wegen Erregung öffentlichen Aergernisses durch unzüchtige Handlungen zu einem Jahre und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der 24jährige junge Mann liebte es, in der Nähe höherer Mädchenschulen Aufstellung zu nehmen und sich den jungen Mädchen in einer das Schamgefühl arg verletzenden Entblößung zu zeigen. Sieben solcher Fälle wurden ihm nachgewiesen und da es sich um Mädchen handelte, die schon soweit heranwachsend waren, daß sie in sittlicher Beziehung Schaden leiden konnten, so wurde auf das verhältnismäßig hohe Strafmaß erkannt. Seit Mitte v. J. verbüßt der junge Mann seine Strafe. Jetzt ist es seiner Mutter gelungen, das Wiederaufnahme-Verfahren durchzuführen. Die Strafkammer hat den bezüglichen Antrag zwar abgelehnt, auf die eingelegte Beschwerde hin hat aber das Kammergericht die Wiederaufnahme angeordnet. Der Antrag stützt sich auf die Behauptung, daß der junge Mann geisteskrank sei. Als Beweis dafür wird angeführt, daß ein älterer Bruder des Verurteilten derselben Leidenschaft fröhnte, aber nicht verurteilt wurde, weil man bei ihm Geisteskrankheit konstatierte. Daß der Verurteilte geisteskrank sei, wurde schon in der ersten Verhandlung behauptet, der Gerichtshof hielt denselben aber nur hochgradig nervös, nicht aber für unzurechnungsfähig. Zu der neuen Verhandlung soll außer den früher gehörten psychiatrischen Sachverständigen noch Professor Dr. Mendel geladen werden.

Die bekannte Versicherungsgesellschaft „Victoria“ sendet uns eine Zuschrift, in der sie das hier kolportierte Gerücht, daß sie bankrott sei, für durchaus unwarhaft erklärt. Ihre finanzielle Lage sei so befriedigend, wie es nur gewünscht werden könne.

Bankbeamten-Cleud. An dem gestrigen Kündigungstermin für die Handelswelt ist, wie der „Vollst.“ berichtet wird, 150 Angestellten der Breslauer Diskontobank gefündigt worden. Nur etwa 60 von den in den hiesigen Zweigstellen Beschäftigten bleiben bis auf weiteres in ihren Stellungen, um die infolge der „Sanierung“ durch die Berliner Handelsgesellschaft erforderlichen Arbeiten zu erledigen. Es handelt sich diesmal vorwiegend um Schlesier, die vor 2 bis 3 Jahren aus ihrer Heimat nach Berlin übergesiedelt sind und jetzt, zumal angesichts der gegenwärtig unzulässigen Lage im Vaterlande, einer traurigen Zukunft entgegensehen.

Eine tragische Familienscene spielte sich vorgestern, abends um 9 1/2 Uhr, in dem Hause Langestr. 60 ab. Dort wohnt im dritten Stock des Vorderhauses das Stellmacher Mängerle Ehepaar, das einen 17jährigen Sohn hatte. Der alte Mängerle ist bei der Ostbahn beschäftigt und, wie seine Frau, gut beleumdet. Sein Sohn war zunächst bei einem Barbier in der Lehre. Da er aber einer strengeren Aufsicht bedurfte, ließ ihn der Vater, um ihn abends mehr in seiner Nähe zu haben, das Gürtlerhandwerk erlernen, weil hier zeitiger Feierabend gemacht wird. Seit drei Jahren lernte der junge Mann bei Jäger in der Kaiserstraße. Im Laufe des gestrigen Tags teilte man seinem Vater mit, daß er nicht in das Geschäft gegangen sei, sondern sich mit mehreren gleichaltrigen Burschen am Ostbahnhof herumtrieb. Mängerle stellte daher seinen Sohn, als er abends um 9 Uhr nach Hause kam, zur Rede. Seine Frage, ob er im Geschäft gewesen sei, bejahte er zunächst, dann gab er aber zu, die Unwahrheit gesagt zu haben, und erklärte sein Wegbleiben damit, daß er in der Werkstatt etwas beschädigt und deshalb Furcht vor Strafe habe. Mängerle wollte nun seinen Sohn für die Unwahrhaftigkeit bestrafen und holte einen Stock. Da trat aber die Mutter für den Sohn ein und demüthigte sich, ihrem Manne den Stock zu entreißen. Diesen Gwist der Eltern bemerzte der Sohn, um ans Fenster zu eilen und sich auf den Bürgersteig hinabzulürzen, auf dem er mit geräuschtem Schadel liegen blieb. Eine Frau, vor deren Füßen er niederfiel, sank vor Schreck ohnmächtig neben ihm nieder, nahm aber sonst keinen Schaden. Während die Mutter laut jammerte und schrie, eilte der Vater weinend die Treppe hinunter, hob den schwerverletzten Sohn auf und trug ihn auf seinen Armen in die Wohnung hinauf. Obwohl gleich zwei Aerzte zur Stelle waren, starb der junge Mann schon nach kurzer Zeit.

Zur Verhaftung des Bankiers Opyk wird berichtet, daß bereits vor langer Zeit die Polizeibekörde ein Verfahren gegen ihn eingeleitet hatte, durch welches ihm die Verurteilung abgesprochen werden sollte, Geschäfte als Makler für Hypotheken und Grundstücke zu machen. In dieser Sache stand bereits im Mai v. J. Termin beim Bezirksauschuss an, von welchem dem Antrage der Polizeibekörde stattgegeben wurde. Aufschlaggebend für das Urteil waren die Vorklagen des Bankiers, die er wegen Urkundenfälschung, Betrugs usw. erlitten hatte. Interessant ist, daß Opyk im damaligen Termin sein Einkommen auf 300 000 M. jährlich angab, was ihm die Richter jedoch nicht glaubten. Der Bankier legte gegen das Urteil Berufung ein, und die Sache schwebt zur Zeit noch beim Ober-Verwaltungsgericht.

Arbeiterkrise im Reiche des Herrn Thiesen. Zwischen zwei Buffeten requiriert wurde auf dem Anhalter Güterbahnhofe der 50 Jahre alte Wagenwäcker Friedrich Jahn aus der Kagbachstr. 17. Jahn, der seit einem Jahre als Wäcker beschäftigt war, während seine Frau ein Mehl- und Vorlofgeschäft betreibt, befand sich in einem Wagenschuppen als sechs Wagen eines D-Zuges eingeschoben wurden. Als er zwischen dem letzten Wagen und dem Freiloch über das Geleise hinweggehen wollte, warnte ihn der Rangiermeister und rief ihm noch zu, er möge sich vorsehen. Im selben Augenblick war aber das Anflug schon geschehen. Die Wagen wurden in Bewegung gesetzt und Jahn zwischen den Buffeten des letzten Wagens und des Freilochs requiriert, so daß er auf der Stelle tot liegen blieb. Der Verunglückte, dessen Leiche befehlsgemäß wurde, hinterläßt seine Frau mit einem 17jährigen Sohne.

Eine traurige Gewöhnheit hat jetzt infolge eines Slettel-falles im Walde bei Zobten ein Berliner Einwohner über das Schicksal eines lange vermißten Bruders erhalten. Im Juni v. J. reiste der 20 Jahre alte Feiler Ferdinand Rast, dessen Bruder in Berlin wohnt, während die Mutter in Westpreußen lebt, von Königsberg nach Breslau und erbat sich von dort aus von seiner Mutter schriftlich eine Unterföhung, da er in schlechte Gesellschaft geraten sei und in ihr sein Geld verloren habe. Die Mutter schickte ihm 60 M. und erhielt von ihrem Sohne aus Zobten ein Dankschreiben, in dem er ihr versprochen, daß er die Gesellschaft meiden werde. Seitdem fehlte von dem jungen Manne jede Spur. Jetzt ist nun im Walde bei Zobten ein Slettel gefunden worden. Anfangs glaubte man, daß es sich hierbei um einen Feiler ging handle. Karten, die man in der Kleidung fand, schienen das zu bezeugen. Es ergab sich aber, daß man in dem Slettel die Ueberreste des verschwindenen Rast gefunden hatte. Der Schadel wies am Hinterkopf vier Schußöffnungen auf, so daß man annehmen muß, daß Rast einem Verbrecher zum Opfer gefallen ist. Die Nachforschungen richteten sich auf die Ermittlung jener Gesellschaft, in der der junge Mann damals verkehrte; denn wahrscheinlich haben ihn seine Begleiter aus jener Zeit auf dem Wege durch den Wald übergeschoffen und beraubt. Das Handwerkszeug des Ermordeten hat man nicht gefunden, dagegen einen Ueberzieher, den er in einem Gasthof in Zobten zurückgelassen hatte.

Verunglückter Automobilfahrer. Ein schwerer Unfall hat sich vorgestern nachmittag in der Heinersdorferstraße zugetragen. Ein Automobilist, der mit seiner Maschine von der Prenzlauer Allee kommend die abschüssige Heinersdorferstraße passierte, wurde von einem Hund verfolgt, der den Kraftwagen anstellte. Der Führer wollte das Tier verschrecken und sah sich nach demselben um, wobei er unwillkürlich mit der linken Hand das Steuerrad drehte. Infolgedessen nahm die Automobile eine andre Fahrtrichtung und jagte

gegen einen mit Eisenstangen beladenen Lastwagen mit solcher Gewalt an, daß sie umfiel und der Fahrer unter den Lastwagen geschnitten wurde. Er erlitt eine schwere Kopfverletzung und mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden.

Ein Opfer grober Fahrlässigkeit ist, wie uns von gewerkschaftlicher Seite mitgeteilt wird, der Maurer Alex Deubert geworden. Er war auf dem Neubau Prinz Eugenstraße 7 beim Unternehmers Erg beschäftigt. Um in die Baubude zu gelangen, mußten die Arbeiter eine schmale, von einer Leiter hergestellte Brücke passieren, die über einen mehrere Meter breiten und tiefen Schacht führte. Als nun, nachdem der Polier des Baues Feierabend geboten hatte, mehrere Maurer sich auf der Brücke befanden, brach diese plötzlich zusammen und vier Mann stürzten in die Tiefe. Während drei Mann mit leichten Verletzungen davonkamen, wurde bei Deubert auf der nächsten Unfallstation ein Rippenbruch konstatiert. Die Fahrlässigkeit liegt darin, daß die Leitern, die die Brücke bildeten, nicht breit genug und nicht genügend gestützt waren. Ein Geländer war ebenfalls nicht vorhanden.

Strasenspernung. Die Straße hinter der katholischen Kirche von der Französischenstraße bis zum Opernplatz wird befrucht durchgeführt der Arbeiten für die unterirdische Stromzuführung der elektrischen Straßenbahn von heute ab bis auf weiteres für Fußgänger und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Freitagvormittag brannte auf dem Schlesischen Güterbahnhof ein Wagen Pechlohlen. Auch Blumenhollstr. 13 und Suttmanstr. 17 waren Pechlohlenbrände zu beseitigen. Jägerstraße 63 hatte ein elektrisch betriebenes Klavier Feuer gefangen. Infolge einer kleinen Spiritusdetonation erfolgte ein Alarm nach Reichenbergerstr. 115. Personen wurden nicht verletzt, auch ist der vermischte Schaden unerheblich. Linienstr. 2 hatten Gardinen und Möbel Feuer gefangen, während Maxime nach Reinickendorferstr. 18, Engelsufer 8 und Hufschmiedstr. 34 auf blinden Lärm zurückzuführen waren. Bei dem starken Gewitter, das in der Nacht zum Freitag über Berlin zog, schlug der Blitz in der Lindenstraße und Charlottenstraße in die Masten der elektrischen Straßenbahn, ohne indes dabei besonderen Schaden anzurichten.

Auf der Treptower Sternwarte wird Sonntag, den 18. August, nachmittags 5 Uhr, Direktor Archenhold in einem Vortrag „Kometen und Sternschnuppen“ über die Resultate der diesjährigen Perseidenbeobachtung und über den sichtbar gewordenen Endeischen Komet, unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder sprechen. Das Thema des Vortrages lautet: „Die Beobachtbarkeit der Welten.“

Im Festsaal der „Internationalen Ausstellung für Feuerschutz und Rettungswesen“ hält heute abend 7 1/2 Uhr Herr Berchering-Director Bogatz einen Vortrag über die Pflicht und die Verantwortlichkeit der Bevölkerung bei Feuerschutz und Rettungswesen.

Aus den Nachbarorten.

Eine Eingemeindung unseres Vorortes Wilmerdorf in Charlottenburg soll geplant sein. Gegen diesen Gedanken wendet sich der Grundbesitzerverein von Wilmerdorf mit lebhafter Entrüstung. Der Grund des Straubens liegt in der Befürchtung, daß die Besitzenden stärker zu den Steuerlasten herangezogen werden könnten, da in Wilmerdorf zur Zeit nur 90 Proz. Grundbesitzer-Zustieg gefordert wird, während die Charlottenburger Einwohner 100 Proz. zahlen. In einer Versammlung der Wilmerdorfer Rotablen, die belamlich vornehmlich durch den Grundbesitzreicher geworden

sind, hielt es, man bedanke sich dafür, die Armenlasten für das Charlottenburger Proletariat zu übernehmen; das könne Charlottenburg gefallen, einen so fetten Willen wie Wilmerdorf zu schänden. Schließlich war von einer Protestbewegung und von Einreichung einer Denkschrift an den Minister des Innern die Rede.

Wir meinen, daß die Frage der Eingemeindung sehr wohl der Erwägung wert ist. Abgesehen davon, daß jede Zusammenziehung der Vororte mit städtischem Charakter einen Schritt näher zu dem trotz aller bürokratischen Hindernisse unvermeidlichen Groß-Berlin bedeutet, stehen gerade Charlottenburg und Wilmerdorf in so enger kommunaler Verbindung mit einander, daß beide Orte durch eine Eingemeindung nur gewinnen könnten, und für Wilmerdorf die etwa eintretende Erhöhung des Steuerzuschlags durch die kommunalpolitischen Vorteile der Stadtverbindung wohl ausgeglichen würde.

Noch eine Folge der Landestrainer. Mit Rücksicht auf die Landestrainer ist das Knappschaftsfest in Radersdorf, das nächsten Sonntag stattfinden sollte, auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Es wird erst nach Beendigung der Landestrainer stattfinden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 18. August, vormittags 8 1/2 Uhr in der Aula der 69. Gemeindegasse, Kleine Franzfurterstr. 6: Versammlung. „Freireligiöse Versammlung.“ — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Ist die Welt Chaos oder Kosmos?“ Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Klavier-Harmonium. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 2. 20). Mitglieder-Versammlungen am Sonnabend: Filiale Berlin 3. 8 1/2 Uhr, bei Bergener, Reichenbergerstr. 157. — Filiale Berlin 4. 9 Uhr bei Wille, Andreasstr. 23. — Filiale Berlin 5. 9 Uhr bei Koplin, Postfängerstr. 68.

Vermishtes.

Ein Bürgermeister vom Polizisten verprügelt. Die „Allend. Zeitung“ bringt folgende Aufsehen erregende Meldung: „Herrn Bürgermeister Hermann von hier ist bei einer Reise nach der Insel Rügen, wo er seinen Urlaub zubringen gedachte, in der Nacht zum Montag in Stettin bedauerlicherweise ein unangenehmes Vorkommnis passiert. Scheinbar wegen Differenzen mit einem dortigen Polizisten wurde Herr Bürgermeister Hermann von der Schutzmannschaft zu Stettin mittels festgeschraubter Handfesseln gefesselt und Polizeigewaltfam genommen, auch wurde er durch Faustschläge mißhandelt. Herr Bürgermeister Hermann konnte sich der Schutzmannschaft gegenüber genügend legitimieren, trotzdem hat ihn dieselbe bis Montagmittag 12 Uhr in Polizeigewaltfam gehalten. Gegen den betreffenden Schutzmann, der sich einer unglücklichen Instruktionsverletzung schuldig gemacht hat, ist bereits das Strafverfahren eingeleitet worden.“

Der Bürgermeister laum von Glück sagen, daß das Strafverfahren gegen den prügelnden Polizisten und nicht gegen ihn eingeleitet worden ist. Die zahlreiche Gerichtsverhandlungen ergeben haben, waren andre Staatsbürger in ähnlichen Fällen weit weniger glücklich. Ist der Verprügelte somit noch relativ gelinde davon gekommen, so laum auch die Öffentlichkeit bei allem persönlichen Bedauern über die dem Stadtoberhaupt widerfahrne Unbill mit einer gewissen Genugtuung auf den fatalen Vorfall blicken. Denn bei Betrachtung der bekannnten Polizei-Ausbreitungen in Preußen-Deutschland laum man laum anders als zu der pessimistischen Anschauung kommen, daß eine Verringerung erst eintritt, wenn ver-

sehtlich“ recht viele Bürgermeister und andre Standespersonen polizeilich verprügelt sind. Der öffentlichen Sicherheit wäre daher sehr gebient, wenn schmerzliche Vorfälle ähnlicher Art sich bei passender Gelegenheit wiederholten.

Kampf für Ordnung, Religion und Ethik. Ueber ein tödlich verlaufenes Pistolenduell meldet ein Telegramm aus Leipzig: Im Walde bei Leutzsch fand heute früh ein Pistolenduell statt zwischen Rechtsanwalt Dr. Breit von hier und stud. jur. Richard Kottin ger aus Stuttgart. Letzterer wurde durch einen Schuß so schwer verletzt, daß er sofort in ein Krankenhaus überführt werden mußte. Inwieweit er nach kurzer Zeit verstarb. Dr. Breit hat sich selbst der Behörde gestellt. Ueber die Veranlassung zum Duell ist nichts bekannt geworden.

Durch eine Feuerbrunst wurden in Kleinenberg bei Badernborn zwanzig Wohnhäuser eingäschert. Der Brand dauert noch fort.

In Weiskammer ist vorgestern durch eine Petroleumexplosion ein Geschäftsladen ausgebrannt, wobei zwei Frauen und zwei Kinder lebensgefährliche Brandwunden davongetragen haben. Das eine Kind ist den Verletzungen nach kurzer Zeit erlegen.

In Elboda wütete ein furchtbarer Brand. Zahlreiche Häuser wurden eingäschert; fünf Personen sind in den Flammen umgekommen.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 17. August 1901. Ein wenig kühler bei schwachen westlichen Winden und abnehmender Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstags und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Berr. Sie müssen sich an das Ständemittel 9, Kronprinzenstr. 20, wenden. Die Ausfertigung der Urkunde kostet 50 Pf., doch können Sie das Schriftstück auch unter Rücksichtnahme zugesandt erhalten.

W. B. 121. 1. Rein, da durch die Verleumdungen Entlassungsgrund gegeben war. 2. Ja. 3. Rein.

W. B. 88. Stelmau in Derselben ist ein Flecken mit 1145 Einwohnern, dabei liegt Dorf Stelmau mit 701 Einwohnern.

Billard 26. 27. Dreimal so viel, denn 3 x 20 = 60.

Streitende 21. Ueber die Frage der Rechtsgültigkeit des Bundes-traner-Reglements vom 7. Oktober 1797 ist ja wiederholt ausführlich im „Vorwärts“ geschrieben. Das Reglement ist in den Rechtsbüchern vom 9. 6. 1840 und 28. November 1846 als gültig anerkannt und ist beim Ableben der Königin Elisabeth 1873, des Kaisers Friedrich 1888 und der Kaiserin Augusta 1890 als gültig erachtet; im ersten Fall wurden auf 8 Tage, in den beiden andern Fällen auf 2 Tage nach der Befestigung Tausch verboten. — S. 2. 57. Es würden nur die Kinder erben. — H. B. 3. 1. 1. Ja. 2. Rein. — S. 3. 72. 1. Die geringfügige Bestrafung rechtfertigt nicht die Annahme, daß Sie das Gewerbe zur Förderung der Volkerei, des verbotenen Spiels, der Hebelerei oder Unbilligkeit mißbrauchen werden. Es wird Ihnen also wohl die Konfession erteilt werden. Absolut sicher ist das freilich nicht. 2. Ihre Bestrafung liegt der Erteilung der Konfession an Ihre Frau nicht entgegen. — C. 2. 100. 1. Eine solche Stellung besteht leider nicht. 2. Ja. — H. B. 1000. 1. Ja. 2. Rein. — H. G., Andreasberg. Sie sind im Jernum. Die vorgelegte Behörde hat nicht das Recht, den Beamten zum Schwabensberg zu verurteilen. Eine solche Beurteilung laum nur im Wege der Klage erfolgen. Die Klage hat Aussicht auf Erfolg, wenn Sie nachweisen, daß den Beamten ein Verstoß zuzurechnen ist und daß durch das Verurteilen Ihnen Schaden erwachsen ist. In Ihrem Falle scheinen Sie es unterlassen zu haben, gleichseitig mit der Beschwerde einen Antrag auf Einstellung der Zwangsverhaftung zu stellen. Ist dem so, so laum Ihre Klage abgewiesen werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung. Theater. Sonnabend, den 17. August. Cyrenus, Geschlossen. Schauspielhaus, Geschlossen. Neues Opern-Theater (Kroll). Im Trionn-Theater: Lebende Leber. Anfang 8 Uhr. Im Garten: Täglich großes Konzert. Schiller (Morselt-Oper). Bar und Zimmermann. Anf. 7 1/2 Uhr. Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Don Juan. Anfang 8 Uhr. Festung, Geschlossen. Neidens, Geschlossen. Neues, Geschlossen. Westen. Theater Charibari (Cecilian-Brettel). Anfang 8 Uhr. Secretionsbühne. Neues Theater: Ueberbrettel. Anf. 8 Uhr. Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr. Thalia, Geschlossen. Carl Weiß. Talolo. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelm-Städtisches. Der Riesenbaron. Anfang 8 Uhr. Im Park: Großes Doppelkonzert und Spezialitäten. Belle-Alliance. Früh Reiter Anfang 8 Uhr. Im Garten: Großes Gartenkonzert und „Aufsitzes Brettel“. Anfang 8 Uhr. Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. Damen-Kampfe. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr. Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Urania. Laubstr. 48/49. (Im Theateraal). Abends 8 Uhr: „Aus dem Tagebuch der Erde“. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Edyler-Theater (Wagner-Theater). Moritz-Oper. Vorletzte Operwoche! Sonnabendabend 7 1/2 Uhr: Bei halben und ermäßigten Preisen zum letztenmale: Zar und Zimmermann. Rom. Oper in 3 Akten von Borjng. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Vorletzte Sonntagausführung. Zum letztenmale u. bei halben Preisen: Joseph in Egypten. Große Oper in 3 Akten von Böhm. Abends 7 1/2 Uhr: Oberon, König der Elfen. Große romantische Beem-Oper in 3 Akten von Carl Maria von Weber. Montagabend 7 1/2 Uhr: Vorletztes Gastspiel Heinrich Bötel. Der Troubadour.

Central-Theater. Heute Anfang 8 Uhr. Zum 721. Mal: Die Geisha. Operette in 3 Akten v. Sidney Jones. Morgen und folgende Tage: Die Geisha.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurtstr. 132. Direkt.: B. Zimmermann & Schramm. Lustspiel-Ensemble. Gastspiel von Frau Rosa Lid. Zum erstenmale: Talolo (Samoanisches Liebesverben). Schwanke in 3 Akten von Ad. Kurlch und Victor Vanrenren. Regie Jos. Dill. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Voranzeige! Sonnabend, den 1. September: Eröffnung der Winter-Saison unter Direktion Carl Weiß. Kultur. des neugestalteten Personals. Kapitäl! Zum 1. Male: Kapitäl! Berliner Rängen. Hr. Gesangsposse in 7 Bildern von G. Weber. Musik von Wicher. Im Garten: Sommernachtsfest. Täglich: Damen-Ringskampfe. Spezialitäten-Theater. 5 1/2 Uhr.

Puhlmanns Vaudeville-Theater. Schönhauser-Allee 148. Täglich: Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Nur Kräfte ersten Ranges. Großer Escherias! Wir Escherias! brauchen keine Männer mehr. Große Gastspielposse in 2 Akten von Gieseld. Anfang: Wochentags 4 Uhr. Sonntag 5 Uhr. F. Lohmann, Direktor.

Prater-Theater. Kastanien-Allee 7/9. Täglich: Auf fremder Erde. Aufführung mit Gesang u. Tanz in 4 Bildern von Hugo Schulz. Auftreten der Cyrenic-Chansonette Hedwig Böring, des Grottesques Komikers Paul Coradini, der Freres Douceck, Sigel & Krotzsch. The Karriays, Musikalische Romantiken. Mr. Bartlings lebende Photographien. Konzert und Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Rämertstr. Platz 50 Pf. Kaibo.

Apollo-Theater. Wiederauftreten von Robert Steidl als Wolzogen II. Sylvia Bjerring The Novellos deutsch-dänische Sängerin. Handstands-Künstler. Troupe Stelling Komische Verwandlungs-Rock-Pantomime. Clown Harris, Kosmograph und sein boxerender Hund. Neue Bilderserie. Robert Steidl Ueberbrettel-Parodie. Quatuor Toulousain Eugenie Martens Französische Sänger. Internationale Soubrette. Frau Luna mit dem berühmten Luftballet Grigolatis. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater. Hasenheide 13-15. — Künstliche Leitung: Paul Mühlitz. Täglich: [1840] Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebten Auberfeier. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochelegante Regeldamen, Wärfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc. Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen: Familien-Kränzchen.

Metropol-Theater. W., Döhrenstrasse 55-57. Wiederaufführung Man lebt ja nur einmal! Henry Bender — Georg Kaiser Frid Frid — Fritzi Georgette Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet. Ostbahn-Park. Am Klosterringplatz, Rüdorsdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Großes Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Köpenick. Grünstrasse 49. Empfehle mein reichhaltiges Lager in fertigen Schuhwaren aller Art. Reparaturen u. Reparaturen in kürzester Zeit und bekannter Güte. 18412* W. Balke. Schweizergarten Am Königsthor. Am Friedrichshain Täglich: Theater. — Ball. Neue Spezialitäten. Jeden Abend Berliner Leben. Anfang 4 1/2 Uhr. — Entree 30 Pf.

Urania Saussonci. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Aus dem Tagebuch der Erde. Invalldenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum. Friedrichstr. 165. Neu! Neu! Neu! Der künstliche Mensch! Die sensationellste Erfindung der Neuzeit! Der „Clou“ der Pariser Welt-Ausstellung. Vorstellungen: 12 Uhr mittags, 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Zoologischer Garten. Heute: Grosses Doppel-Konzert. Anfang 5 Uhr nachmittags. Entree 1 Mark. Von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder die Hälfte.

W. Noacks Theater. Dammstrasse 16. Täglich Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Die schöne Galathee. Operette in 1 Akt von P. Hecron. Musik von Franz von Suppé. Im Saale: Tanzkränzen.

Reichshallen. Heute, sowie täglich: Humorist. Soireen der Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Sommerpreise. Prima Seufenderger Briguets 16tr. 7. 115 nur 85 Pf. Obersteifste Steinlösen Ruh II Nr. 1.10. Schffel nur 90 Pf. verkauft ab Platz Fischer, Brombergerstr. 14.

Im Garten: Täglich: Hoffmanns Nordd. Sänger und Konzert. Donnerstags, Sonntag u. Montag: Tanzkränzen.

Dr. med. S. in B. schreibt: Wenn in den heißen Monaten der Magen überdriht ist und nach einem kühlen Trank lechzt, verlaume man nicht, vorher oder nachher einen Magendocor zu nehmen. Ferner empfiehlt es sich, nach dem Genuß von Gurken, Salat, frischem Obd und Gemüsen dem Magen einen Wurm zu führen. Nach meinen Erfahrungen hat sich der waghichmeckende Kräuter-Ertract auch dann, wenn Unvorsichtigkeit und Exzesse von Adlen Folgen begleitet waren, vortzöglich bewährt. Verlangen Sie gef. andrücklich „Wurm“, weil viel Nachahmungen existieren. General-Depot: NO. Neue Königstrasse 74.

Magendocor. zu nehmen. Ferner empfiehlt es sich, nach dem Genuß von Gurken, Salat, frischem Obd und Gemüsen dem Magen einen Wurm zu führen. Nach meinen Erfahrungen hat sich der waghichmeckende Kräuter-Ertract auch dann, wenn Unvorsichtigkeit und Exzesse von Adlen Folgen begleitet waren, vortzöglich bewährt. Verlangen Sie gef. andrücklich „Wurm“, weil viel Nachahmungen existieren. General-Depot: NO. Neue Königstrasse 74.

Wurm zu führen. Nach meinen Erfahrungen hat sich der waghichmeckende Kräuter-Ertract auch dann, wenn Unvorsichtigkeit und Exzesse von Adlen Folgen begleitet waren, vortzöglich bewährt. Verlangen Sie gef. andrücklich „Wurm“, weil viel Nachahmungen existieren. General-Depot: NO. Neue Königstrasse 74.

A. Stippekohls Restaurant Köpenick, Zährlerländerstr. 5. Arbeiter-Verkehrskafel. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens geforgt.

Für 30 Mark fertige feine Krüge nach Maß für 30 Pf. Sommer-Parafols nach Maß, für 10-12 Pf. feine Hosen nach Maß. Riesenstofflager Krausenstr. 14. 1. tein Leben. Kautabacke. Zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir der Firma Gustaf Beck u. Co., Berlin, Pringn-Allee 14, den Kleben-Verkauf unserer Fadellate für Berlin und Sororte übertragen haben. Baum u. Zech, & Schwabe, Kautabackfabrik. [114]*

Achtung! Vergolder! Achtung!

Verband der im Vergoldergewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Montag, den 19. August, abends präc. 8 Uhr, in den Arminkallen, Kommandantenstraße 20 (Gr. Saal):

Mitglieder-Versammlung.

1. Vortrag des Stadtverordneten Adolf Hoffmann über: Stummel, Gölle und deren Bewohner. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 2. Quartal 1901. 4. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und erwartet einen zahlreichen Besuch, besonders der Frauen. Der Vorstand.

Achtung! Bauanschläger. Achtung!

Montag, den 19. August d. J., vormittags 9 Uhr, in Kellers Festsaal, Kopenstraße 29:

Gr. öffentliche Versammlung sämtlicher Bauanschläger Berlins und Umgegend.

1. Situationsbericht und Feststellung derjenigen Firmen, welche unsere Forderungen bewilligt haben. 2. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung werden ausdrücklich, unter Bezugnahme auf unsere Aufrufe in Nr. 100 des „Vormärts“, auch alle nichtorganisierten Kollegen eingeladen; ganz besonders diejenigen, welche bei den Firmen J. Stahl, E. Franko, Döblerbeck, und Moll & Sturmhubel arbeiten. Jeder Kollege, welcher mit uns gemeinsam kämpfen will, ist willkommen. Arbeitsberechtigungskarten werden dort ausgestellt. Das Bureau der Lohnkommission befindet sich Andreasstraße 26 im Restaurant Wille. (Telephon Amt 7 Nr. 945.) Die Lohnkommission.

Verband der Möbelpolierer.

Am Montag, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr, Andreasstraße 26:

Versammlung.

1. Vortrag des Genossen Novoschat über: Die Vierbereitung im 20. Jahrhundert. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die außerordentliche Generalversammlung findet am 24. August bei Keller, Kopenstraße 29, statt. Der Vorstand.

Neu eröffnet!

Julius Mierke

empfehlen sein neu erbautes Restaurations- und Gartenlokal Pankow, Berliner- u. Mühlenstrassen-Ecke. Hallestelle der elektrischen Straßenbahn.

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4

Nach beendeter Engros-Saison gelangen jetzt im Einzelverkauf große Lagerbestände meiner

Teppiche! Gardinen! Portieren! Steppdecken! zu sehr billigen Preisen zum

Ausverkauf!!

Einzelne fehlerhafte Exemplare für die Hälfte des Wertes. Man verlange Rabatt-Karten!

Schlosspark Wilhelminenhof.

Jeden Sonntag und Mittwoch: Gr. Konzert und Ball. Ein Saal auch Sonntags für Vereine zu vergeben.

Achtung! Parteigenossen!

Sonntag, den 18. August 1901, in der „Rosensee-Terrasse“ in Britz, Chausseestraße 69/70:

Gr. Volks-Fest

bestehend in Konzert, Gesang und humoristischen Vorträgen, veranstaltet von Parteigenossen in Britz. Bei eintretender Dunkelheit: Große Gabelpolonaise. — Stadtkameren gratis! — Im Saale: Grosser Ball. — Die Kaffeefläche wird um 2 Uhr geöffnet. — Entree 20 Pf. — Anfang 4 Uhr. Das Komitee.

Achtung!

Sonntag, den 18. August, nachmittags 4 Uhr:

Volks-Fest

der socialdemokrat. Parteigenossen

Reinickendorf und Umgegend

im großen Saal und Garten des Herrn Schubert (vormals Sandhagen), altes Dorf, Hauptstraße, Endstation der elektrischen Straßenbahn Kreuzberg-Reinickendorf (Rathaus) sowie Charlottenstraße-Reinickendorf (Rathaus) und Hallestelle der Vorortbahn Berlin-Tegeel, Station Reinickendorf.

Grosses Instrumental- und Vokal-Konzert

ausgeführt von Civilberufsmusikern.

Gesangsaufführungen verschiedener Gesangsvereine (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes).

Kasperle-Theater, Kinderbelustigungen.

Zum Schluß: Ein lebendes Bild.

Im Saale: Tanz.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Jedes Kind erhält eine Stadtkarte gratis. Die Kaffeefläche ist von 2 Uhr an geöffnet. Entree a Person 20 Pf., Kinder frei. Um zahlreichen Besuch bittet Das Komitee.

Montag, den 2. September 1901

Dampfer-Partie

mit Musik nach Schmöckwitz („Palme“-Peters)

(Ueberschuss zum Besten des Baufonds der Freireligiösen Gemeinde.) Abfahrt 8 1/2 Uhr morgens Stralauer Brücke 5. Rückfahrt ab Schmöckwitz 9 Uhr abends:

Mondscheinfahrt!

Preis für Hin- und Rückfahrt: Erwachsene 1 Mark, Kinder 50 Pf. Billets sind bis zum 20. August bei H. Hoffmann, Blumenstr. 14; G. Wege, Rübendörferstr. 48, und W. Wog's, Tilsiterstr. 71, sowie im Gemeindefaal zu haben.

Welt-Restaurant Hirschgarten,

anerkannt größtes und schönstes Etablissement, über 2000 Personen fassend, den geübten Vereinen und Gewerkschaften zur gefälligen Benutzung angelegentlich empfohlen.

Jeden Sonntag und Mittwoch: Großer Ball.

Richard Walter. Lindenpark Friedrichsfelde

Hallestelle der elektrischen Straßenbahn. Von Spittelmarkt - Friedrichsfelde 10 Pf. Familien können Kaffee kochen.

Kufeke's

BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder

Kindermehl

Frida Joachimsohn Benno Maass Verlobte. Charlottenburg. Berlin.

Todes-Anzeige.

Central-Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Schöneberg.

Am Montag, den 12. August 1901, vormittags 9 1/2 Uhr, ist unser Kollege Karl Nitschke

im Alter von 37 Jahren gestorben. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofs in der Raystraße aus statt.

Um rege Beteiligung der Kollegen ersucht. Die örtliche Verwaltung.

Todes-Anzeige. Den Mitgliedern des

Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter

Zahlstelle Berlin I zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied Fritz Krumpke

am Donnerstag, den 15. d. Mts., verstorben ist. — Die Beerdigung findet Sonntag, den 18. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Michaels-Kirchhofs aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Codes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau Emilie Hecke

gestern abend plötzlich am Herzschlag verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs aus statt.

Der trauernde Gatte.

Orts-Krankenkasse der Klempner.

Am Sonntag, den 25. August, vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I, eine außerordentliche

General-Versammlung der Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber unserer Kasse statt.

Tagesordnung: Änderung des Statuts. Der Vorstand.

Es

empfehlen sein romantisch gelegenes Lokal zu Landpartien und Ausflügen Der alte Freund auf Fichelswerder. Große elektrische Tanzmusik jederzeit. Gesellschaften und Vereinen Bräutigam-Begleitung vergütet.

Köpenick, Schweizergarten.

Lindenstr. 4 - 15 Min. vom Bahnhof Sadowa oder Köpenick. Reizender schattiger Garten für 3000 Personen. Beredete Regelpflanzung. Kaffeefläche (Utr. 80 Pf.). Ausspannung für 40 Pferde.

Volksbelustigungen aller Art. Sonntags: Große Tanzmusik. 17889* Max Reichelt, Fernsprecher: Amt Köpenick Nr. 132.

Restaurant Pferdebuht bei Köpenick.

Empfehle mein altes bekanntes, in herrlichem Laubwalde gelegenes Lokal den geehrten Gesellschaften und Vereinen zu Landpartien und Ausflügen. Sommer-Wohnungen mit und ohne Veranda. Großartige Promenaden, 100 Morgen Spielplätze, 5000 Stipplage, Ausspannung für 80 Pferde.

Gute und berühmte Küche. Es ladet zum Besuch freundlich ein. Wilhelm Brüsewitz, Besitzer.

VICTORIA zu BERLIN.

Versicherungsbestand 852,127,498 M. Gesamtvermögen 271,212,209 M.

Gewinn-Reserven für die Versicherten 44,410,220 M. Prämien und Zinsen-Einnahmen in 1900 71,370,693 M.

Der Geschäftsgewinn in 1900 betrug 14,110,218 M. Davon erhalten die Versicherten als Dividende 13,374,928 M.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe. Restaurant, Neben Jahre bestehend, verkauft Fruchtstraße 61. Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonntags und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Wollen Rocken, hochlegant, zu 30,00, 35,00, 40,00 bis 60,00, neue von 65,00 bis 120 Mark; Zubehörtelle billiger wie jede Konkurrenz. Zoller, Bernauerstraße 21. Neue Zeit, alte Jahrgänge, verkauft Herina, Grefenlagenerstraße 77.

Gasfächer! Sparsysteme! Einlochgasfächer 1,00, Zweifachfächer 5,00, Dreifachgasfächer 9,00. Geschlossene Gasfächer 10,00! Gas-Blägelapparate, Gas-Plättchen billig! Gas-Bratpfanne 9,00! Kocher, Ballerubenthermofächer zweifachdreifach 25,00.

Kanarienvogel, Vorsänger, Anore, Kohl- und Ringeltriller. Köpplerstraße 154a, IV.

Kinderwagen. Sportwagen, Kleinauto, Bozar Baby, Invalidenwagen 100, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Welle, Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 24, o. Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 7228*

Fahrräder, vollst., prima Markenräder, billig wegen fallender Saison. Günstigster Gelegenheitskauf in allen Preislagen. Fahrräder-Verkaufhaus Neus Schönhäuserstraße 11.

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Nr. 8578

Möbelleinrichtung, verschiedene Zimmer, darunter Säulentrumeau, elegant 36,00, Kuschelstühle 10,00, Kleiderständer 15,00, Büchereischränke 27,00, Bettstufen, Bettstellen, Speise- und Küchenschrank, Schiffschiff, Teppiche, Oelgemälde, weiteres billig, Gartenstraße 148, I links. 7135*

Sehr billig! Rotes Kuschelsofa 34, Kuschelbettstelle, Federbetten, Kuschelstühle, Stühle 1,50, Spiegel, madagonscher Berittow, Spiegelständer, Spielzeug, Säulenstühle, Wackeltische, Koffer, Andreasstraße 67. 7908*

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Lieferung sofort, Landsbergerstraße 82

Teppiche mit Gardinen, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 735*

Kleiderständer, Bettstellen, Matrassen, Kleiderständer, Spiegelständer, Spiegel, Regulator, Viehmann, Friedenstraße 81. 73/2

Halbrenner, zwei fast neue Maschinen, Radfahrerkonze wegen Auslandsreise preisbillig, Ausbacherstraße 42, Bekleidungsvorier. 29298

Fahrrad verkauft Stiefen, Pöfenerstraße 6, Befichtigung von 5-8 Uhr.

Herrenrad, fast neu, verkauft billig Weidner, Lehmannstraße 3. 73/3

Industrieleuchte, Damp, sehr vorteilhaft, abzugeben. F. Schlegener, Kreuzbergstraße 43, Anhalter Bahn.

Unfallfächer, Klagen, Eingaben, Melanotionen, Vaguer, Sieglischerstraße 65. 25706*

Patentanwalt Demmann, Raryplay 57, Auskunft bis abends neun. 7678*

Von 25 Mark an liefert August und Poletot nach Maß. Der Stoff hat, liefert ich für 15. S. Penfowig, Schneidermeister, Alexanderstraße 220.

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterfächer 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 69 III. (Bitte Namen beachten!) 29006*

Bücherkauf zu höchsten Preisen. Gypsin, Markgrafenstraße 101.

Fahrrad, 60,00, kauft Rayloß, Händelstraße 28. 7678*

Augustabad, Köpplerstraße 60. Jeder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 7368*

Zum gemütlichen Frühstücken, Wilhelmshagen, vis-a-vis den Kirchhöfen. Empfehle mein Lokal, Kaffeefläche, Regelpflanzung, Garten, August Wänter.

Saal und Vereinszimmer empfehle Jannasch, Inselstraße 10. 7062*

Vereinzimmer mit Piano zu vergeben, passend für Jubiläen. Rudolf Jurrion, Raunysstraße 86.

Vermietungen. Schlafstellen. Schlafstelle, Berend, Brodowitzerstraße 8. 735*

Arbeitsmarkt. Stellenaufträge. Verleger auf blanke Arbeit verlangt Baer u. Co., Gollnowstraße 43.

Anschläger auf bessere Arbeiten verlangt Benede, Mittelstraße 16/17.

Tüchtiger Holznagler verlangt. Sonntags. Schmutz, Weichenfer, Köpplerstraße 38. 7126*

Abwascherin sucht Stellung für Nachmittags, Pöfenerstraße 54, Hof. 29356*

Zum Anlernen von Steppdecken, nähen werden junge Mädchen verlangt. Keckert wird vergütet. Blumenstraße 13 I. 746*

Wannsch auf Juchts andern Hause 1,75, 2,25, Säge, Schneiderstraße 36. 29336*

Farbmalerin verlangt Weichenfer, Köpplerstraße 39a. 7126*

Stellengesuche. Blinder Stadtschreiber bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gelochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Wladimirstraße 27, A. Wänter.